REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 458 · 18.1.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 37 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Why not? ("Krieg gegen den Terror")
2. Kein Nazi-Aufmarsch in Bielefeld!
3. "Die Rückseite der Weltbürgerschaft." Hito Steyerl über Zivilisation und Barbarei, Liberalismus und Terror - Tom Binger
4. Ostdeutsch, weiblich, arbeitslos. Union setzt auf Strauß-Effekt - mb.
5. CSU-Finanzskandal: War da was? - mb.
6. Berlin: Von wegen rotes Bologna. Das Programm von SPD und PDS heißt New Labour - Birger Scholz
7. Die braunen Wurzeln des BKA - Thomas Klein
8. Und dem Osten zugewandt. Schill-Partei hofft in Sachsen-Anhalt DVU zu beerben - Christian Grünert
9. "Selber schuld". Leserbriefreaktionen auf den Tod des Kameruners Achidi J. - Ed Prömmel
10. Haftantritt in Neuengamme. Dem Vorsitzenden des Roma National Congress droht Gefängnis - Gaston Kirsche
11. Falsche Hoffnungen, falsche Signale. Islam-Unterricht an öffentlichen Schulen wird immer wahrscheinlicher - Gunnar Schedel
12. Unhappy birthday. Ausländerbehörden überprüfen das Alter von Flüchtlingen mit zweifelhaften Methoden - Anke Schwarzer
13. Zivilgesellschaft, rechtsextrem. Hegemoniestrategien von Nazis in Mecklenburg-Vorpommern - Mareike Jörns
14. "Nie wieder Krieg" ohne Deutschland? Kontinuitäten und neue Konstellationen (neu-)deutscher Militärpolitik - Thomas Klein
15. Leben gegen den Strom. Zum Tod von Stefan Heym - Angela Martin
16. Macht statt Recht? Milosevic - Präzedenzfall für eine Internationale Strafjustiz - Boris Kanzleiter
17. "Relevant und durchschlagend". Norman Paech zu Kriegsverbrechen der NATO - Boris Kanzleiter
18. Heldenhafte Verbrecher. Den Haag bereitet Kroatien Identitätsprobleme - Doris Akrap
19. Gerechtigkeit nicht Rache. Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Chile. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika - Knut Rauchfuss
20. "Sämtliche göttlichen Gebote ..." Afghanische Frauen fürchten Nordallianz - Stefanie Gräfe
21. "Das Pendant der Fundamentalisten". Interview mit einer RAWA-Aktivistin zur gegenwärtigen Situation in Afghanistan - Martin und Sascha Himmel
22. Der Präsident und die sieben Linken. Frankreichs Linksparteien wollen Chirac ablösen - Bernhard Schmid
23. Die trotzkistischen Parteien: LCR und LO - Bernhard Schmid
24. Ashcrofts Otto-Katalog. Die Einwanderungspolitik der USA hat eine Kehrtwende vollzogen - Michael Hahn
25. Aufruf zum "Permanenten Camp für Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte" in Quito, Ecuador
26. Tage der Hoffnung und des Zorns. Argentinien zwischen Riots und Depression - Roberto Frankenthal
27. Rebellion X. Der Streik der Studierenden in Mexiko-Stadt - Jens Kastner
28. Eine präzedenzlose Katastrophe. Yehuda Bauer über Singularität und Vergleichbarkeit der Shoah - Js.
29. Ein Löffel Honig in einem Fass voll Teer. Die Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal - Annette und Michael Schiffmann
30. "Der Gefangene selbst ist immer ein politischer Gefangener." Ex-Black Panthers über das US-Gefängnissystem und den Widerstand dagegen
31. Vaterland und Muttererde? Niru Yuval-Davis analysiert das Verhältnis von Geschlecht und Nation - Nicole Vrenegor
32. Eurozeichen setzen! (ak-Spendenaufruf)
33. AUFGEBLÄTTERT
34. KALENDER
35. EDITIORIAL

36. Quelldatei blick.htm
37. Gerechtigkeit und Weltgericht

1. Why not? ("Krieg gegen den Terror")

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/kabul.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:kabul

Über eines konnte die Kriegsrhetorik der vergangenen Monate nicht hinwegtäuschen: Unklar ist nach wie vor, mit welchem Ziel der "Krieg gegen den Terror" geführt wird. Die ersten Reden des US-Präsidenten umrissen ein Maximalprogramm: Es gelte, das "Netzwerk des internationalen Terrorismus" zu zerstören, und das könne Jahre in Anspruch nehmen. Die in dem globalen Feldzug gegen das Böse anzuwendenden Mittel schienen unbegrenzt, zahlreich die potenziellen Schauplätze des Kampfes: Lang ist die Liste der "Schurkenstaaten", deren Bevölkerungen von der Überlegenheit der "Zivilisation" über die "Barbarei" erst noch überzeugt werden müssen, notfalls mittels Bomben. Aber auch die Minimalziele werden von Fall zu Fall geändert: Osama Bin Laden "dead or alive", darunter geht nichts - gefasst werden konnte er dennoch nicht. So trat Mullah Omar an seine Stelle als Oberschurke, der beinahe auch erwischt worden wäre. Drittens geht es gegen das angeblich weltumspannende Terrornetzwerk Al Qaida, das, wie es heißt, zwar geschwächt, aber nicht zerschlagen sei.

Bleibt der durch den Bombenkrieg ermöglichte Sieg der Nordallianz in Kabul, der dem Taliban-Regime ein Ende machte. Was für die Militärs allenfalls ein erster Schritt ist, wurde von der Propaganda-Abteilung fast schon zum endgültigen Sieg des Guten umgelogen. Hier erreichten auch deutsche Grüne und taz-KommentatorInnen Weltniveau, wenn sie Streubomben gegen die Zivilbevölkerung und Massaker an Kriegsgefangenen zu legitimen Mitteln für einen guten Zweck erklärten: die Befreiung der afghanischen Frauen vom islamischen Fundamentalismus.

Bislang hat sich der deutsche Beitrag zur Anti-Terror-Koalition weitgehend auf solche und ähnliche Formen psychologischer Kriegsführung beschränkt. Das soll nun anders werden. Die Beteiligung von etwa 800 BundeswehrsoldatInnen an der Afghanistan-Schutztruppe ist längst beschlossen, ihre Anreise aber zieht sich hin. Mal war es das Wetter, dann der Mangel an Transportflugzeugen, der die Truppe aufhielt. Um sich nicht vollends lächerlich zu machen, mahnen die deutschen Militärs zur Eile, vor allem "aus symbolischen Gründen". Denn dass die "Schutztruppe", deren Einsatzgebiet auf Kabul beschränkt ist, Afghanistan den Frieden bringen könnte, glaubt ohnehin niemand. In weiten Teilen des Landes herrschen die im Krieg gegen die Taliban von den USA gestärkten Warlords, hungert und friert die Bevölkerung. Von Hilfe zum Wiederaufbau ist keine Rede mehr; gerade mal 2 Mio. Euro spendiert die Bundesregierung, aber nur, um die laufenden Geschäfte der afghanischen Übergangsregierung zu finanzieren.

Alles andere als symbolisch - nämlich als handfester Beitrag zu einem neuen Krieg - könnte sich die Entsendung der Bundeswehr in eine andere Krisenregion erweisen. Vor der "arabischen Halbinsel" - die nebulöse Umschreibung dient der Beruhigung der Öffentlichkeit - kreuzen demnächst nicht nur deutsche Kriegsschiffe mit 750 Personen Besatzung. Es verdichten sich auch die Hinweise, dass deutsche Spezialtrupps schon bald in Kuwait eingesetzt werden: mindestens 250 (nach ersten Planungen sogar 620) ExpertInnen für ABC-Aufklärung und Dekontamination. Was Scharping zum "rein defensiven" Auftrag herunterspielt, könnte den USA den Rücken freihalten in einem neuen Krieg gegen das Nachbarland Irak. All das ist durch den Bundestagsbeschluss zur Beteiligung an "Enduring Freedom" gedeckt - eine Blankovollmacht für weltweite Militäreinsätze. Auch wenn Scharping das Gegenteil behauptet: Deutschland befindet sich im Krieg.

2. Kein Nazi-Aufmarsch in Bielefeld!

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:16

Die NPD und die Neonazis der "Freien Kameradschaften" haben für den 2. Februar und den 2. März in Bielefeld Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung angemeldet. Sie sollen vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt bis zum Ort der Ausstellung, der Ravensberger Spinnerei, führen. Ob es bei dieser Route bleibt, werden die Gerichte entscheiden.

Der Nazi-Aufmarsch war zunächst für den 26. Januar angekündigt worden. Der Grund für die Verschiebung war aber nicht, wie die Polizei verlautbaren ließ, ein drohendes Verbot wegen zeitlicher Nähe zum Holocaustgedenktag am 27. Januar. Vielmehr wurde der NPD auf einem Treffen der nordrhein-westfälischen Neonazis von den "Freien Kameradschaften" mitgeteilt, sie könnten am 26. Januar nicht nach Bielefeld kommen, da sie zu einem Naziaufmarsch nach Kerkrade fahren würden. Daraufhin verschob die NPD ihren Aufmarsch um eine Woche. Diese Absprachen zwischen NPD und "Freien Kameradschaften" machen deutlich, dass am 2. Februar nicht nur Parteigänger der NPD in Bielefeld zu erwarten sind, sondern die gesamte Szene des militanten Neofaschismus.

Für beide Tage sind Gegenkundgebungen und Gegendemonstrationen angemeldet worden. Ziel dieser Aktionen ist es, die Nazis an ihren Aufmärschen zu hindern!

Näheres unter

http.//people.freenet.de/buendnis

3. "Die Rückseite der Weltbürgerschaft." Hito Steyerl über Zivilisation und Barbarei, Liberalismus und Terror

Autor: Tom Binger · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:09

Westen gegen Islam, Zivilisation gegen Barbarei, antideutsche Linke gegen den Rest der Welt - während Kategorien, Feindbilder und Heldenerzählungen wuchern, wächst gleichermaßen die linke Orientierungslosigkeit. Im Gespräch mit Tom Binger sichtet die Berliner Autorin und Filmemacherin Hito Steyerl den Dschungel kulturalistischer Ressentiments in- und außerhalb der Linken.

Nach den Attentaten vom 11.September erlebten die Huntington-Thesen vom "Kampf der Kulturen" in der bellizistischen Fraktion der deutschen Linken ein überraschendes Revival. Die linken Kriegsbefürworter interpretieren die augenblickliche weltpolitische Lage auf der Folie eines Gegensatzes zwischen westlicher Zivilisation und islamistischer Barbarei. Taugen diese Kategorien zur Aufklärung der aktuellen Konfliktlage?

Hito Steyerl: Kulturalisierung ist ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit - die Ablösung der Analyse durch das Ressentiment. Die Kulturalisierung der gegenwärtigen politischen Situation weist jedoch über die bloße Neuauflage kultureller Stereotypen hinaus. Was sich darin artikuliert, ist nicht etwa eine mögliche Analyse bestimmter kultureller Formen, sondern die tiefe Krise der Linken. Deren Niederlage erweist sich in der widerspruchslosen Übernahme hegemonialer ideologischer Kategorien wie "Zivilisation oder Barbarei". Anstatt über kulturelle Identitäten zu spekulieren, sollte die Linke lieber die Frage stellen, wie in der aktuellen Situation emanzipatorische und reaktionäre Kräfte verteilt sind. Bei einer solchen Fragestellung ergäbe sich ein ganz anderes Bild - nämlich das einer Konfrontation zwischen unterschiedlichen reaktionären Formationen: Klerikal-reaktionäre Partikularisten fordern liberal-reaktionäre Universalisten heraus. Dieses Muster war in Abwandlungen auch schon in anderen Kriegen der letzten zehn Jahre wirksam - es kennzeichnet vielleicht generell die Konflikte nach dem Verschwinden der sozialistischen Welt. Die Frage kann daher nicht lauten, welche reaktionäre Formation vorzuziehen ist, sondern welche Alternative dazu formuliert werden kann. Dass selbst diese Frage unterbleibt, beweist die massive Krise der Linken.

Der blinde Fleck der Kulturalisierung dieser politischen Momente als "Westen" und "Islam" liegt darin, dass jenseits dieser Kategorien nichts mehr zu existieren scheint. Dort werden nur Vaterlandsverräter, Gottlose, Sympathisanten und anderer Abschaum verortet. So manifestieren sich derzeit Konflikte am massivsten zwischen den Kategorien "Westen" und "Islam"; denn dieser Zwischenraum wird durch alle reaktionären Formationen bedroht. Ich denke an die linken Exilanten, die vor religiösen Fundamentalismen geflohen sind und jetzt im sogenannten Westen unter rassistischem Generalverdacht stehen. Oder an die linken afghanischen Feministinnen, die von allen Seiten als "Russenhuren" beschimpft werden. In diesem Ausdruck bündelt sich die einmütige Abscheu vor ernsthaft emanzipatorischen Positionen.

Wenn momentan überhaupt eine symbolische Position der Emanzipation auszumachen ist, dann diejenige, die von allen Seiten konsequent ausgeschlossen und bekämpft wird. Das ist die einzige Position, mit der ich mich identifizieren kann. Auf die Frage "bist du Amerikanerin oder Terroristin?" kann ich daher nur eine Antwort geben: Dann lieber eine Russenhure.

Gibt es aber nicht tatsächlich eine Art von Dialektik zwischen Zivilisation und Barbarei, oder präziser zwischen neoliberaler Globalisierung und völkischer Stammespolitik?

Für den deutschen Kontext lässt sich sowas sicherlich präzise beschreiben. Die "Dialektik der Aufklärung" hat ja schon 1944 versucht, genau dies herauszuarbeiten: wie die Logik von Aufklärung und kapitalistischem Liberalismus auf der umgekehrten Seite so etwas wie eine völkische Stammesgesinnung hervorgebracht hat, die sich dann faschistisch artikuliert hat. Ich habe versucht, genau diese Dialektik in Anschlag zu bringen, als es darum ging, rassistische Gewalttaten in Deutschland zu erklären. Allerdings gibt es auch ungeheuer viele Schnellschüsse, die versuchen diese Dialektik auf die aktuelle Weltlage zu übertragen. Da muss ich erst einmal passen. Ich halte diese These nicht für eine Art Weltformel. Wir werden abwarten müssen, dass jemand auf seriöse Weise versucht, dieses Modell auf die gegenwärtige Situation zu übertragen.

Was wir allerdings jetzt schon beobachten können, ist, dass unter der Perspektive dieser Fragestellung eben jenes politische Moment, das in den Kulturalisierungen so stark verdrängt wird, in seiner banalsten Form wieder auftaucht. Wenngleich wir nicht genau beantworten können, ob und wie die Expansion des westlichen Liberalismus auf kultureller Ebene eine religiöse Reaktion hervorgebracht hat, können wir doch festhalten, dass die USA reaktionäre Islamisten entwickelt, bewaffnet und finanziell unterstützt haben. Ich glaube nicht, dass dies auf eine kulturelle Eigenschaft der Vereinigten Staaten, geschweige denn des "Westens" zurückgeht, sondern auf eine politische Entscheidung. Allgemein verfolge ich mit Erstaunen, mit welcher Windeseile die These von Adorno und Horkheimer in Verruf gerät. Ich denke, die beiden wären sicherlich sehr verblüfft darüber, dass die Kernthese der Dialektik der Aufklärung mittlerweile schon fast als Sympathiebekundung für islamistischen Terror, oder gar für antisemitische Gewalt per se gewertet wird.

Ist dieser Konflikt zwischen demokratischem Liberalismus und religiösem Fundamentalismus nicht auch Ausdruck eines neuartigen globalen Klassenkonfliktes?

Ich werde jetzt mal so eine Art Küchenlogik anwenden: Wenn auf der einen Seite eine Terrororganisation steht, die über extrem viel Geld verfügt und deren maßgebliche Exponenten durchaus der globalen Bourgeoisie zuzurechnen sind und auf der anderen Seite ebenso superreiche Erben stehen, die die internationale "Koalition gegen den Terrorismus" anführen, dann lässt sich das nicht so einfach in eine Klassenkampflogik übersetzen. Es geht hier um eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Eliten. Es wäre verfehlt, die Attentäter mit Kämpfern gegen globale Unterdrückung zu verwechseln. Denn sie wollen offensichtlich nicht die Strukturen der Ausbeutung ersetzen, sondern nur ihr aktuelles Haupt-Subjekt: den Westen.

Einen globalen Klassenkonflikt gibt es derzeit nicht - aber nicht etwa, weil es keine massive Polarisierung und Verelendung gäbe. Es gibt ihn nicht, weil die verschiedenen internen und externen Peripherien so stark räumlich abgeschottet und kulturell fragmentiert sind, dass sie sich kaum jenseits reaktionärer und kulturalisierter Identitätspolitiken formieren können. Das ist leider nur ein weiterer Beweis für die Krise der Linken - und dafür, wie illusionär ihre Vorstellung ist, Emanzipation durch partikularistische Formen nationaler, religiöser oder kultureller Selbstbestimmung zu verwirklichen. Stuart Hall hat das im Bezug auf den algerischen Dekolonialisierungsprozess angemerkt, in dem die FLN sich an patriarchale islamische Kräfte anbiederte. Er sagte: "Die Revolution hat versucht, die Kultur zu benutzen - aber die Kultur hat sich an der Revolution gerächt."

Zahlreiche, nicht nur antideutsche Linke halten es ja in der aktuellen Lage für notwendig, das "Glücksversprechen der Moderne" gegen einen vormodernen, archaischen Islamismus zu verteidigen. Siehst auch du hier ein vordringliches linkes Betätigungsfeld?

Unbedingt. Ich finde die Perspektive der Emanzipation und der Gleichberechtigung so wichtig, dass sie gegen jede Bedrohung verteidigt werden sollte. Auch gegen die westlichen Regierungen, die jene zivilisatorischen Maßstäbe, die sie verteidigen wollen, momentan in Windeseile deregulieren. Das betrifft so fundamentale Elemente wie die Gewaltenteilung, die Genfer Konvention, den Verzicht auf Kriegsverbrechen, maßgebliche Grundsätze der Rechtsprechung, des Völkerrechts und wichtige Bürgerrechte. Diese Minimalansprüche an Zivilisation sollten verteidigt - bzw. müssen de facto erst erkämpft werden. In der Konsequenz heißt das: Wir müssen strikt zwischen der Moderne und ihrem "Glücksversprechen" unterscheiden. Das Charakteristikum der Moderne ist bekanntlich, dass sie geradezu darin bestand, ihr Glücksversprechen nicht umzusetzen - also zwar allgemein die Rechte der Menschen auszurufen, aber immer wieder bestimmte Menschengruppen zu dehumanisieren und somit vom Menschenrecht auszuschließen. Wir haben das etwa während der Belagerung von Kunduz erlebt, die von westlichen Medien ebenso kommentiert wurde, wie die Belagerung von Srebrenica durch serbische Medien: als unvermeidliche Liquidierung islamistischer Extremisten. Diese Haltung wurde Serben damals als finsterste Barbarei ausgelegt.

Die Erfindung immer neuer Kategorien völlig entrechteter Unmenschen ist ein integraler Bestandteil der Moderne. Wir müssen die Erfüllung jenes Glücksversprechens also gegen die der Moderne eigene politische Dynamik erkämpfen.

Ist die Beschwörung der Figur des Schläfers im aktuellen Sicherheitsdiskurs der Startschuss für einen neuen antiislamischen Rassismus in den westlichen Ländern?

Die Figur des Schläfers ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die extreme Flexibilität rassistischer Vorstellungen. In den letzten Jahren haben sich Rassismen hauptsächlich auf arme Leute konzentriert, auf Leute die keine Bildung hatten oder die man als "unnütz" empfand. Dagegen wurde als positive Projektionsfläche der nützliche, gebildete, finanziell unabhängige, technisch begabte Ausländer aufgebaut. Interessanterweise ist jetzt genau diese Figur zum absoluten Feindbild mutiert: als seelenloser Roboter, der von bärtigen Priestern ferngesteuert wird. Diese Figur dient dazu, das radikal Böse zu symbolisieren - als abstrakte, hochmobile, wohlhabende, identitäts- und wurzellose, intelligente, aber völlig verbissene Verschwörung im globalen Maßstab. Ironischerweise werden hier Elemente antisemitischer Stereotypen aufgegriffen, was wiederum nicht verwunderlich ist, denn gerade antisemititsche Stereotypen transportieren traditionellerweise Ressentiments gegen ethinisierte Besserverdiener.

Was bedeutet eigentlich die momentane Aufhebung der Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit für die zukünftige Entwicklung der westlichen Staaten?

Es gab ja mal eine Utopie der Zivilgesellschaft. In dieser Utopie sollten die Nationalstaaten aufgelöst werden. Es sollte dann eine weltweite Gemeinschaft von Kosmopoliten entstehen, in der die Menschenrechte durchgesetzt werden und in der das "Glücksversprechen" endlich erfüllt wird. Jürgen Habermas nannte das die "Weltbürgergesellschaft", also die globale Integration der Demokratien.

Was wir jetzt haben, ist die Rückseite dieser Weltbürgergesellschaft: nämlich eine globale Integration, aber nicht im Zeichen der Zivilgesellschaft, sondern im Zeichen eines transnationalen Kriegsrechtes. Diese transnationale Sphäre ist jetzt geschaffen worden. Aber keineswegs als eine Sphäre der globalen Demokratie, sondern im Gegenteil als eine Sphäre der globalen Willkür und eines allgegenwärtigen Ausnahmezustandes, in dem es jederzeit möglich ist, das Völkerrecht und nationale Gesetze zu brechen. Dabei entsteht eine internationale Hierarchie: Die mächtigen Staaten bekommen "justice" - die anderen sollen gefälligst Frieden mit inneren oder äußeren Opponenten schließen, wie zum Beispiel die mazedonische Regierung. Dass die ihr "Recht" bzw. ihre bisherige nationale Verfasstheit behalten will, wird ihr jedoch als unzivilisierte Rückständigkeit ausgelegt. Man stelle sich nur vor, jemand würde George W. Bush empfehlen, doch mal gefälligst einen Friedensprozess mit der Al Kaida anzustreben. Nur die Mächtigen haben Anspruch auf "Gerechtigkeit", das heißt die Durchsetzung ihrer Rechtsauffassung - die anderen bekommen eine als "Frieden" bezeichnete Dauerkrise.

Was ist die besondere Rolle Deutschlands in der aktuellen weltpolitischen Konstellation?

Was mich daran interessiert, ist die Ambivalenz dieser Rolle. Einerseits heißt das, dass sich Deutschland mit seiner Beteiligung an diesem Krieg, genauso wie übrigens schon im Kosovo-Krieg, endgültig an die Seite des Westens stellt. Aber dies bedeutet etwas anderes als vor 15 Jahren. Mit der Westbindung wurde bislang automatisch der Verzicht Deutschlands auf eine eigene Großmachtrolle verknüpft. Aber gerade diese Verknüpfung löst sich jetzt auf. Denn im Rahmen der Westbindung kann Deutschland versuchen, einen Schlussstrich unter seine bisherige internationale Zurückhaltung zu ziehen und mehr Einfluss zu erlangen. Ein Sonderweg ist gar nicht mehr erforderlich, denn die nationalsozialistische Vergangenheit stellt keinen Hinderungsgrund mehr dar, sondern im Gegenteil eine besondere Qualifikation für Militäreinsätze. Praktisch gesehen heißt das: Now they can have their cake and eat it, too. Wenn die Deutschen mal wieder irgendwo einen neuen Hitler entdecken, habe ich das Gefühl, sie hoffen damit vor allem zu beweisen, dass ihr eigener gar nicht so schlimm war.

4. Ostdeutsch, weiblich, arbeitslos. Union setzt auf Strauß-Effekt

Autor: mb. · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:31

Wie nominiert man eineN KanzlerkandidatIn? Nie war das so schwierig wie heute. Monatelang beherrschte die Auseinandersetzung um die so genannte K-Frage die Unionsparteien und die Medien. Am Ende musste Angela Merkel das Handtuch werfen. Die Auseinandersetzungen in der Union verweisen dabei auf zweierlei: Zum Einen: Die Union hat noch immer nicht ihren "Machtverlust" von 1998 verdaut und steht - entgegen allen öffentlichen Beteuerungen - geschwächt da. Zum Anderen: Die Selbstverständlichkeit, mit der der bayerische Ministerpräsident Stoiber als Kanzlerkandidat gehandelt und schließlich bestätigt wurde, zeigt deutlich, in welche Richtung sich die gesellschaftlichen Koordinaten verschoben haben.

Die KandidatInnenfrage hatte sich zum Schluss in der Union zum Machtkampf zugespitzt. Beide hatten sich als Bewerber für die Kanzlerkandidatur bekannt. Die (naive) Hoffnung, die beiden Parteivorsitzenden von CDU und CSU könnten zu einer einvernehmlichen Lösung kommen, hatte sich zerschlagen. Nach dem erst durch massiven Druck führender CDU'ler erfolgten Verzicht Merkels geht es nun in der Union vor allem darum, wie man vermeidet, dass der unterlegene Kandidat, in diesem Fall also die nicht berücksichtigte Kandidatin, das Gesicht verliert.

Als Angela Merkel Ende 1999 den Parteivorsitz der CDU übernahm, war sie für viele in der Partei eine Lichtgestalt und Retterin in einer schier ausweglosen Situation. Als Frau, Protestantin und Ostdeutsche, ohne eigene Hausmacht, verkörperte sie einen Neuanfang für die vom Spenden- und Finanzskandal erschütterte Partei. Aus der Zeit der größten Verunsicherung konnte sie die CDU herausführen. Doch zur starken Parteiführerin wurde Merkel nicht. So musste sie zusammen mit Fraktionschef Friedrich Merz einige schwere Niederlagen hinnehmen, die ihre Position schwer erschütterten. Wie begossene Pudel stand am Schluss die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Parteichefin da, als es Bundeskanzler Schröder durch geschicktes Taktieren gelang, die Phalanx der Union bei der Steuerreform im Bundesrat zu brechen. Auch in der Frage des Mazedonien-Einsatzes der Bundeswehr, als es eine Zeit lang so aussah, als wollte sich die Union wegen der angeblichen Unterfinanzierung der Bundeswehr verweigern, wie auch in der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz war die Performance der CDU-Führung nicht vom Besten. Die Union sprach nicht mit einer Stimme, maßgebliche Führungsleute in Partei und Fraktion taten sich mit widersprüchlichen Äußerungen hervor und die Öffentlichkeit fragte sich, was denn nun die Position der Partei sei.

Herz-Bube schlägt Kreuz Dame

Trotz der überraschenden Regierungsübernahme in Hamburg (die aber alleine durch den Durchmarsch der Schill-Partei ermöglicht wurde) und trotz momentaner Umfragewerte, in denen CDU/CSU seit Monaten erstmals fast gleichauf mit der SPD liegen, kann von einem Höhenflug der Union nicht die Rede sein. Die scheinbare Stärke der Union verdankt sie vor allem der Schwäche der Bundesregierung. Angesichts der schwächelnden Konjunktur und steigenden Arbeitslosenzahlen schlägt das vollmundige Wahlversprechen Schröders von 3,5 Millionen Erwerbslosen zum Ende der Legislaturperiode nun auf ihn zurück. Schröder hat aber schon des öfteren bewiesen, dass er mit überraschenden Entscheidungen das Ruder noch hat herumreißen können. Auch dieses Mal könnte dies gelingen. Schon kündigte Schröder Initiativen beim Kombi-Lohn und verstärkte öffentliche Investitionen an. Die "ruhige Hand" ist jedenfalls erstmal passé.

Stoiber siegt dank Schill

Die Union wittert aus guten Gründen dennoch ihre Chance im Bereich Wirtschafts- und Sozialpolitik. Egal ob Merkel- oder Stoiber-UnterstützerInnen, alle in der Union sind sich einig, dass diese Themen im Zentrum des Wahlkampfs stehen sollen. Stoiber ist auch auf diesem Gebiet der bessere Kandidat. Kann er doch mit dem Bonus eines Ministerpräsidenten hausieren gehen, dessen Land die wenigsten Arbeitslosen, die höchste Wachstumsrate und die größte Dichte an High-Tech-Unternehmen aufzuweisen hat.

"Es soll der antreten, der die besseren Chancen gegen Schröder hat", so Merkel in für sie noch besseren Tagen. Nach der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth hat sie sich selbst beim Wort genommen. Zwei Drittel der Wahlberechtigten glauben, Stoiber habe die besseren Chancen gegen Schröder. Mit der Entscheidung

zwischen den beiden KandidatInnen ist auch die Entscheidung für die Wahlstrategie der Union gefallen. Merkel stand dabei für eine Strategie, die auf WechselwählerInnen in der ominösen "Mitte" zielte. Stoiber hingegen ist der Mann, mit dem die StammwählerInnen der Union am besten mobilisiert werden können.

Stoibers wie Merkels Plan war es eigentlich, die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur erst im März/April zu fällen. Anfang März finden die bayerischen Kommunalwahlen statt. Das Abschneiden der CSU hätte Hilfestellung bei der eventuell notwendigen Nachfolgersuche für das Amt des Ministerpräsidenten geben können. Größere Bedeutung wäre allerdings den Ende April anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt zugekommen. Auch wenn man die Entscheidung nicht bis zu diesem späten Zeitpunkt hätte hinausschieben können, so wäre dennoch absehbarer gewesen, welche Gefahr der Union von rechts in Gestalt von Ronald Schill droht.

Schill selber hat vor einigen Tagen angekündigt, seine Partei werde zur Bundestagswahl antreten, wenn Angela Merkel Spitzenkandidatin der Union werde. Falls Stoiber antrete, werde die Partei auf eine Kandidatur verzichten. Damit schaltete sich Schill direkt in die KandidatInnenfindung der Union ein. Denn nie war die rechte Flanke der CDU offener. Will man ein Abbröckeln der rechten Ränder der Union verhindern, dann gibt es nur eine Wahl: Stoiber. Schills Ankündigung ließ der Union also eigentlich keine andere Wahl, wenn sie ernsthaft versuchen will, Schröder gefährlich zu werden. Auch wenn die Chancen der Schill-Partei bei der Bundestagswahl eher gering sind, könnte die Kandidatur entscheidende Stimmen kosten. Vor allem in den Direktwahlkreisen könnte ein Stimmensplitting im rechten Lager dem einen oder anderen Unionsabgeordneten den Sitz kosten. Kein Wunder also, dass die Mehrheit in der Bundestagsfraktion sich für Stoiber aussprach.

Die Unterstützung für Merkel in ihrer eigenen Partei nahm nach dem Dresdner Parteitag der CDU im im Dezember immer mehr ab. Ab diesem Zeitpunkt lief alles auf einen Spitzenkandidaten Stoiber hinaus. Am 11. Januar beugte sich dann Merkel dem zunehmenden Druck aus den eigenen Reihen und trug Stoiber offiziell die Kanzlerkandidatur an. Auch wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse des Jahres 2002 nicht mit 1980 vergleichbar sind, so ist mit dieser Entscheidung der Union ein polarisierender Wahlkampf verbunden wie bei der Kandidatur von Franz-Josef Strauß.

Einen ersten Test, was man zu erwarten hat, wird die Haltung der Union zum Zuwanderungsgesetz sein. Wird das Gesetz nach einigen Änderungen mit den Stimmen der Union verabschiedet oder bleibt es beim Nein, für das die CSU steht? Dass Stoiber auf dieses Wahlkampfthema verzichtet, ist eigentlich auszuschließen. Allerdings würde sich damit die Union gegen das Unternehmerlager (und auch die Kirchen) stellen. Vielleicht gibt es also doch noch ein Zurückrudern? Denn die Verlautbarungen der Kapitalistenverbände, im zweiten Halbjahr würde die Konjunktur wieder anziehen, kann man durchaus so interpretieren, dass man weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit Gerhard Schröder setzt.

mb.

5. CSU-Finanzskandal: War da was?

Autor: mb. · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:32

Fast ist man gewillt, sich Laurenz Meyer anzuschließen. Die Vorwürfe, mit denen der stern Anfang Januar aufmachte, seien "ganz offensichtlich in der SPD-Zentrale entwickelt" worden, so holzte der CDU-Generalsekretär. Dem Zeitpunkt der Veröffentlichung haftete einfach zu sehr der Geruch an, hier sollte auf die KandidatInnenwahl der Union Einfluss genommen werden. Zumal, wenn man bedenkt, dass die Vorwürfe nicht neu sind. Dabei gibt es bei der CSU und Stoiber noch ganz andere Dinge aufzudecken.

Um was geht es? Die CSU soll sich drei Millionen Euro an staatlichen Spendenzuschüssen erschlichen haben, indem für "Patenschaftsabonnements" des parteieigenen Bayernkuriers Spendenbescheinigungen ausgestellt wurden. Das funktionierte lange Zeit so: Die CSU warb mit Zeitungsdrückern um Spendenabos für den Bayernkurier. Der Drücker bekam von der "Spende" die Hälfte, die andere behielt die CSU. Das Geschäft rechnete sich trotzdem für die Partei, denn für jede Spenden-Mark bis zu einer Höchstgrenze von 6.000 Mark erhielt sie 50 Pfennig aus der Staatskasse. Außerdem konnte der edle Spender seinen Obulus auch noch von der Steuer absetzen, was vor allem dann Sinn machte, wenn man gleich mehrere "Patenschaftsabos" des Bayernkuriers zu je 150 DM finanzierte. Bei dem Spiel waren also alle Beteiligten Gewinner - bis auf den Staat.

Vor drei Jahren wurde das Geschäft dann für die CSU noch lukrativer, reduzierte sie doch 1999 die Provision für die Drücker um die Hälfte. "Alleine im vergangenen Jahr kassierte sie so nach internen Berechnungen knapp eine Million Mark von etwa 1.000 Spendern - und damit zusätzlich noch einmal fast 500.000 Mark vom Staat", wie der Spiegel zu berichten weiß. (2/2002) Eine beachtliche Summe also.

Zwar ist dieses Geschäft nicht sauber, doch hat es den Segen der Bundestagsverwaltung. 1996 hatte sie unter der Leitung der damaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth die CSU-Methode für rechtens befunden. "In aller Gründlichkeit" wollte trotzdem die Staatsanwaltschaft München I die Sache untersuchen. Doch bereits einen Tag später erklärte der zuständige Oberstaatsanwalt Horst Lehmpuhl, das von der CSU praktizierte Patenschaftsabonnement sei "in strafrechtlicher Hinsicht nicht zu beanstanden". Bundespräsident Wolfgang Thierse (SPD) will dagegen die Akte CSU noch nicht schließen. Die Bundestagsverwaltung prüft zur Zeit immer noch, ob sich die CSU an die Vorgaben der Verwaltung gehalten hat.

Nun ist es natürlich nicht so, als hätte die ganze Geschichte nicht alle Bestandteile, die für einen Skandal notwendig wären. Doch die entscheidende Voraussetzung fehlt: Denn ein Skandal setzt das Zuwiderhandeln gegen ein allgemein erwartetes moralisches Verhalten voraus. Doch eine solche Erwartungshaltung gegenüber den Parteien gibt es nach den vielen Verfehlungen, die im Lauf der Jahre bekannt wurden, nicht mehr. Und so einigte man sich routiniert auf die Sprachregelung, die Bayern hätten letztendlich nur die etlichen Schlupflöcher der staatlichen Parteienfinanzierung genutzt. Was der stern hier auftischte, ist in der Tat nicht alleine eine Sache der CSU, sondern die CSU-Methoden reihen sich nahtlos ein in das Selbstbedienungssystem, mit dem alle anderen Parteien sich an Staatsgeldern gütlich tun.

Für CSU und CDU war die Wirkung der stern-Veröffentlichung dennoch am Anfang nicht abschätzbar. Was wäre passiert, wenn andere auf den Zug aufgesprungen wären? Wären dann nicht noch andere Dinge als diese Peanuts ans Tageslicht gekommen? Zum Beispiel die Verstrickungen Stoibers in die Affäre um die Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern (LWS). Vor drei Jahren kam an die Öffentlichkeit, dass bei der LWS durch gravierende Managementfehler und schlampige Buchhaltung mindestens eine halbe Milliarde Mark verschwendet wurden. Die zweifelhaften Immobiliengeschäfte begannen 1990, als der damalige Innenminister Stoiber für die Wohnungsbaugesellschaft die Verantwortung trug.

Doch mit ihrer Strategie der Vorneverteidigung hatte die Union Erfolg. Stoiber steht immer noch als Strahlemann da, der erfolgreich das "Unternehmen Bayern" leitet. Mit markigen Sprüchen konnten die Frontmänner der CSU so Schaden von Stoiber abwenden. Dabei konnten sie dabei auch auf das stillschweigende Einverständnis der anderen Parteien hoffen, die eigentlich auch kein Interesse daran haben, dass ihre kleineren und größeren Tricksereien bei der Parteienfinanzierung zum Thema werden.

mb.

6. Berlin: Von wegen rotes Bologna. Das Programm von SPD und PDS heißt New Labour

Autor: Birger Scholz · Rubrik: SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:17

Nach zügigen Verhandlungen legten SPD und PDS in Berlin pünktlich zum Jahresanfang ihren Koalitionsvertrag vor. Nicht überraschend, gibt es kaum Überraschungen: Einziges "Reformprojekt" des neuen Senats bleibt die Haushaltskonsolidierung, die mit Entlassungen im Öffentlichen Dienst und Finanzhilfen des Bundes bewerkstelligt werden soll.

Als Stadt und Land zugleich ist Berlin in besonderem Maße von den Steuerausfällen im Zuge der momentanen Rezession betroffen. Auch erweist sich die gerade erst mit rund zwei Milliarden Euro vor dem Bankrott gerettete Bankgesellschaft Berlin weiterhin als Fass ohne Boden. So bemängelte das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen erst kürzlich zum wiederholten Male die "nicht-risikoadäquate Geschäftspolitik" der Bankgesellschaft beim Immobilienmanagement. Besonders lastete sie dem Vorstand "erhebliche Mängel" bei der Bearbeitung einzelner Kreditengagements an.

Gelddrucken à la Berlin - aber nur für Bonzen

Trotz Kapitalerhöhung und intensiver Bemühungen fand die Finanzverwaltung bislang keinen Investor für die marode Bankgesellschaft - das Immobilien-Risiko ist einfach zu groß. Um ihr überhaupt eine Zukunftschance zu sichern, beschloss der Senat, alle Altrisiken des Immobiliengeschäfts zu übernehmen - eine Sozialisierung von Verlusten im großen Stil. Dabei handelt es sich nicht - wie zu vermuten wäre - um Geschäfte, die vor dem Platzen der Immobilienblase getätigt wurden, sondern weitestgehend um Engagements der Jahre 1995 bis 2000. In dieser Zeit versuchten die Bank-Töchter IBG und IBAG aggressiv, die bundesweite Marktführerschaft im Vertrieb geschlossener Immobilienfonds zu erringen. Um im hart umkämpften Markt bestehen zu können, bot die Bankgesellschaft umfangreiche Sonderkonditionen wie Mietgarantien mit Laufzeiten von 25 bis 30 Jahren an. Hinzu kommen nun weitere Wertberichtigungen auf die auf Vorrat gekauften Grundstücke und Immobilien.

Ein konkreter Fall mag den Berliner Filz verdeutlichen: Anfang der 90er Jahre kaufte der spätere Groß-Pleitier Jürgen Schneider die Immobilie der ehemaligen französischen Botschaft an der Nobel-Meile Unter den Linden für über 61 Millionen Euro und belastete sie sofort bei der Bankgesellschaft mit Hypotheken für rund 112 Millionen Euro. Zwischen Kauf der Immobilie und der kurz darauf erfolgten Aufnahme der Hypotheken muss der Wert der Immobilie demnach um über 51 Millionen Euro gestiegen sein. Eine interessante und lukrative Möglichkeit Geld zu drucken. Eingefädelt hatte den Schneider-Deal der damalige Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU und gleichzeitige Vorstandsvorsitzende der Bankgesellschafts-Tochter BerlinHyp Klaus Landowsky. Zur Verantwortung wird er dafür jedoch nicht gezogen. Der Aufsichtsrat der BerlinHyp entlastete ihn für die fraglichen Geschäftsjahre in vollem Umfang. Mehrheitseigner der Bankgesellschaft und somit auch ihrer Tochter BerlinHyp ist bekanntlich das Land Berlin, das nun auch die Restschulden des Schneider-Deals von gut 102 Millionen Euro übernommen hat.

Welche Belastungen in Zukunft noch auf das Land zukommen werden, hält die Finanzsenatorin des rot-grünen Übergangssenats, Christiane Krajewski (SPD), für nicht kalkulierbar. Je nach Entwicklung der Konjunktur und des Immobiliensektors könnten es schnell mehrere Milliarden Euro werden. Zurecht fordert der PDS-Fraktionsvorsitzende Harald Wolf deshalb die Einrichtung eines weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der ist eigentlich längst überfällig. Ob sich die PDS jedoch mit dieser Forderung bei der SPD durchsetzen wird, ist mehr als fraglich. Schließlich stellte die Berliner SPD mit Frau Fugmann-Heesing von 1995 bis 1999 die für die Geschäfte der Bankgesellschaft verantwortliche Finanzsenatorin, die auch selbst von 1996 bis 2000 im Aufsichtsrat saß.

In den ersten Januartagen war aber nicht die Finanzmisere Berlins das wichtigstes Thema in der Stadt. Das besondere Interesse galt der Präambel des Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS. Wie nicht anders zu erwarten wird an Mauer, Stacheldraht und Zwangsvereinigung erinnert - und der PDS für ihre "Distanzierung von den Unrechtstaten der SED" ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Präambel enthält daneben für die Berliner Politik bemerkenswerte Eingeständnisse: Erstmals wird offiziell die "massive Deindustrialisierung" beider Stadthälften nach 1989 benannt, auch wenn der überstürzte Abbau der Bundessubventionierung weiterhin

gutgeheißen wird. Und selbstverständlich sagt die Koalition "allen Formen von Filz, Vetternwirtschaft und Korruption den Kampf an". Offen wird die Solidarität des Bundes und Länder für Berlin eingefordert. "Solidarität ist keine Einbahnstraße", heißt es vielsagend. Dafür bekennt sich die PDS zwei Sätze weiter indirekt zur "westlichen Wertegemeinschaft" und zum "nordatlantischen Bündnis". Womit eine weitere Hürde für eine zukünftige Regierungsbeteiligung auch im Bund im Ansatz genommen wurde. Da darf es auch nicht weiter stören, dass sämtliche Unternehmensbeteiligungen, die nicht von "strategischer Bedeutung" für das Land sind, verkauft werden sollen, dem Universitätsklinikum der Freien Universität der Geldhahn zugedreht wird (wobei an anderer Stelle des Vertrages der Ausbau des Innovationsstandorts Medizintechnik gefeiert wird) oder mit der Erhöhung der Grundsteuer und einer Konzessionsabgabe auf Wasser allein Mieter und Verbrauer belastet werden.

"Berlin ist ein Sanierungsfall." Dank Krajewski und Wolf wird in Sachen Haushalt Tacheles geredet: "Berlin wird unverzüglich Gespräche mit dem Bund aufnehmen, um die bestehenden Regelungen zur Hauptstadtfinanzierung nachhaltig zu verbessern." Auch wird der Gang nach Karlsruhe nicht mehr ausgeschlossen, um dort Bundeszuschüsse einzuklagen. (vgl. ak 456) Noch bevor allerdings die Gespräche über einen "Berlin-Pakt" richtig anlaufen konnten, weigerte sich Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) demonstrativ, der Hauptstadt finanziell unter die Arme zu greifen. Seit der Steuerreform und den vollmundigen Konsolidierungsversprechen der Regierung Schröder sitzt das Bundesgeld nicht mehr so locker. Hinzu kommen der Absturz der Konjunktur und die immer neuen kostspieligeren Kriege. Der Bundesfinanzminister begründet seine ablehnende Haltung allerdings damit, dass Berlin zunächst eigene Konsolidierungsanstrengungen vorweisen müsse. Das ist natürlich ausgemachter Unsinn. Schließlich wurde seit 1995 gespart, gekürzt und verkauft. Und darauf war die Hauptstadt-SPD auch mächtig stolz. Widersprochen hat die Berliner SPD dem Finanzminister trotzdem nicht.

Allzeit bereit zum (Kröten-)Schlucken und Sparen

Einzig Saar-Import und Lafontaine-Vertraute Christiane Krajewski schloss als Retourkutsche erstmals auch gegenüber der Presse eine Klage beim Bundesverfassungsgericht auf eine bessere Finanzausstattung durch den Bund nicht mehr aus. Zwei Tage später kündigte sie aus "ganz persönlichen Gründen" an, dem neuen Wowereit-Senat nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Immerhin schaffte es die neuerdings geschlossen agierende Berliner SPD, den Konflikte mit der Finanzsenatorin unter der Decke zu halten. Statt dessen vermutete die Berliner Presse, ungenügende Sparbemühungen der neuen rot-roten Koalition habe Krajewski zu diesem Schritt bewogen. In der Tat ist eines richtig: Die anvisierten Kürzungen, die weit über den Personalbereich hinausgehen, werden kaum ausreichen, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Wer das will, müsste den halben Öffentlichen Dienst entlassen. Und zwar sofort.

Bis 2006 ist geplant, allein die Personalkosten um über eine Milliarde Euro jährlich zu kürzen. Das sind über 14 Prozent der Personalausgaben. Die eine Hälfte soll über den altersbedingten Abbau von 15.000 Stellen erreicht werden. Die andere Hälfte soll durch Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und weiteren Gehaltsverzicht der Beschäftigten aufgebracht werden. Das geht aber nur in Absprache mit den Gewerkschaften und zusammen mit der PDS. Nachdem sich die Führung der Berliner SPD in der zweiten Hälfte der 90er Jahre unter Finanzsenatorin Fugmann-Heesing erfolgreich mit den Berliner Arbeitnehmervertretern entzweit hatte, liegt es nun an den Postsozialisten aus dem Ostteil, den neo-korporatistischen Kürzungspakt zu schmieden. Für den Fall aber, dass die Gewerkschaften nicht kooperieren, droht SPD-Chef Strieder bereits jetzt mit betriebsbedingten Kündigungen im Öffentlichen Dienst ab 2004. Vorgesehen für die finanzpolitische Drecksarbeit war kurzfristig sogar Harald Wolf. Als ehemaliger Kassenwart der "Vierten Internationale" bürgt er für die notwendige Seriosität, die von einem Berliner Finanzsenator erwartet wird.

Wie bei der Haushaltskonsolidierung, so wandeln Klaus Wowereit und Gregor Gysi auch in der Sozialpolitik auf den Spuren von Tony Blair: Mehrere hundert Millionen Euro will Rot-Rot bei der Sozialhilfe sparen. Nach dem "Kölner Modell" soll jedem "arbeitsfähigen" Antragsteller auf Sozialhilfe zunächst ein Jobangebot unterbreitet werden. Der SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder bringt es in lupenreiner New-Labour-Diktion auf den Punkt: "Das werden manche nicht als Chance, sondern als Zumutung empfinden." Recht hat er: Wo sowieso keine Jobs zu verteilen sind, wirken solche Maßnahmen als Einfallstor für den erwünschten staatlich subventionierten Niedriglohnsektor. Das Kombi-Lohn-Modell des Kanzlers wird vermutlich noch vor der Bundestagswahl folgen und dem aktivierenden Sozialstaat in Berlin weiteren Schwung verleihen.

Blair als Vorbild, Gysi als Ausputzer

Vehement warnt dagegen der ehemalige CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel vor Entlassungen: Dies träfe vor allem die Jungen, Leistungsstarken und die Angestellten aus dem Ostteil der Stadt. Zudem bestünde die Gefahr, kaum noch qualifizierte Mitarbeiter für den Öffentlichen Dienst zu bekommen, wenn weiter so auf den Mitarbeitern rumgetrampelt würde. Dem Mann ist zu zustimmen.

Es darf gerätselt werden, in welchem Maße sich die PDS nun von ihren Milieus und Wählern entfremden wird. Bei der De-Fakto-Zustimmung zum Flughafen-Standort Schönefeld ist die Empörung der Anwohner und treuen PDS-Wähler bereits riesengroß. In der Vergangenheit konnte sich die PDS bei den Kürzungen der großen Koalition als soziales Gewissen und ehrlicher Makler links der Sozialdemokratie verkaufen. Jetzt muss sie als "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" selbst tiefe Einschnitte verantworten.

So wie SPD und PDS Konsolidierung und Reformpolitik vortäuschen, simuliert der Berliner DGB den Widerstand mittels wohlklingender Presseerklärungen. Anstatt sich die Forderung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nach Bundesgeldern offensiv zu eigen zu machen und dies mit Streikdrohung aller DGB-Gewerkschaften zu untermauern, versuchen die Arbeitnehmervertreter lieber am Katzentisch des Berliner "Bündnisses für Arbeitslosigkeit und Konsolidierung" Platz zu nehmen. Da mag DGB-Chef Dieter Scholz noch so viele Gutachten beim DIW bestellen, praktische Relevanz hat das nicht. Einzig ver.di-Landeschefin Susanne Stumpenhusen kündigte Streiks für den Fall einer Kita-Privatisierung an. Eine konzertierte Aktion aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist das allerdings nicht. Und auch die Versuche der Reste der Berliner außerparlamentarischen Linken, verschiedene Akteure analog des Genoa Social Forum in einem "Aktionsforum Berlin" zu sammeln, wirken so ehrenwert wie hilflos.

Dagegen setzt "New Labour East", die PDS, geschickt auf symbolische Politik: Olympia 2012 in Berlin wurde kurzerhand abgesagt, der Kulturetat wird nicht gekürzt, der Alexanderplatz behält sein ostiges Ambiente (rote Karte für böse West-Investoren), die Tram fährt bald auch über die Leipziger Straße, der Luxemburg-Platz bekommt seine Rosa als Denkmal und der bereits unter Rot-Grün arg gebeutelte Staatsschutz wird in eine politikberatende Agentur umgewandelt - arme Schlapphüte!

Das einzige, was jeden Beobachter nach drei Wochen Verhandlungsmarathon wirklich interessiert, nämlich ob und wann das Land in Karlsruhe klagen wird, darauf geben die beiden Koalitionspartner keine Antwort. Wahrscheinlich hat der Kanzler wieder einmal auf den Tisch gehauen, eines seiner berüchtigten Machtworte gesprochen und Gysi & Wowi in die Schranken gewiesen.

Birger Scholz

7. Die braunen Wurzeln des BKA

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Geheimdienste; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:07

"Auf dem rechten Auge blind - Die braunen Wurzeln des BKA" ist mehr als nur ein Buchtitel. Es steht für einen beklemmenden Sachverhalt, dem Dieter Schenk, Autor des Werkes, in akribischer Weise nachgegangen ist.

Das Ende des Jahres erschienene Buch zeichnet sich alleine schon dadurch aus, dass es sich um eine der zweifellos gründlichsten Recherchen zur Biografie des ehemaligen BKA-Führungspersonals handeln dürfte. Der Autor hat Akten aus polnischen Archiven und der ehemaligen DDR durchforstet, erhielt aber bezeichnenderweise "nicht ein Blatt Papier aus dem Bundeskriminalamt". Obwohl Bundesinnenminister Otto Schily die Akteneinsicht genehmigt hatte, verschleppte sie die Wiesbadener Behörde über ein Jahr mit dem Hinweis, dass Datenschutzgründe und "schutzwürdige Belange der Mitarbeiter" - auch der ehemaligen - dem entgegen stünden. Ein Verhalten, dass den Verdacht nährt, die NS-Vergangenheit solle unter den Teppich gekehrt werden, so der Autor.

Um welche "schutzwürdigen Belange" es sich hier handelt, hat Schenk jedoch auch ohne die Mitarbeit des BKA sehr präzise darlegen können. Seine Recherchen ergeben ein eindeutiges Bild: Das Bundeskriminalamt wurde maßgeblich "von Nazi-Tätern aufgebaut". Was zunächst als pauschaler Vorwurf noch recht abstrakt klingt, konkretisiert der Autor anhand der Biografie von gleich mehreren ehemaligen BKA-Führungsleuten, z.B. der von Paul Dickkopf. Dickkopf war von 1965 bis 1971 Präsident des BKA, und gehörte einstmals zu den so genannten Charlottenburgern, die in der "Führerschule der Sicherheitspolizei" tätig, und dem Gestapo-Mann Reinhard Heydrich unterstellt waren.

Zahlreiche "Charlottenburger" gehörten nach dem Krieg zum Führungspersonal der Wiesbadener Behörde: Rolf Holle, Vertreter von Dickkopf (der sich selbst als "Architekt des BKA" bezeichnete), oder Dr. Bernard Niggemeyer, der das Kriminalistische Institut des BKA aufbaute und leitete. Zur NS-Zeit war er für Exekutionen unter der Zivilbevölkerung Russlands verantwortlich.

Dieses Triumvirat, so Schenk, habe fast ausschließlich Beamten des Leitenden Dienstes vorgestanden, die ihrerseits ebenfalls "so gut wie alle ihre beruflichen Wurzeln in der Sicherheitspolizei Himmlers und Heydrichs hatten". Bis Ende der 50er Jahre habe der immerhin fast fünfzig Personen umfassende Leitende Dienst, bis auf zwei Mitarbeiter, aus ehemaligen, teils in führenden Positionen tätigen Nazis bestanden. "Viele von ihnen wirkten mit, unzählige Homosexuelle, ‚Zigeuner`, ‚Asoziale` und so genannte Berufs- und Gewohnheitsverbrecher in ein Konzentrationslager einzuweisen und damit einem fast sicheren Tod auszuliefern. 15 BKA-Führer waren Mitglieder der Einsatzgruppen in Polen und als Vorgesetzte in die Vernichtung der polnischen Intellektuellen verstrickt". Andere hätten bei Exekutionen selbst "Hand angelegt", annähernd jeder Dritte dieser im Leitenden Dienst tätigen BKA-Gründergeneration habe der Gestapo angehört, "womit die in der Fachliteratur überwiegend vertretene Meinung widerlegt ist, dass wenigstens den Angehörigen der Geheimen Staatspolizei - von Einzelfällen abgesehen - der Zugang in Führungspositionen der Nachkriegspolizei versperrt blieb", so der Autor resümierend.

Der Autor ist ein Mann, der auf Grund seiner eigenen Geschichte ganz gut wissen dürfte, wovon er spricht. Dieter Schenk arbeitete von 1980 bis 1989 als Kriminaldirektor im Bundeskriminalamt. Er schied auf eigenen Antrag vorzeitig aus dem Polizeidienst aus, weil er mit dem autoritären Führungsstil nicht zurecht gekommen sei, der Kritik unterdrückt und zum "Weggucken" erzogen habe, so der ehemalige BKA-Mann. Schenk arbeitet heute als freier Publizist und ist Honorarprofessor an der Universität Lodz mit einem Lehrauftrag für die Geschichte des Nationalsozialismus.

Aber Schenk geht es mit seinem Buch nicht nur um die Geschichte des BKA. Es könne nicht überraschen, so der Autor, dass im BKA, das über zwei Jahrzehnte von ehemaligen Nationalsozialisten geformt worden sei, nicht nur Gesinnung tradiere werde, sondern die braunen Spuren auch katastrophale Auswirkungen im Führungsbereich und zugleich Einfluss auf Strategien und Konzepte des BKA hätten. Im November 2000 hielt das BKA eine Tagung "Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit" ab - "an sich ein begrüßenswertes Unterfangen". Auf der Tagung erklärten Innenminister Schily und BKA-Vize Falk unisono, zwischen 1990 und 2000 seien 36 Menschen Opfer rechter Gewalt geworden, und das, obwohl in den Medien

zuvor einer genau recherchierten Dokumentation zu entnehmen war, dass mindesten 93 Personen in diesem Zeitraum von rechten Tätern ermordet worden waren. Für Schenk ein typischer Vorfall: "Diese Bagatellisierung rechter Gewalt entspricht einem jahrzehntelangen Muster politisch gewollter Verharmlosung".

Thomas Klein

Dieter Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA. Verlag Kiepenheuer & Witsch, 372 Seiten, DM 44,90

8. Und dem Osten zugewandt. Schill-Partei hofft in Sachsen-Anhalt DVU zu beerben

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:05

Nach dem Wahlerfolg von Hamburg weitet die Schill-Partei PRO - Partei Rechtsstaatliche Offensive ihre Aktivitäten in die neuen Bundesländern aus. Neben Mecklenburg-Vorpommern soll in Sachsen-Anhalt der Erfolg der Partei im Osten getestet werden. Dort findet im April die Landtagswahl statt.

In Magdeburg konstituierte sich Mitte Dezember der erste Kreisverband der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt. Von hier aus soll der Aufbau des Landesverbandes vorangetrieben werden. Die Gründung des Landesverbandes wird offiziell im Januar in der Kreisstadt Staßfurt erfolgen. Schon vor Gründung des ersten Kreisverbandes war es zu internen Auseinandersetzungen um das Führungspersonal der Partei gekommen. Nach dem Hamburger Wahlerfolg hatte der Oberstleutnant Norbert Hoizcyk aus der Altmark landesweit Interessenten gesammelt und sich Schill für die Gründung des Landesverbandes empfohlen. Dieser lehnte jedoch die Eigeninitiative und die damit verbundene "wilde", aus Hamburg nicht genehmigte, Gründung von Kreisverbänden ab. Die Aktivisten der ersten Stunde sprachen von undemokratischem Vorgehen und gründeten inzwischen die Rechtsstaatliche Bürgerpartei.

Als autorisierter Koordinator für den Parteiaufbau wurde der Millionär Ulrich Marseille eingesetzt. Er ist Mitinhaber einer gleichnamigen Klinik AG, die auch in Sachsen-Anhalt mehrere Altenheime und Krankenhäuser betreibt. Gegenwärtig führt er gegen das Sozialministerium des Landes mehrere Prozesse, um die Kostenumlagen für die von seiner AG betriebenen Einrichtungen zu erhöhen. Gewinnt Marseille die nicht nur in Sachsen-Anhalt anhängigen Prozesse, kommt auf das Land eine ruinöse Kostenexplosion bei der Finanzierung von privatwirtschaftlichen Gesundheitseinrichtungen zu.

Schon einmal hatte sich Ex-CDU-Mitglied Marseille in der sachsen-anhaltinischen Politik versucht. Im Kommunalwahlkampf vor zwei Jahren unterstützte er in Halle/Saale die Wählervereinigung "Miet- & Bürgerliste". In den regionalen Medien wurde damals spekuliert, Marseille wolle über die Wählervereinigung im Stadtrat Druck auf die kommunale Wohnungsgesellschaft ausüben. Von dieser hatte er im Jahr 1996 2.700 Plattenbauwohnungen in Halle-Neustadt erworben. Als diese nicht die kalkulierten Mieteinnahmen erbrachten, forderte Marseille 115 Millionen Mark Schadenersatz und verlor. Marseille machte also regional vor allem als arroganter Wessi-Profiteur Schlagzeilen. Das hinderte Schill jedoch nicht, ihn auf einer Pressekonferenz zur Gründung des Kreisverbandes Magdeburg als "Lichtgestalt für das Land und den Mittelstand des Landes" zu preisen.

Westimport mit ostdeutscher Einfärbung

Das politische Personal, mit dem Marseille die Partei im April zur Regierungsbeteiligung führen will, setzt sich in seiner Mehrheit aus Mittelständlern und Kommunalpolitikern der großen Parteien zusammen, die den Karrieresprung in die Landespolitik verpasst haben. Beispielhaft dafür ist Klaus Bierende, Bürgermeister der Kleinstadt Egeln, vor den Toren Magdeburgs. Dieser war schon in SED und SPD aktiv, fällt durch drastische, realitätsferne Politsprüche auf und trägt den Spitznamen "Börderambo". Daneben finden sich im Gründungsteam auch erfahrene, hochrangige Polizisten, ehemalige politische Beamte und Lehrer. Als Ziel hat man eine Koalition mit CDU und FDP im Auge. CDU-Landeschef und Spitzenkandidat Wolfgang Böhmer kann sich unter Umständen eine Koalition mit der Schill-Partei vorstellen. Die FDP gibt sich vorerst noch skeptisch.

Die Wahlchancen der Schill-Partei einzuschätzen, ist schwierig. Im November konnten sich laut einer Umfrage rund 20% der Wähler vorstellen, die Partei zu wählen. Bei der so genannten Sonntagsfrage erzielte die Schill-Partei im Dezember jedoch nur noch 3%. In erster Linie seien bisherige Nicht-Wähler und DVU-Wähler für die Schill-Partei mobilisierbar, so die Wahlforscher. Doch auch für die Wähler der drei großen Parteien SPD, PDS und CDU ist die Schill-Partei attraktiv. Auf die Gefahr, Wähler an die PRO zu verlieren, reagieren die Parteien offiziell mit Beschwichtigungen. In der Tat ist das Thema "Innere Sicherheit" durch die rigide Politik des SPD-Innenminister Püchel bei der Kriminalitätsbekämpfung besetzt. Doch bei der 98er Landtagswahl hatten die großen Parteien schon einmal Zweitstimmen an eine rechte "Alternative", die DVU, abgeben müssen. So basteln sowohl SPD als auch CDU und PDS im Vorfeld der heißen Wahlkampfphase

intern an Argumentationsbausteinen, potenzielle Wähler der Schill-Partei zurück zu gewinnen. Sie hoffen auch darauf, dass Ulrich Marseille alle ostdeutschen Klischees vom Westdeutschen bedient und so die antiwestlichen Ressentiments unter den Wählern mobilisiert.

In den bisher spärlichen programmatischen Aussagen unterscheiden sich die Parteigänger Schills in einigen Themenfeldern nur graduell von der CDU. Generell setzen mit Ausnahme der PDS, die größte Schwierigkeiten hat, ihre emanzipatorischen Inhalte an die linksautoritäre Basis zu vermitteln, und der politisch bedeutungslosen Grünen, alle anderen Parteien programmatisch auf autoritäre, ordnungsstaatliche Konzepte ostdeutscher Einfärbung. Als eigentliches Wahlkampfthema scheint die Schill-Partei daher die schwierige wirtschaftliche Lage im Land aufgreifen zu wollen. Unermüdlich weist Marseille darauf hin, dass Sachsen-Anhalt bei Arbeitslosigkeit und Investitionen in den neuen Ländern die rote Laterne trägt. Von dem für Ende Januar angekündigten Wahlprogramm der Partei ist daher ein Schwerpunkt bei Mittelstandsförderung und Steuerbelastung zu erwarten. Ein Erfolg der Partei bei den Wahlen im April wird allerdings davon abhängen, ob es der Schill-Partei gelingt, durch im Lande verankerte Kandidaten thematisch mit ostdeutscher Identitätspolitik und neoliberalen Wirtschaftskonzepten Wähler sowohl aus dem unternehmerischen Mittelstand als auch unter der von der Politik enttäuschten Bevölkerung zu gewinnen. Mit personellen Westimporten und einem anonymen Wahlkampf, wie ihn 1998 die DVU führte, sei dies nicht noch einmal zu erreichen, heißt es bei den Wahlforschern.

Christian Grünert

Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg

9. "Selber schuld". Leserbriefreaktionen auf den Tod des Kameruners Achidi J.

LeserInbrief-Reaktionen auf den Tod des Kameruners Achidi J.

Autor: Ed Prömmel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:03

Am 9. Dezember 2001 fiel der 19-jährige Achidi J. infolge eines gewaltsamen Brechmitteleinsatz ins Koma. Das Brechmittel wurde dem des illegalen Drogenhandels verdächtigten Kameruner am Rechtsmedizinischen Institut des Universitätskrankenhauses Eppendorf verabreicht. Inzwischen ist Achidi J. an den Folgen des Einsatzes verstorben. Nach anfänglichem Entsetzen (Morgenpost vom 11.12.: "Todesstrafe durch die Hintertür") und Kritik der Ärztekammer an der Beteiligung von MedizinerInnen an der Brechmittelvergabe ist inzwischen absehbar, dass dieser Vorfall keineswegs zu einer Zäsur in dem Einsatz dieses umstrittenen Verfahrens führt.

Es zeichnet sich ab, dass die Einsätze unverändert weitergehen, sie werden sowohl von einen allgemeinen Konsens der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien getragen, aus dem bisher nur die GAL eher zögerlich ausgeschert ist, als auch von der Bevölkerung; jedenfalls wenn man die in den Leserbriefspalten der TAZ, der Hamburger Morgenpost (MoPo) und des Hamburger Abendblatt (HA) veröffentlichten Stellungnahmen als halbwegs repräsentativ nimmt.

Der Brechmitteleinsatz ist rechtlich umstritten. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in einer Entscheidung von 1996 diese Maßnahme als grundsätzlich rechtswidrig bezeichnet, weil damit eklatant gegen die Menschenwürde verstoßen würde. Auch wenn der BGH dieses Urteil später wieder aufgehoben hat, stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit dieser Maßnahme. Auch für mögliche DealerInnen hat zunächst die Unschuldsvermutung zu gelten. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der durch den Brechmitteleinsatz verursachten körperlichen Schädigungen zu der Schwere der Tat und dem zu erwartenden Strafmaß bei einer möglichen Schuldnachweisung. Steht die "Schuld" dagegen schon vor dem Einsatz fest, so ist diese Maßnahme für die Beweiserhebung unerheblich und bekommt damit den Charakter einer vor einer gerichtlichen Verurteilung verabreichten Körperstrafe. In beiden Fällen hat die Brechmittelvergabe einen den rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechenden Charakter.

Hätten der vergangene rot-grüne und der jetzige Hamburger Senat die Erfahrungen der anderen Bundesländer, in denen Brechmittel eingesetzt werden, genau analysiert, so wäre ihnen kaum entgangen, dass diese Maßnahmen keineswegs zu einer Verringerung des Angebots an illegalen Drogen geführt haben, sondern allenfalls - wie das im Wahlkampf viel zitierte Beispiel Bremen zeigt - zu einer Anpassung der jeweiligen Verkaufsstrategien an die neuen Gegebenheiten. Selbst, wenn das Angebot vorübergehend verringert werden würde, funktioniert der Drogenmarkt wie jeder andere Markt. Eine Verringerung des Angebots durch äußere Einflussnahme - hier neue Methoden der Polizei - bei gleich bleibender Nachfrage führt zunächst zu einer Erhöhung der Preise und damit zu einer gesteigerten Attraktivität der Angebotsseite.

So treffen diese Maßnahmen vor allem einzelne DrogenverkäuferInnen und die KonsumentInnen insgesamt, um deren vermeintlichen Schutz es vorgeblich gehen soll. Für letztere sind Risikopreiszuschläge und eine erhöhte Hektik in der Szene die Folge. Dies erschwert ein vertrauliches Verhältnis zwischen KäuferInnen und VerkäuferInnen. Damit entfällt auch die einzige Möglichkeit für den Käufer, eine gewisse Sicherheit zu erlangen, was er eigentlich kauft und konsumiert. Schließlich gibt es eine "Stiftung Warentest" für den Bereich der illegalisierten Drogen nicht.

Brechmittel als symbolische Politik

Die Einführung des Brechmitteleinsatzes in der Hochphase des Hamburger Wahlkampfes kann mit Recht als symbolische Politik bezeichnen werden. Der SPD/GAL-Senat hat mit der Einführung versucht zu symbolisieren, dass er sehr wohl dazu bereit ist, "mit aller Härte" gegen die Drogenszene vorzugehen. Die Rechtsregierung hat mit der Ausweitung symbolisiert, dass sie das noch konsequenter tun will. Der Wahlkampf ist vorüber, die Anwendung der Symbolik hat sich als erfolgreich (für die Rechtsparteien) oder als nicht erfolgreich (für SPD und GAL) erwiesen, und auch andere Aussagen, die den Wahlkampf bestimmt haben,

sind inzwischen zurückgenommen oder stark relativiert worden. Vor diesem Hintergrund hätte man durchaus erwarten können, dass das Mittel Brechmitteleinsatz nach dem Tode von Achidi J. in Frage gestellt würde, zumindest in der Form eines Moratoriums bis zur vollständigen Klärung der konkreten Todesursache. Dies geschah nicht, vielmehr kündigte der Senat an, die Brechmitteleinsätze unvermindert fortzusetzen. Dabei kann er sich der breiten Zustimmung großer Teile der Öffentlichkeit sicher sein. Die Leserbriefe, die in den Tagen nach dem Tod Achidis in den Hamburger Tageszeitungen abgedruckt wurden, sprechen eine deutliche Sprache. So gibt es verschiedene in der Öffentlichkeit kursierende Bilder, mit denen der Einsatz von Brechmitteln legitimiert werden soll.

Bild Nr. 1: "Der Dealer weiß ja, welches Risiko er eingeht." (H.-H. F., K-P. S., beide HA vom 12.12. ähnlich P.H., in der MoPo vom 12.12.). Mit dieser Argumentation wird die Verantwortung für den Brechmitteleinsatz und seine möglichen Folgen den Betroffenen selbst zugeschrieben. Mit dieser Argumentation ließe sich jegliche Form von staatlicher Strafe legitimieren. Um auf eine andere Diskussion im Zusammenhang mit dem 11.9. zu kommen: Auch die Anwendung der Scharia ließe sich so rechtfertigen. Ein Dieb in Saudi-Arabien oder im Norden Nigerias weiß, dass er das Risiko eingeht, dass ihm Hand abgehackt zu bekommen. Zugespitzt ausgedrückt: Auch die Todesstrafe für Schwarzfahren wäre legitim, vorausgesetzt der Schwarzfahrer weiß um diese mögliche Folge seines Tuns.

Bild Nr. 2: Die Not, die DealerInnen über KonsumentInnen bringen, rechtfertige den Brechmitteleinsatz, auch wenn dabei ein Dealer zu Schaden kommt und möglicherweise stirbt. Die Folgen seines Handelns sind ihm bewusst. (M.W. im HA vom 11.12, ähnlich Ch. B. im HA vom 19.12., P. Möller im HA vom 19.12.). Ohne die alte Frage aufzuwerfen, woran die KonsumentInnen illegalisierter Drogen sterben - an der Droge oder der herrschenden Drogenpolitik -, liegt hier eine Umkehrung der Verhältnisse vor. Es gibt nicht Drogenkonsum, weil DealerInnen da sind, sondern diese befriedigen eine vorhandene Nachfrage. Im Übrigen: Wer käme auf die Idee, eine Kioskbesitzerin strafrechtlich zu verfolgen, weil sich ihr Stammkunde totgesoffen hat, oder einen Autoverkäufer, weil sein Kunde bei einem Verkehrsunfall verletzt wurde?

Gute Junkies - böse DealerInnen

Bild Nr. 3: "Die afrikanischen Dealer missbrauchen das Gastrecht." (C. H. im HA vom 11.12.). Diese Argumentation misst mit zweierlei Maß. Sie beurteilt einen Vorgang nicht mehr danach, was vorgefallen ist, sondern nach Herkunft und Status der Beteiligten. Bei der großen Mehrzahl der in Hamburg lebenden SchwarzafrikanerInnen handelt es sich keineswegs um "Gäste", sondern sie sind Teil der weltweiten, durch Kriege, Hunger und soziale Krisen ausgelösten Migrationbewegung. Es ist eine alte Erkenntnis der Stadtsoziologie, dass Angehörige von Einwanderergruppen, die wenig in die Hauptgesellschaft integriert sind, sich zuerst in ethnischen Netzwerken organisieren, und ein großer Teil der EinwandererInnen reproduziert sich zunächst über eine Schattenökonomie. Diese wird jedoch in dem Maße verlassen, wie sich ihre Angehörigen in die legale Ökonomie integrieren können. Dieser Zugang wird den Menschen der schwarzafrikanischen communitie(s) jedoch systematisch verwehrt mit dem Argument, weitere ZuwandererInnen abschrecken zu wollen. Insofern ist die Argumentation in zweifacher Weise rassistisch.

Bild Nr. 4: Eine besondere Wendung hat der Tenor der Leserbriefzuschriften bekommen, nachdem sich der Hamburger DGB-Vorsitzende und SPD-Abgeordnete Pumm und die Bischöfin Jepsen für ein Moratorium der Brechmitteleinsätze ausgesprochen haben und die Bischöfin Respekt vor dem toten Achidi J. geäußert hat (eine Haltung gegenüber einem Toten, die aus einem christlichen Verständnis eigentlich selbstverständlich ist). Angetrieben von einem entsprechenden Kommentar im Hamburger Abendblatt und einem Artikel "Eine Mutter klagt an", in dem im Übrigen recht plastisch die Schwierigkeiten beschrieben werden, die DrogenkonsumentInnen oder ehemalige DrogenkonsumentInnen und ihre Angehörigen mit der staatlichen Drogenpolitik haben (beides HA vom 20.12.), war der Tenor der folgenden Leserbriefe: Pumm und Jepsen würden das Leiden und Elend der DrogenkonsumentInnen missachten, jede Form der Infragestellung der Brechmitteleinsätze sei eine Solidarisierung mit den DealerInnen und damit zugleich eine Distanzierung gegenüber den KonsumentInnen (Diskussionsseite im HA vom 21.12.). Beim Lesen der verschiedenen Stellungnahmen ist man zunächst versucht, den AutorInnen blanken Zynismus zu unterstellen. In der Regel tauchen DrogenkonsumentInnen in der öffentlichen Diskussion lediglich als vertreibungswerte Randgruppe auf, die die Qualität des eigenen Wohnumfeldes beeinträchtigt. Durch aktiven BürgerInnenprotest und unter Mitwirkung heutiger Senatsmitglieder wurde im letzten Jahr beispielsweise eine Hilfseinrichtung für DrogenkonsumentInnen an der Lübecker Straße verhindert.

Die jetzige Solidarisierungswelle mit den DrogenkonsumentInnen ist nicht nur verlogen, sie beruht auch auf einem äußerst reduzierten Bild der Drogensituation. Demzufolge gibt es keine sozialen, gesellschaftlichen und rechtlichen Bedingungen, in denen der Konsum und der Umgang mit illegalisierten Drogen stattfindet und die dieses Geschehen beeinflussen. Als einzige Akteure werden DealerInnen und KonsumentInnen von Drogen wahrgenommen. Deren Verhältnis ist von einer eindeutigen, unhinterfragbaren Polarität geprägt: Es gibt nur schwarze, gewissenlose, für ihren Profit über Leichen gehende DealerInnen und weiße willenlose, diesen DealerInnen völlig ausgelieferte KonsumentInnen ("unsere Kinder"). In der Identifikation mit den KonsumentInnen auf der Grundlage dieses Bildes bekommen die DealerInnen eine überragende Bedeutung. Sie werden zum Symbol für alles von außen kommende, die Lebenswelt bedrohende, zum "Bösen an sich", gegen das jede Art von Vorgehen gerechtfertigt sei. Jegliche Zwischentöne bedrohen die Polarität dieses Weltbildes und müssen abgewehrt werden: "Ich fürchte mich vor ‚Gutmenschen`." (J.D. im HA vom 20.12.) Wurden DrogenkonsumentInnen vorher als Subkultur, die die Neuformierung der Innenstädte stört, wahrgenommen, so werden sie nun als Opfer von DealerInnen instrumentalisiert, um damit vormoderne Strafgelüste zu legitimieren.

Bild Nr. 5: In diesem Bild überschneidet sich die Diskussion um den Brechmitteleinsatz mit der Reform der evangelischen Kirche in Hamburg: "Die Kirche muss sich nicht wundern, dass die Leute austreten, wenn sie sich statt um normale Bürger um solche Leute kümmert." (F.F. im HA vom 21.12.). Hier wird eine eigene Verunsicherung deutlich und das Gefühl, mit seinen Problemen allein gelassen zu werden. Dieses Gefühl wird durch verschärfte Ausgrenzungs- und Bestrafungswünsche gegenüber denen, die es vermeintlich "wirklich verdient haben", verarbeitet und rationalisiert.

Abschreckung durch Tod?

Alle die hier vorgestellten Bilder zeigen einen weit verbreiteten Strafwunsch gegenüber einer bestimmten Gruppe von Menschen. Leiden und körperliche Schädigungen durch Brechmitteleinsätze werden als selbst verschuldet und gerechtfertigt empfunden bzw. sogar begrüßt: "Wer um des eigenen Profits willen andere schädigt, kann dabei auch selbst zu Schaden kommen" H.-H. F., "Das Schicksal des Kameruner wirkt hoffentlich abschreckend auf andere" M.E. (beide im HA vom 12.12.). Der Brechmitteleinsatz hat somit den Charakter einer Körperstrafe im Vorfeld einer möglichen Verurteilung und ist so mit Recht als Folter zu bezeichnen. Einige LeserbriefschreiberInnen gehen noch einen Schritt weiter: Sie fordern, dass Brechmittelvergabe in einem quasi rechtsfreien Raum stattfinden soll, indem die beteiligten PolizistInnen und MedizinerInnen sollen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. (B.L. in MoPo vom 12.12., M.E. im HA vom 12.12.)

Bei dieser Art von Drogenpolitik bleiben nicht nur die Gesundheit und möglicherweise das Leben der Betroffenen auf der Strecke, sondern es werden wesentliche Grundsätze des Rechtsstaates missachtet. Damit werden auch die Möglichkeiten einer rationalen Drogenpolitik weiter eingeschränkt. Dies schadet vor allem denjenigen, in deren Namen so häufig argumentiert wurde: den KonsumentInnen.

Ed Prömmel

10. Haftantritt in Neuengamme. Dem Vorsitzenden des Roma National Congress droht Gefängnis

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:11

Rudko Kawczynski bekam Ende Oktober vergangenen Jahres von der Staatsanwaltschaft Lörrach mitgeteilt, er habe am 19. November in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Vierlande seine Haftstrafe anzutreten. An diesem Tag begann in Hamburg eine vom Europarat und der OSZE mitgetragene Konferenz zur Lage von Sinti und Roma in Osteuropa, zu der auch Kawczynski eingeladen war. "Nach der Konferenzeröffnung, die ich für den Roma National Congress machen werde, kann ich mich dann in Neuengamme zur Haft melden", so Kawczynski. So weit ist es allerdings nicht gekommen.

Nach Protesten von Roma-Organisationen aus mehreren europäischen Ländern will die Staatsanwaltschaft Lörrach nun doch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abwarten; der Haftantritt wurde auf Ende Januar verschoben. Bereits 1992 war Kawczynski vom Amtsgericht Lörrach wegen "Nötigung im Straßenverkehr" zu 50 Tagen Haft verurteilt worden. Allerdings ist Kawczynski kein Raser und Drängler. In seiner Funktion als Vorsitzender des Roma National Congress (RNC) hatte er am 9. November 1990 an einem Protestmarsch gegen die Abschiebung von Roma aus Deutschland nach Jugoslawien teilgenommen. Die Roma forderten vom UNHCR, sich gegen ihre drohende Abschiebung einzusetzen. Deshalb wollten sie vor dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat in Genf demonstrieren.

Doch am Grenzübergang Basel wurde der Protestmarsch gestoppt. Daraufhin blockierten die Roma den Grenzübergang für sieben Tage. "Das war eine Spontandemo", so Kawczynski. "Die Polizei hat dann den Autoverkehr umgeleitet, aber damit hatten wir nichts zu tun." Marko D. Knudsen von Rom News erklärte dazu: "Dank dieser Aktion erhielten mehr als 2.000 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. Die meisten von ihnen wären aller Wahrscheinlichkeit nach im Falle einer Abschiebung in diese Gegend zu diesem Zeitpunkt gestorben."

Die deutsche Justiz vergisst nie

Gegen seine Verurteilung legte Kawczynski Revision ein. Schließlich landete das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG), wo es seit 1994 anhängig ist. Bislang hatte das Amtsgericht Lörrach einmal im Jahr nachgefragt, ob eine Entscheidung des BVerfG vorliegt. Doch im vergangenen Jahr kam dann plötzlich die Ladung zum Haftantritt, obwohl das BVerfG immer noch nicht entschieden hatte. "Das Bundesverfassungsgericht hat zwar unsere Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes zur Entscheidung angenommen, aber das hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist absurd, aber nach sechs Jahren hat es jetzt plötzlich die Staatsanwaltschaft Lörrach eilig, obwohl das Verfassungsgericht dieses Jahr angefangen hat, den Vorgang zu bearbeiten", so Kawczynskis Anwalt Christian Schneider. Sein Mandant erklärt sich die plötzliche Eile politisch: "60 Roma-Organisationen haben auf der Anti-Rassismus-Konferenz in Durban gegen die Abschiebepolitik der Bundesrepublik Deutschland protestiert und Aufsehen erregt. Kurz danach kam jetzt die Ladung zum Haftantritt in Neuengamme."

Genau ein Jahr vor der Spontandemonstration am Grenzübergang hatte Kawczynski am 9. November 1989 unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Vierlande eine bewegende Rede gehalten. Um ein Bleiberecht für Roma aus Jugoslawien in Hamburg durchzusetzen, hatten damals Roma die KZ-Gedenkstätte Neuengamme symbolisch besetzt. Neuengamme war 1938 zunächst ein Außenlager von Sachsenhausen, ab 1940 eigenständig und Hauptlager für Norddeutschland, mit 80 Außenlagern. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren mörderisch. In der Gedenkstätte Neuengamme heißt es dazu: "Insgesamt kamen ca. 55.000 der 106.000 Häftlinge des KZ Neuengamme ums Leben; körperlich ausgezehrt starben sie an Krankheiten und Hunger oder wurden Opfer von Misshandlungen und Mordaktionen."

Etwa 500 Roma und Sinti waren allein im Hauptlager des KZ Neuengamme inhaftiert. Die Roma und Cinti Union Hamburg protestierte 1989 auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers, um ihrer Forderung nach Bleiberecht Nachdruck zu verleihen: Vor dem Hintergrund der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti durch die Nazis könne der deutsche Staat auf keinen Fall Roma in ein Land abschieben, in dem gerade ein Bürgerkrieg ausbrach. Die Besetzung wurde allerdings am nächsten Tag

abgebrochen, sie stieß in der Öffentlichkeit auf keine Resonanz. Die Menschen saßen vor dem Fernseher und verfolgten die Bilder der Maueröffnung.

Während aus DDR und BRD Deutschland wurde, setzten sich Roma und einige UnterstützerInnen weiterhin gegen die drohenden Abschiebungen zur Wehr. Der Film "Gelem Gelem - wir gehen einen weiten Weg" von Monika Hielscher und Mathias Heeder dokumentiert diese Aktivitäten. "Die Aufnahmen zu diesem Film entstanden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Die meisten Menschen, die wir während dieser Zeit begleiteten, wurden inzwischen von den deutschen Behörden abgeschoben. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsghettos von Südosteuropa", so die beiden Filmemacher. Viele Roma wurden ab 1991 nach Skopje abgeschoben. Jahre später erzählte Mathias Heeder am Rande einer Filmvorführung, dass sich die elenden Lebensbedingungen für Roma dort trotz zugesagter Hilfsgelder aus Deutschland, mit denen die Abschiebungen "humanitär" begleitet werden sollten, nicht gebessert hätten. Mittlerweile sind viele Roma in ganz Mazedonien im Bürgerkrieg zwischen die nationalen Fronten geraten. Wie bereits zuvor im Kosovo, in dem Roma ebenso wie Juden und Serben nur noch in einigen wenigen Enklaven leben können. Trotzdem versuchen deutsche Behörden immer wieder, Roma in den Kosovo abzuschieben.

"Es ist makaber, dass ich die Haft ausgerechnet in Neuengamme antreten muss", so Kawczynski. Marko D. Knudsen erklärt dazu: "Bis zum heutigen Tage werden hier Roma und Sinti an einem Ort inhaftiert, an dem ihre Eltern und Großeltern umgebracht wurden." Die JVA Vierlande, Anstalt XII, ist ein reguläres Gefängnis des offenen Strafvollzugs, in dem teilweise noch frühere Häftlingsbaracken des Konzentrationslagers Neuengamme genutzt werden. Kurz vor seiner Abwahl hatte der rot-grüne Senat im vergangenen Jahr die Schließung der Anstalt XII beschlossen. Davon wollte aber der neue Hamburger Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP nichts wissen. In der Koalitionsvereinbarung des neuen Hamburger Senates hieß es dementsprechend: "... unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben." Als sich dagegen erste Proteste regten, wurde eine neue Sprachregelung eingeführt: "Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII ... aufgegeben werden können."

Vor allem sollte mit der Amicale Internationale de Neuengamme, dem Verband der Überlebenden des KZ Neuengamme, geredet werden. Amicale Internationale hat in Frankreich, Holland und anderen Ländern eine breite Öffentlichkeit gegen die Fortsetzung des Gefängnisbetriebes der Anstalt XII mobilisiert. Daraufhin setzte sich am 8. November Hamburgs Interims-Kultursenator Rudolf Lange dafür ein, das Gefängnis auf dem Gelände zu schließen. Doch bereits am nächsten Tag stellte der stellvertretende Senatssprecher Klaus May klar: "Das Thema ist im Senat bisher nicht abgestimmt worden." Innensenator Ronald Schill distanzierte sich ebenfalls von Langes Aussagen: "Ich bin sehr überrascht. Das steht so nicht im Koalitionsvertrag." Bis Mitte November hatte der neue Rechts-Senat keine Probleme damit, dass Verurteilte ihre Strafe weiterhin dort absitzen müssen, wo bis zum April 1945 der KZ-Appellplatz war, auf dem die SS Gefangene erniedrigte, auspeitschte und erhängte.

Dabei war die geplante Schließung der Anstalt XII schon nur ein Kompromiss mit Amicale Internationale. Die am Rand des KZ-Geländes 1970 fertig gestellte Anstalt IX wird in jedem Fall weitergeführt, da dieses neu gebaute Gefängnis im Gegensatz zur Anstalt XII keine KZ-Gebäude nutzt. Als Amicale Internationale sich auf diesen Kompromiss einließ, rechneten die Opferverbände fest mit der schnellstmöglichen Schließung der Anstalt XII und der Freigabe fast des gesamten KZ-Geländes für das Gedenken. Umso größer war die Verbitterung, als der neue Hamburger Senat sich an die nach jahrelangen Verhandlungen am 5. September 2001 von der Bürgerschaft in der letzten Sitzung der abgelaufenen Wahlperiode beschlossene Schließung der Anstalt XII nicht gebunden fühlte.

Vom unbelasteten Umgang mit der Vergangenheit

Am Ende aber zeigten die internationalen Proteste doch Erfolg. Die Entscheidung für die Schließung der Anstalt XII wurde nach einem Gespräch mit Überlebendenorganisationen am 21. November getroffen. Nach einer Besichtigung des Geländes des ehemaligen KZ Neuengamme und einer Beratung mit Vertretern der Amicale International, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde und weiteren Vertretern erklärte Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), dass die Anstalt XII verlagert wird. Darüber hinaus würden Gebäude und Flächen des ehemaligen Konzentrationslagers schneller als vorgesehen vom Strafvollzug geräumt.

Kusch hatte das Konzentrationslager zuvor nie besucht, wie er am 21. November auf einer Pressekonferenz nach einem Rundgang auf dem Gelände mit Überlebenden freimütig verkündete: "Ich habe heute zum ersten Mal das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme und die Gedenkstätte besucht. Die intensiven Eindrücke und das Gespräch mit der Amicale und den Vertretern weiterer Organisationen haben mich davon überzeugt, dass die Verlagerung der Anstalt Vierlande die historisch richtige Entscheidung ist." Kultursenator Lange (FDP) fügte scheinheilig, so als hätte es nie der internationalen Proteste bedurft, hinzu: "Ich möchte mich bei den Vertretern der Amicale ausdrücklich für das intensive und harmonische Treffen am heutigen Vormittag bedanken. Die Gespräche haben wieder einmal gezeigt, wie wichtig für Hamburg der Umgang mit diesem historischen Erbe ist. Mit seinen Dimensionen wird Neuengamme eine der größten Gedenkstätten in der Bundesrepublik und zu einem Ort internationaler Bedeutung." Da wollte auch der dritte Beteiligte, Bausenator Mario Mettbach von der Schill-Partei, nicht abseits stehen: "Die Verlagerung der Anstalt Vierlande und die frühere Räumung einiger Flächen ist eine einstimmige Entscheidung des Senats. Die Baubehörde war sofort bereit, sich an den notwendigen Maßnahmen und Kosten zu beteiligen. Noch heute werden die Planungen für den neuen Zufahrtsweg zur Anstalt Vierlande beginnen, der wegen der Rückgabe des Appellplatzes erforderlich ist. Die Kosten hierfür werden wir übernehmen."

Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass die Stadt öffentliche Baumaßnahmen bezahlt, aber der Auftritt der drei Senatoren wurde am nächsten Tag von Hamburgs tonangebender Zeitung gelobt: "Der neue Senat ist lernfähig. Die Entscheidung, am einstimmig von der alten Bürgerschaft beschlossenen Konzept für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme festzuhalten, war notwendig. Denn Hamburg steht im Wort. Die internationalen Proteste gegen mögliche Einschränkungen dieses Versprechens waren Warnung genug", schrieb das Hamburger Abendblatt. Bleibt zu hoffen, dass die internationale Öffentlichkeit weiterhin aufmerksam die Entwicklung um die Gedenkstätte Neuengamme verfolgt.

Dass die KZ-Gedenkstätte ausgebaut wird, erscheint notwendig gerade auch angesichts der Kaltschnäuzigkeit, mit der bei der Aufforderung zum Haftantritt an Rudko Kawczynski die nationalsozialistischen Taten zur Vernichtung von Roma und Sinti ignoriert worden sind. Falls Kawczynski seine Haftstrafe im Februar doch noch antreten muss, wird er an zwei Schildern vorbeikommen, die direkt untereinander hängen und den Weg weisen - nach Rechts: Oben steht "KZ-Gedenkstätte Neuengamme", darunter "Vollzugsanstalten Vierlande".

Gaston Kirsche

(gruppe demontage)

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Jean-Dolidier-Weg 39 in 21039 Hamburg ist Dienstags bis Sonntags von 10-17 Uhr geöffnet. Tel. 040/428 96 03; Fax 040/428 96 525. Bei Gruppenbesuchen wird um Voranmeldung gebeten; Führungen vermittelt der Museumsdienst der Kulturbehörde (Tel. 040/428 24 325). Informationen unter:

www.hamburg.de/Neuengamme

11. Falsche Hoffnungen, falsche Signale. Islam-Unterricht an öffentlichen Schulen wird immer wahrscheinlicher

Autor: Gunnar Schedel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:06

Was in zehn Jahren den Befür-worterInnen des integrativen Faches Lebenskunde-Ethik-Religionskunde (LER) nicht gelungen ist, nämlich eine Umgestaltung der Vermittlung von Wissen über Religion und Weltanschauung an staatlichen Schulen zu erreichen, steht nun offenbar unmittelbar bevor. Noch gibt es keine einheitliche Linie aller Bundesländer, aber der Trend geht dahin, das bestehende System zu zementieren, indem ein islamischer Religionsunterricht analog zum Angebot der beiden großen christlichen Konfessionen eingerichtet werden soll.

Seit einigen Jahren bemühen sich islamische Vereinigungen, einen Islam-Unterricht an den öffentlichen Schulen zu etablieren. Gab es zunächst in der Politik eher eine abwartende bis ablehnende Haltung, hat sich dies in letzter Zeit geändert. Mittlerweile werden (parteiübergreifend) immer mehr Stimmen laut, die ein solches Fach befürworten; und allein die praktische Schwierigkeit, eine islamische Religionsgemeinschaft zu finden, die für alle muslimischen Gläubigen zu sprechen in der Lage wäre und deshalb für den Staat als Vertragspartnerin in Frage käme, hat bislang wohl verhindert, dass es bereits eingerichtet ist. (1)

Zur Begründung für die Notwendigkeit, einen Islam-Unterricht einzuführen, werden vor allem zwei Argumente angeführt. Zum einen soll der Staat einen Blick darauf werfen können, was muslimischen Schülerinnen und Schülern denn so alles an Werten und Vorstellungen vermittelt wird. Solange die religiöse Erziehung alleine in den Koranschulen erfolge, sei dies nicht möglich. (2) Zum anderen wird in einem solchen Unterrichtsangebot eine Möglichkeit gesehen, den muslimischen Bevölkerungsanteil besser zu integrieren. (3)

Wenn die Sondersituation in Berlin (4) einmal außer Acht gelassen wird, gehen die entscheidenden Signale derzeit von Bayern und Nordrhein-Westfalen aus, während Hessen hingegen einen Sonderweg zu wählen scheint.

In Bayern wurde zum Schuljahr 2001/02 ein Pilotprojekt gestartet und an fünf Schulen die "islamische religiöse Unterweisung", die bislang im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts erfolgte, in deutscher Sprache angeboten. Auch wenn eine Ministeriumssprecherin betonte, noch handele es sich "nur um eine religiöse Unterweisung und nicht um Islamunterricht", ist die Weichenstellung deutlich erkennbar. Denn den Wunsch, einen islamischen Religionsunterricht einzuführen, hat das Kultusministerium offen bekannt (auch hier ist das Problem der Ansprechpartner).

In Nordrhein-Westfalen plant die sozialdemokratische Bildungsministerin Gabriele Behler sogar schon ganz konkret die Einführung des Islamunterrichtes - nach den Anschlägen vom 11. September "so schnell wie möglich". Die Ergebnisse des seit 1999 an 30 Schulen laufenden Modellversuches Islamkunde werden bei der Erstellung der Lehrpläne möglicherweise eine Rolle spielen (anders als in Bayern, wo die Lehrpläne weitgehend mit den Vorstellungen des türkischen Erziehungsministerium abgestimmt sind, soll der Lehrstoff in Nordrhein-Westfalen selbst erarbeitet werden), aber der Charakter des Faches wird nach den bislang vorliegenden Informationen eher dem christlichen Religionsunterricht entsprechen als einer wissensvermittelnden Alternative. (5)

Die CDU-Regierung in Hessen hingegen hat das Ansinnen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) zurückgewiesen und wird zunächst keinen Islam-Unterricht einführen. Stattdessen sei ein Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam vorgesehen. Dafür sollten etwa 1.000 Lehrkräfte geschult werden - was die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als völlig illusorisch ansieht.

Die Vorreiter Bayern, NRW und Hessen

Alle drei Landesregierungen gehen bei ihren Überlegungen von einer Grundannahme aus: dass die Vermittlung religiöser Inhalte ein Recht der gläubigen Eltern sei, denen der Staat mit einer Bringeschuld gegenüberstehe. Diese konservative Interpretation des weltanschaulich neutralen Staates beinhaltet die rhetorisch nur dürftig kaschierte Ablehnung der Trennung von Staat und Kirche, denn Konfessionslose und

religiöse Dissidenten lassen sich darin nicht integrieren und werden zu Bürgern zweiter Klasse. Niemand sollte sich von den Worthülsen täuschen lassen. Natürlich spricht das bayerische Kultusministerium zur Rechtfertigung des Pilotversuches vom Ziel, die "religiöse Identität [zu] festigen und zur kulturellen Integration bei[zu]tragen", aber gerade letzteres ist in zweifacher Hinsicht falsch (zumal es sich fast schon zynisch anhört, wenn aus der Partei rücksichtslosester Abschiebepraxis und entschiedenster Gegnerschaft zum "Doppelpass" Integrationsangebote geheuchelt werden). Denn wie soll eine kulturelle Integration durch eine islamische Glaubensunterweisung erreicht werden, wo doch der islamische Kulturkreis keineswegs homogen ist? Ein bosnischer Schüler hat ein völlig anderes Verhältnis zur westlichen Kultur und wird ganz andere Fragen an diese stellen wie eine jemenitische Schülerin.

Generell muss in Frage gestellt werden, ob ein Unterricht, der die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler nach Religionszugehörigkeit mit sich bringt, überhaupt eine integrative Wirkung entfalten kann. Wie sollen Jugendliche verschiedener Glaubensrichtungen (inklusive der Ungläubigen) etwas voneinander erfahren und Verständnis für einander entwickeln, wenn sie übereinander und nicht miteinander reden? Auf der politisch-symbolischen Ebene hingegen ist eine mittelbare Wirkung nicht auszuschließen. In Österreich, wo es seit 1983 Islamunterricht an öffentlichen Schulen gibt, wurde vor kurzem eine Studie fertig gestellt, deren Ergebnisse nahe legen, dass sich der muslimische Teil der Bevölkerung im Einwanderungsland offenbar besser akzeptiert fühlt, wenn ihrer Religion diese formale Gleichstellung mit der Dominanzreligion Christentum zuteil wird.

Sicherlich gehört es zu den Zielen einer säkularen Gesellschaft, dass niemand diskriminiert werden soll. Aber ob der Islam-Unterricht einen Beitrag dazu leistet, dass Muslime in Deutschland weniger ausgegrenzt werden, erscheint mir fraglich, da die Benachteiligungen in der Regel weniger religiös denn rassistisch motiviert sind. Hinzu kommt, dass der Islamunterricht wie jeder Religionsunterricht an staatlichen Schulen gegen die Trennung von Staat und Kirche verstößt. Durch die Ausweitung des Privilegs auf eine weitere Religionsgemeinschaft würde dieser Verfassungswiderspruch befestigt. Das fortschreitende Desinteresse an Religion, die Entstehung einer multiweltanschaulichen Gesellschaft (zunächst in den größeren Städten), die Zunahme der Zahl der Ethik-Schüler - bis in den schulischen Alltag hinein haben in den letzten 25 Jahren Veränderungen stattgefunden, die den konfessionellen Religionsunterricht haben obsolet werden lassen. Indem nun eine bislang diskriminierte Gruppe zu den Privilegierten aufsteigen darf, soll das System stabilisiert werden. (Insofern ist es auch nicht mehr verwunderlich, dass sich gerade Bayern für den Islamunterricht ausspricht.)

Realpolitische Alternative

Ein (von den Konservativen sicherlich nicht unbeabsichtigter) Nebeneffekt der Offensive für islamischen Religionsunterricht besteht darin, dass Alternativen zum bisherigen System kaum noch diskutiert werden. Die Debatte dreht sich nicht mehr, wie in den Hochzeiten die Auseinandersetzung um LER, um die Frage, ob dieser Bereich nicht sinnvoller Weise völlig zu reformieren sei, sondern nur noch darum, wie (und welche) muslimische Vereinigungen ins bestehende Modell einbezogen werden könnten. Der Vorschlag eines für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtenden Faches, in dem Wissen über Religionen und Ethik vermittelt wird, oder nach einer diesbezüglichen Erweiterung eines der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, ist derzeit kaum zu vernehmen.

Neue Spaltungslinien als Integration?

Dabei dürfte klar sein, dass die Neuordnung der Vermittlung von Religion und Weltanschauung an der Schule jetzt ansteht. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden hier Weichenstellungen erfolgen, die auf lange Frist Verhältnisse festschreiben. Die Forderung nach Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichtes würde zwar auf einen Schlag alle Probleme lösen, ist aber nicht mehrheitsfähig. Viele Politiker, durchaus auch solche, die eine stärkere Trennung von Staat und Kirche nicht ablehnen, stehen dieser Position schon allein aus dem pragmatischen Grund distanziert gegenüber, weil es auf Grund der Verfassungshürde keine realistische Aussicht gibt, sie in absehbarer Zeit durchzusetzen. Die Konfessionslosen stehen nun vor der Frage, ob sie an der (inhaltlich richtigen) Maximalforderung festhalten, was höchstwahrscheinlich zur Folge hätte, dass sie an den anstehenden Entscheidungen in keiner Weise beteiligt wären. Oder sie finden eine realpolitische Alternativforderung - die zwar auch nicht gewährleistet, von Medien und Politik wahrgenommen zu werden, aber zumindest die Möglichkeit eröffnet, eigene Vorstellungen zu platzieren.

Ein als Diskussionsgrundlage dienlicher Kompromiss könnte die Einrichtung eines integrativen Faches neben dem vorerst wohl nicht abzuschaffenden konfessionellen Religionsunterricht sein. Sofern solches durchzusetzen wäre, würde dies das Aus für den diskriminierenden Zwangs-Ethik-Unterricht bedeuten, die Situation der konfessionslosen Schüler also real verbessern. Vor allem könnte damit dem Modell der Kultusbehörden, wo Integration zwar in allen Sonntagsreden aber nicht im Schulalltag vorkommt, ein Unterricht entgegengesetzt werden, wo Jugendliche einander tatsächlich begegnen und - günstigstenfalls - lernen das "Fremde" in ihren Mitschülern zu akzeptieren. Dies ließe den zu erwartenden Vorwurf, mit dem Islamunterricht auch alle Muslime abzulehnen, ins Leere laufen, indem die Verneinung des Rechtes auf Religionsunterricht mit einer Alternative verknüpft wäre, die konkret den Menschen dient und nicht nur abstrakt eine (noch dazu als Einheit gar nicht existierende) Glaubensgemeinschaft aufwertet.

Obwohl wir damit dem Ziel einer Trennung von Schule und Weltanschauung nicht näher gekommen wären, dürften hasserfüllte Angriffe von Kirchenseite sicher sein. Denn auch wenn der Religionsunterricht unangetastet bleibt, wäre es doch gelungen, das Definitionsmonopol, das die Kirchen in Fragen der Vermittlung von Information über Religion in der Schule für sich beanspruchen, aufzubrechen. Was das langfristig bedeuten kann, darüber darf spekuliert werden. Es ist keinesfalls auszuschließen, dass die Kirchen versuchen würden, maßgeblichen Einfluss auf Lehrpläne und Unterrichtsgestaltung zu erlangen und somit "Zugriff" auf Schülerinnen und Schüler, die keiner Kirche angehören. Angesichts der Kräfteverhältnisse wird es gerade in christdemokratisch regierten Ländern kaum möglich sein, solche Begehrlichkeiten völlig abzuwehren. Andererseits sollte die Gefahr, den Kirchen hier ein "Missionsfeld" zu eröffnen, nicht dramatisiert werden. Die Kinder wachsen in einem weitgehend säkularisierten Umfeld auf und die Erfahrungen des Schulversuches "Praktische Philosophie" haben gezeigt, dass Kinder einen Unterricht, der die Klasse nicht aufteilt, durchaus attraktiv finden.

Gunnar Schedel

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen leicht gekürzten Nachdruck aus der Zeitschrift Materialien und Informationen zur Zeit. Politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistInnen (MIZ) Nr. 03/01

Anmerkungen:

1) Die MIZ hat das Thema mehrfach aufgegriffen, vgl. MIZ 1/99, S. 19-23

2) So zum Beispiel die hessischen Ausländerbeiräte und die Landtagsfraktion der Grünen; die Argumentation findet sich aber auch in konservativen Kreisen. Vgl. Kein Islamunterricht an hessischen Schulen, in: Kinzigtal-Nachrichten, 20.9.2001

3) So etwa zuletzt das Bayerische Kultusministerium zur Begründung, die religiöse Unterweisung an bayerischen Schulen in deutscher Sprache anzubieten; die Hoffnung, muslimische Mitbürger auf diese Weise besser integrieren zu können, wird aber gerade von linken und liberalen Politikern immer wieder angeführt. Vgl. Die Glocken und der Muezzin, in: Frankfurter Rundschau, 15.8.2001

4) Nach einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts darf die Islamische Föderation ab dem laufenden Schuljahr an einigen Berliner Schulen ihren islamischen Religionsunterricht anbieten (wie andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auch). Da in Berlin der Religionsunterricht aber kein "ordentliches Lehrfach" ist, hat der Gerichtsentscheid keine unmittelbare Auswirkung auf andere Bundesländer. Vgl. Berliner Urteil löst neuen Streit um Islam-Unterricht aus, in: Die Welt, 31.8.2001; Kühler Empfang für den neuen moslemischen Kollegen, in: Frankfurter Rundschau, 6.9.2001; Zwischen Islamisten und Mineralfasern, in: FAZ, 31.8.2001

5) Schule ist kein Platz für Fanatiker, in: SZ, 2.10.2001

12. Unhappy birthday. Ausländerbehörden überprüfen das Alter von Flüchtlingen mit zweifelhaften Methoden

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:10

In Hamburg will Innensenator Ronald Schill die Verfahren zur Altersfestlegung von jungen Flüchtlingen verschärfen und das umstrittene Handwurzelröntgen wieder einführen. Noch schätzen Ausländerbehörden das Alter per "Inaugenscheinnahme". Meist verpassen die SachbearbeiterInnen den Jungen und Mädchen ein neues Geburtsdatum, das sie älter als 16 Jahre macht. Dann sind die Jugendlichen, die keine Dokumente vorweisen können, gezwungen, etwas zu belegen, was sich nicht eindeutig beweisen lässt: das Alter.

Wie tief klingt die Stimme eines 14-Jährigen? Wie stark sprießt der Bart eines 15-jährigen und um wie viel mehr bei einem 16-jährigen Jungen? Das sind absurde Fragen, doch die Hamburger Ausländerbehörde hat eine Antwort parat: "Wenn jemand die Erfahrung hat, sieht man das," sagt Norbert Smekal, Sprecher der Hamburger Ausländerbehörde. Falls die SachbearbeiterInnen die Angaben der jugendlichen Flüchtlinge ungeprüft ließen, würden sie sich strafbar machen. Körpergröße, Stimmlage und Behaarung führt Smekal als Kriterien für die Altersfestlegung an.

Jeden Tag melden sich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Hamburger Ausländerbehörde. SachbearbeiterInnen misstrauen in der Regel ihren Angaben. Sie rufen Vorgesetzte oder zwei Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) ins Büro, um sich gegenseitig bezeugen zu können, und dann wird geschätzt: Nicht einmal eine Minute dauert die Altersfestlegung. Zum Beispiel Anne, ein Mädchen aus Togo. Sie sagt, sie sei 15 Jahre alt, Dokumente besitzt sie keine. Anne weiß nicht, was gerade passiert. Niemand hat sich ihr vorgestellt. Am Ende der Prozedur erhält sie ein neues Geburtsdatum. Der Geburtstag ist der Tag, an dem sie sich in der Ausländerbehörde gemeldet hat, und das Geburtsjahr ist so gewählt, dass sie soeben 16 Jahre alt geworden ist. Einige Wochen später drückt ihr der Sachbearbeiter eine Fahrkarte in die Hand: Sie soll am nächsten Tag allein nach Halberstadt fahren und sich dort in einer Asylsammelunterkunft melden.

Viele SozialarbeiterInnen aus der Flüchtlingsunterstützung beklagen, dass die Behörde das Alter von jungen Flüchtlingen pauschal nach oben schätzt. Sie befürchten, dass damit der Bedarf an Unterkünften für Jugendliche unter 16 Jahren verringert werden soll und entsprechende Einrichtungen geschlossen werden können. Die Erstversorgungseinrichtungen für unbegleitete Jugendliche verzeichneten im November einen Einbruch. Im Schnitt werden 30 bis 40 junge Flüchtlinge im Monat in diese Unterkünfte geschickt, im November letzten Jahres waren es nur 14.

Werden die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge älter gemacht, hat das für sie enorme Konsequenzen: Während deutsche Jugendliche bis 18 Jahre als minderjährig gelten, sind ihre asylsuchenden AltersgenossInnen per Asylgesetz bereits mit 16 Jahren erwachsen. Das widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention, vor dessen uneingeschränkter Ratifizierung die Bundesregierung seit Jahren zurückschreckt. Selbst bei über 18-jährigen jugendlichen Flüchtlingen wären prinzipiell, laut Kinder- und Jugendhilfegesetz, Erziehungsleistungen bei Bedarf möglich. Praktiziert wird aber hier zu Lande etwas anderes.

Unter 16-Jährige haben Anspruch auf eine jugendgerechte Unterkunft, auf einen Vormund und sie dürfen in der Stadt bleiben, in der sie sich gemeldet haben. Sind die Jugendlichen älter als 16 Jahre, werden sie nach einem Verteilungsschlüssel in andere Bundesländer geschickt. Dort landen sie in Sammelunterkünften. Diese abgelegenen Heime sind in der Regel überfüllt und haben eine miserable hygienische Ausstattung.

Laut Hamburger Ausländerbehörde sind zwischen Januar und September des vergangenen Jahres 1.035 Jugendliche aus Hamburg weggeschickt worden. "Es wird inzwischen rigoros umverteilt", sagt Ursula Neumann, die Hamburger Ausländerbeauftragte. Im gleichen Zeitraum haben 724 Jugendliche angegeben, unter 16 zu sein. 275 von ihnen wurde geglaubt. Mehr als die Hälfte, 449 Jugendliche, schätzte die Behörde älter.

Beamte machen Geburtstage

Befinden die SachbearbeiterInnen oder LKA-Beamten, dass ein Jugendlicher ein falsches Alter angegeben hat, werden die jungen Flüchtlinge festgenommen: Verdacht auf mittelbare Falschbeurkundung. In der Regel werden die Ermittlungen eingestellt, der Vermerk in der Asylakte bleibt.

Weil einige junge Flüchtlinge absichtlich oder unwissend ein falsches Alter angeben oder sich nicht ausweisen können, erhebt die Hamburger Behörde einen Generalverdacht gegen die jugendlichen AsylbewerberInnen. Der Rechtspopulist Ronald Schill sieht "Handlungsbedarf": Eine Facharbeitsgruppe prüfe, "wie das Verfahren der Altersfeststellung optimiert werden kann", sagt Hartmut Kapp, Sprecher der Innenbehörde. Methoden, die bisher nur in strafrechtlichen Verfahren angewendet werden dürfen, sollen auf den asylrechtlichen Bereich ausgeweitet werden, so Kapp. Notfalls mit einem neuen Gesetz. Im Klartext: Das Handwurzelröntgen, das 1996 zumindest offiziell abgeschafft wurde, soll in Hamburg wieder zur Altersfestlegung jugendlicher Flüchtlinge eingeführt werden.

Noch praktiziert die Ausländerbehörde die Inaugenscheinnahme. Und nicht nur sie: Auch Ausländerbehörden in anderen Bundesländern, Verwaltungsgerichte, das Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, ÄrztInnen und Jugendämter schätzen das Alter von jugendlichen Flüchtlingen. Es gibt keine klaren Regeln und Kriterien der subjektiven Altersfeststellung per Augenschein. Das Verfahren lädt ein zur Willkür. Besonders absurd wird es, wenn bereits ein Gutachten vorliegt und der junge Flüchtling noch mal zu einem Arzt geschickt wird, weil der erste Arzt ihn unter 16 Jahre geschätzt hatte. Welche Schätzung dann wohl gilt?

Staatsbüttel im weißen Kittel

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR fordert seit Jahren erfolglos: "Im Zweifel muss zu Gunsten des Minderjährigen entschieden werden."

Die Öffentlichkeit interessiert sich nicht sonderlich für das Thema, werden doch auch in bürgerlich-aufgeklärten Kreisen junge Flüchtlinge aus Afrika gerne als DrogendealerInnen abgestempelt und wird ihnen das Schicksal von 10.000 Süchtigen in Hamburg in die Schuhe geschoben. Die zweifelhaften Methoden lassen sich widerspruchslos durchsetzen. Da das reiche Hamburg keine Jugendhilfegelder für junge Flüchtlinge ausgeben will, wird versucht, das Problem der Behörden, die Jugendlichen irgendwie abwimmeln zu wollen, (pseudo-)medizinisch zu lösen. Bereitwillige Staatsbüttel im weißen Kittel finden sich dafür offensichtlich immer wieder.

Nach der Altersfestlegung auf der Ausländerbehörde haben die jungen Flüchtlinge zehn Tage Zeit, um das Alter bei einem amtlich bestellten Arzt ein zweites Mal schätzen zu lassen. "Da kann man feststellen, ob die Angabe wahr ist oder nicht", behauptet der Sprecher der Hamburger Ausländerbehörde. Ähnlich wie bei der behördlichen "Inaugenscheinnahme" macht sich der Arzt ein Bild von der Körpergröße, der Stimme und dem Bartwuchs. Zusätzlich lässt er sich die Zähne zeigen, inspiziert die Geschlechtsteile, fühlt die Muskeln in den Armen. Und er versucht, Krankheiten auszuschließen, die das Wachstum beeinflussen können, zum Beispiel Hormonstörungen. Seit November 2001 dürfen die jungen Flüchtlinge ihr Alter nur noch im Institut für Rechtsmedizin am Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) schätzen lassen.

Fast alle, die zwischen Januar und September letzten Jahres auf dem Amt älter gemacht wurden, sind zum Arzt gegangen - 342 Jugendliche. Nur in 61 Fällen hat der Arzt das Alter laut Ausländerbehörde nach unten korrigiert. Die Wahrheit liegt im Auge des Betrachters: Für die Einen belegen diese Ergebnisse, dass die Jugendlichen tatsächlich gelogen haben und sich einen Aufenthalt in Hamburg "erschleichen" wollten. Für andere zeigen diese Zahlen überhaupt nichts, weil das Alter medizinisch nicht eindeutig bestimmbar ist.

"Es handelt sich immer um Schätzwerte", sagt Gerhard Witold, der gemeinsam mit etwa zehn anderen Kollegen 1998 von Klaus Püschel, dem Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am UKE, angesprochen wurde, ob er Altersschätzungen vornehmen würde. "Vier oder fünf Kollegen sind gleich wieder abgesprungen, als sie merkten, was da auf sie zukam", so Wietold. Über 100 Jugendliche hat der Arzt angeschaut. Auf einem Formular musste er wie bei einem Wissenstest ein Kästchen ankreuzen: Entweder eines für unter 16 Jahre oder eines für über 16 Jahre.

Seit Oktober 1999 steht er für die Alterschätzungen nicht mehr zur Verfügung: Die Polizei stand (wie auch bei anderen KollegInnen) mit einem Durchsuchungsbefehl vor der Tür: "Verdacht auf Ausstellung unrichtiger Gesundheitszeugnisse". Sechs Jugendliche seien bei späteren rechtsmedizinischen Gutachten um einige

Jahre älter geschätzt worden, so Wietold. Weil er die Akten herausrückte, konnte die Praxisdurchsuchung abgewendet werden; auch das Verfahren wurde nach einigen Monaten eingestellt.

Die Inaugenscheinnahme auf dem Amt und beim Landeskriminalamt - das sei ein Witz, so der Internist: "Wer erkennt schon einen Weisheitszahn, wenn es Zahnlücken gibt? Selbst Zahnärzte sagen, dass ist nur möglich, wenn das gesamte Gebiss geröntgt wird."

Rassenkunde lässt grüßen

Auch die Röntgenaufnahmen des Kiefers oder der linken Hand - Methoden, die ÄrztInnen nur auf richterliche Anordnung anwenden dürfen - werten viele MedizinerInnen als ungenau: Weisheitszähne gelten als Indiz dafür, dass der Jugendliche älter als 16 Jahre alt sein muss. Das ist die Regel. Gleichzeitig belegen Studien, dass Weisheitszähne bereits mit 13 Jahren durchbrechen können. Beim Röntgen der Handwurzel untersuchen ÄrztInnen die Verknöcherung des Skeletts. "Die ‚Skelettreifung` sagt lediglich etwas über die Reifung des Organismus, die sowohl ethnisch als auch sozioökonomisch bedingt, sehr unterschiedlich verlaufen kann", schreibt die Radiologin Brigitte Stöver in einer Stellungnahme. Das Skelettalter und das Lebensalter könne um mindestens zwei Jahre differieren. Nicht zuletzt die Kritik und Unzuverlässigkeit der medizinischen Altersschätzung war vor zwei Jahren Anlass für einige RechtsmedizinerInnen, RadiologInnen, ZahnärztInnen und AnthropologInnen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Norwegen, die "Arbeitsgemeinschaft für Forensische Altersdiagnostik" zu gründen.

Grund ist aber auch der enorme Anstieg der Gutachtenaufträge seit einigen Jahren: "Auf Grund zunehmender grenzüberschreitender Migrationsbewegungen in Europa kam es in zahlreichen europäischen Ländern auch zu einem zahlenmäßigen Anstieg derjenigen Ausländer, bei denen das Geburtsdatum nicht zweifelsfrei dokumentiert ist. Diese Entwicklung führte zu einer steigenden Nachfrage nach forensischen Altersschätzungen bei Lebenden", so die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft. Vorsitzender ist Gunther Geserick, der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Charité in Berlin. Mitglieder sind auch Klaus Püschel und Ute Lockemann vom UKE in Hamburg.

Die ÄrztInnen wollen "eine Qualitätssicherung der Gutachten erreichen" und die Methoden zur Altersfeststellung verbessern. Insbesondere soll der ethnische Einfluss auf die Skelettreife berücksichtigt werden. Das Anliegen erscheint angemessen, könnte es doch den unterschiedlichen Wachstumsverläufen bei Jugendlichen Rechnung tragen. Doch was ist der ethnische Einfluss? Es grüßt die alte Rassenkunde, ist doch auch der Begriff Ethnie eine äußerliche Kategorie, die mehr verdeckt als enthüllt - beispielsweise die Einflüsse von Armut, Krieg oder Bildung auf das körperliche Wachstum. Die Arbeitsgemeinschaft zieht eine der destruktivsten Denkkategorien heran, und es verwundert kaum, dass sich eine Literaturrecherche der Arbeitsgemeinschaft zur Skelettreifung auf die "vier ethnischen Hauptgruppen" bezieht. Das ist heutzutage die "europäische (früher: europide), die mongolide, die australische und die afrikanische (früher: negride) Hauptgruppe".

Auch einige Organisationen, die sich für die Rechte der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einsetzen, fordern, ethnische Einflüsse zu berücksichtigen, wenn schon Altersgutachten gemacht werden. Den Messtabellen liegen bislang nur Werte von weißen Nordamerikanern zu Grunde. Auch sollten Kinderärztinnen, PsychologInnen und Sachverständige aus dem jeweiligen Herkunftsland hinzugezogen werden. Diese realpolitischen Forderungen sind bedenklich und umstritten: Darf eine Methode, die zum Kauf eines Pferdes benutzt wird - das Begutachten des Gebisses -, bei Menschen angewendet werden? Eine weitere Kritik besteht in dem Zweifel, dass eine Experten-Riege das Alter korrekt schätzen kann und in der Befürchtung, nicht-wissenschaftlichen Methoden eine wissenschaftliche Legitimation zu verleihen.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl bezeichnet die Altersfestlegung als "Kopfgeburt der Bürokratie". Sie diene allein der Abwehr von Flüchtlingskindern und müsse abgeschafft werden.

Anke Schwarzer

13. Zivilgesellschaft, rechtsextrem. Hegemoniestrategien von Nazis in Mecklenburg-Vorpommern

Hegemonie-Strategien von Nazis in Mecklenburg-Vorpommern

Autor: Mareike Jörns · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:26

Im "grünen Land am blauen Meer" findet man außer landschaftlichen Schönheiten noch mehr: eine brisante Melange aus rechtsextremen Einstellungen quer durch alle Alters- und Bevölkerungsschichten, eine in der Jugendkultur verankerte Neonazi-Subkultur und eine organisierte rechtsextreme Szene, die diese Bedingungen zu nutzen weiß.

Im Jahr 2000 traten und knüppelten Rechtsextreme vier Obdachlose zu Tode. Der Algerier Mohammed Belhadj wurde im Sommer 2001 mit einem Stein erschlagen. Angeblich hatte er versäumt, seinen Mördern das versprochene Haschisch zu beschaffen. Mitglieder der rechten Szene brachten den alkoholkranken Rentner Fred Blanke im selben Jahr durch Tritte und Schläge mit Stuhlbeinen um. Er hatte sich geweigert, ihnen Geld zu geben. Rechtsextreme Gewalt ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur besonders verbreitet, sie ist auch besonders brutal.

Statistisch ist Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der im Verhältnis zur Bevölkerungszahl höchsten Rate rechtsextremer Straftaten. "In keinem anderen Bundesland geraten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Straftaten so viele Jugendliche ins Visier der Staatsanwaltschaften wie in Mecklenburg-Vorpommern. Besorgnis erregend ist zudem, dass immer mehr Ausländer Opfer rechtsextremer Straftaten werden", berichtet der Generalstaatsanwalt des Landes, Martensen, am 8.8.01 in der lokalen Schweriner Volkszeitung.

Extrem brutale Gewaltverbrechen sind aber bloß die Spitze des Eisberges. Jeder Blick in die Regionalzeitungen des Landes zeigt: Rechtsextreme Aktivitäten gehören zum gesellschaftlichen Alltag. Antisemitisch motivierte Friedhofsschändungen, Prügeleien und Einschüchterungsversuche auf Dorffesten, Neonazi-Aufmärsche und rechtsextreme Flugblatt-Aktionen - die Meldungen wiederholen sich. Die NPD gründete in Greifswald eine Bürgerinitiative "gegen den Zuzug von Ausländern"; in Karlsberg organisierte sie eine Unterschriftenaktion gegen die Unterbringung von AussiedlerInnen aus Russland; im Sommer 2001 wurden mit ihrer Unterstützung zwei rechte Schüler-Initiativen gegründet; eine Schülerzeitung bringt rechtsextreme Propaganda unter Kinder und Jugendliche.

"Gemeinsam was erleben"

Organisierte Neonazis finden in Mecklenburg-Vorpommern ein freundliches Klima. Wichtige Versatzstücke rechtsextremer Ideologien sind Konsens in großen Teilen der Bevölkerung. Problematisch ist aus der Sicht vieler BürgerInnen lediglich die extreme Gewaltbereitschaft der Jugendlichen. Besonders die Verknüpfung von rassistischen "Überfremdungsfantasien" mit dem Thema Arbeitslosigkeit ist eines der Agitationsfelder, auf dem sich Neonazis harmonisch im Einklang mit der Mehrheitsmeinung befinden. Studien zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Mecklenburg-Vorpommern zeichnen ein bedrückendes Bild: 16 Prozent der Gesamtbevölkerung quer durch alle Altersschichten teilen rechtsextreme Weltbilder. Bei den Jugendlichen gehen rund 30 Prozent mit rassistischen und rechtsextremen Weltbildern d'accord, knapp 36 Prozent sind diesbezüglich ambivalent. Nur 34 Prozent artikulieren gegenüber rechtsextremen Aussagen eine eindeutig ablehnende Haltung. PädagogInnen wie VerfassungsschützerInnen stellen übereinstimmend fest, dass die organisierte Skinheadszene immer jünger wird. Neonazis versuchen schon 13- und 14-Jährige zu agitieren und in ihre Cliquen einzubinden.

Rechte Einstellungen jenseits von organisierter Mitgliedschaft in einer Kameradschaft oder Partei sind völlig normal und werden folglich von Jugendlichen nicht als etwas Besonderes wahrgenommen. Sind Jugendliche erst einmal über längere Zeit in eine rechtsextreme Struktur eingebunden, bleiben sie relativ immun gegen Beeinflussung von außen. Einige PädagogInnen in besonders betroffenen Regionen Vorpommerns sprechen

von den heutigen Jugendlichen als der verlorenen Generation und äußern ihre Sorge um die Jüngeren, die heute 10-14-Jährigen, für die es wenig alternative Orientierungsmöglichkeiten gibt.

"Der Rechtsextremismus verfügt über ein zivilgesellschaftliches Konzept. Mit der Besetzung des vorpolitischen Raumes, mit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit und der Einnahme national befreiter Zonen bedient er sich in Ostdeutschland einer gesellschaftspolitischen Strategie zur Durchsetzung seiner Interessen. Im Gegensatz zu den Akteuren im demokratischen Parteiensystem setzt der Rechtsextremismus in der unmittelbaren Lebenswelt der Bevölkerung an und zielt auf eine langfristige und breite Wirkung." (1) Dieses "zivilgesellschaftliche Konzept" basiert auf einer Strategie, die auf die Durchsetzung einer kulturellen Hegemonie in bestimmten sozialen Räumen setzt und von Vordenkern der Neuen Rechten in Anlehnung an Antonio Gramsci entwickelt wurde. Organisierte Neonazis versuchen auf diese Weise, die sozialen Problemlagen in den neuen Bundesländern in ihrem Sinne zu politisieren, so dass rechtsextreme Deutungsmuster mehr und mehr Eingang finden in das Alltagsbewusstsein der Bevölkerung.

Schon Anfang der 90er hatten Neonazi-Kader in mehreren Strategie-Papieren das Konzept "Schafft befreite Zonen" und das Organisierungsmodell der "Kameradschaften" vorgestellt. Die strategischen Überlegungen der Neonazis stammen zum Teil noch aus dem Umfeld von Michael Kühnen, wurden aber auch in "Nazi-Think-Tanks" wie dem Nationaldemokratischen Hochschulbund oder Zeitschriften wie "Nation Europa" entwickelt.

Nicht erst seit der Diskussion um das NPD-Verbot suchen Neonazis also nach Organisierungsmodellen, die nicht so leicht zu kriminalisieren sind. "Kameradschaften" funktionieren anders als Parteien und Organisationen eher wie Cliquen. Der Zusammenhalt wird über sozialen Kitt hergestellt: gemeinsame Freizeitgestaltung, Abhängen an der gleichen Bushaltestelle, Konzertbesuche, aber auch die Fahrt zu Nazi-Aufmärschen und Besuche von "Kameradschaftsabenden". Diese Organisationsform hat zwei Vorteile: Sie ist von Seiten des Staates wesentlich schwerer zu sanktionieren als Parteien und Vereine. Freundeskreise kann man nicht verbieten. Außerdem ist das Kameradschaftsmodell für Jugendliche wesentlich attraktiver als eine Partei. Gemeinsam losziehen und "was erleben" erleichtert den Einstieg - und endet nicht selten in Gewaltaktionen gegen sogenannte Feinde. Das verbotene Nazi-Musik-Netz "Blood & Honour" organisierte in Mecklenburg-Vorpommern über lange Jahre erfolgreich Konzerte. Rechtsrock ist das Einstiegsmedium für viele Jugendliche in die Nazi-Szene. LehrerInnen berichten, dass es an vielen Schulen völlig normal und "in" ist, indizierte CDs zu hören.

Rechter Rand in der Mitte

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es ungefähr 50 Kameradschaften. Davon spielen etwa 15 eine aktivere politische Rolle innerhalb der Nazi-Organisierung. Diese verfügen über gute überregionale Kontakte, eigene Internetseiten und Fanzines und sind bei den bundesweiten Aufmärschen der Neonazis präsent. Viele der 50 bekannten Kameradschaften sind lockere Zusammenschlüsse von rechtsextremen Jugendlichen, die in ihrer Region einen bestimmten Einfluss haben, ansonsten aber wenig in Erscheinung treten. Eigentlich bedrohlich ist dabei vor allem die Wirkung auf die restliche Jugendkultur. Da alternative Angebote oft praktisch gar nicht vorhanden sind, steigt die Attraktivität rechter Cliquen besonders in ländlichen Regionen. Dieses Potenzial wissen auch Nazi-Kader aus dem Westen zu nutzen. Ludwigslust etwa ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus einer rechten Sauf- und Schläger-Naziszene eine gut organisierte Kameradschaft wurde, nachdem der Neonazi Klaus Bärthel dorthin gezogen war und begann, Jugendliche auf Kameradschaftsabenden zu schulen.

"National befreite Zonen" - auch hinter dem Unwort des Jahres 2000 stehen Konzepte von Neonazistrategen zur Erlangung der kulturellen Hegemonie in bestimmten Regionen. Die Jungen Nationaldemokraten formulieren es so: "Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. (...) man muss so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die normalen Bewohner für uns ‚die Hand ins Feuer legen`. Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung nicht nur nichts nutzen, sondern das genaue Gegenteil bewirken: Die Menschen werden noch stärker in unsere Arme getrieben. (...) ist auf diese Weise einmal ein Straßenzug - es kann natürlich auch ein kleines Dorf sein - zur befreiten Zone geworden, haben wir also konkrete Gegenmacht erobert." (2)

Noch steckt die Vision von "national befreiten Zonen" eher ein zu erreichendes Ziel ab, als dass sie in der Realität tatsächlich umgesetzt ist. Aber es gibt in Mecklenburg-Vorpommern durchaus Regionen, die "No-go-Areas" sind für diejenigen, die die Nazis als ihre "Feinde" bezeichnen. Nochmal Beispiel Ludwigslust: Hier berichten linke und alternative Jugendliche, dass sie sich abends kaum auf die Straßen und öffentlichen Plätze trauen. Die Gefahr, bedroht oder verprügelt zu werden, ist einfach zu groß. MigrantInnen, AsylbewerberInnen, erkennbar nicht-rechte Jugendliche und alle anderen, die nicht ins rechte Weltbild passen, gehen ein Risiko ein, wenn sie sich zu bestimmten Zeiten ganz normal im öffentlichen Raum bewegen. Denn Einschüchterung und offensive Besetzung von Räumen, vom Jugendtreff über Kiosk, Disko bis hin zu bestimmten Wohngebieten, sind die wirkungsvollen Strategien rechtsextremer Gruppen und Kameradschaften. Typische NPD-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern sind demgegenüber die Arbeit mit SchülerInneninitiativen und Infoständen, Unterschriftenlisten oder auch die Teilnahme an Bündnissen "gegen Rechts", wo man sich bemüht, als normale BürgerInnen mit einer "nationalen Gesinnung" wahrgenommen zu werden. Innerhalb der rechtsextremen Arbeitsteilung ist die Partei eher für die scheindemokratische Öffentlichkeitsarbeit zuständig, während die Kameradschaften dieselben Inhalte gewaltsam auf der Straße, auf Konzerten und auf Schulungen propagieren.

Daneben wird versucht, eigene wirtschaftliche und propagandistische Strukturen aufzubauen. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Läden, in denen alles Equipment gekauft werden kann, was man als Rechtsextremer so braucht: die entsprechende Kleidung, Musik und Bücher etc. Auch in diesem Zusammenhang ist der Zuzug von Neonazis aus dem Westen wichtig. So kauften beispielsweise der Hamburger Neonazi Thomas Wulff und der Lüneburger Michael Grewe das sogenannte Herrenhaus in Amholz, das als Schulungszentrum ausgebaut werden soll. Der bekannte Neonazi-Kader Christian Worch begründet den Zuzug von Westnazis nach Mecklenburg-Vorpommern so: "Einerseits sind Grund und Boden billiger, andererseits haben sie in der Bevölkerung eine positivere Grundstimmung in unserem Sinne." (3)

Die hier skizzierten Strategien werden von den Rechtsextremen natürlich nicht bruchlos in die Realität umgesetzt. Und die weite Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist bekanntlich nicht allein auf die politische Arbeit organisierter Neonazis zurückzuführen. Die Politik der "Neuen Mitte" - von Schröder über Schily und, nicht zu vergessen, Herrn Schill (der nach Umfragen übrigens schon jetzt 20 Prozent der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern bekommen würde) - tut ihren Teil dazu. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern zeigt aber, dass hinter rechtsextremer Jugendgewalt politische Konzepte stecken. Sie ist eben nicht das Werk alkoholisierter Dumpfbacken, wie man es in der Mitte der Gesellschaft immer wieder gern behauptet. Und die Konzepte sind bedrohlich effektiv.

Mareike Jörns

Anmerkungen:

1) Lorenz Korgel, Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus, in: Bulletin Schriftenreihe des Zentrums für demokratische Kultur, Berlin 1/2000

2) Nationaldemokratischer Hochschulbund: Schafft befreite Zonen, in: Vorderste Front Nr.1 o.J.

3) Sendung am 29.5.2001, www.zdf.de/wissenfrontal21

14. "Nie wieder Krieg" ohne Deutschland? Kontinuitäten und neue Konstellationen (neu-)deutscher Militärpolitik

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:12

Welche Konsequenzen hat der 11. September und die kürzlich erfolgte Zustimmung des Bundestages, 3.900 deutsche Soldaten im Rahmen der "Koalition gegen den Terror" in die Krisen- und Kriegsregion zu entsenden, auf Deutschlands Rolle in der NATO und der EU?

Für einige ZeitgenossInnen ist der 6. November 2001, als die USA von Berlin Unterstützung für ihren Krieg in Afghanistan anforderten, der entscheidende Wendepunkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich ist dieses Datum jedoch lediglich Kulminationspunkt unterschiedlicher Entwicklungslinien, die sich auf politischer und militärischer Ebene schon seit zehn Jahren beobachten lassen. (1)

Dem "historischen Ereignis" gingen nicht minder wichtige Weichenstellungen voraus. Entscheidend war die Debatte um Bundeswehr-Einsätze auf dem Balkan und die dabei erstmals nach 1945 offen betriebene Großmachtpolitik.

Zumindest in der Friedensforschung ist weitgehend unbestritten, dass die ehemalige CDU-FDP-Regierung mit ihrer im Dezember 1991 einseitig - gegen den Willen der Verbündeten - vorgenommenen völkerrechtlichen Anerkennung von Slowenien und Kroatien sehr konsequent Verhandlungslösungen verhinderte und erheblich zur militärischen Eskalation auf dem Balkan beitrug. Angesichts des drohenden Gemetzels wären langwierige zähe Verhandlungen und der einzig friedenspolitisch Erfolg versprechende Weg gewesen. Doch am Beginn der Ära nach dem Kalten Krieg gewann die Maxime staatlicher Macht- statt Friedenspolitik die Oberhand. Die damalige Bundesregierung nutzte die "Chance", die ihr die bestehenden Konflikte in Südosteuropa boten, um bei der Profilierung einer eigenen, auch gegen die Interessen von Verbündeten durchgesetzten Außenpolitik die Notwendigkeit des militärischen Faktors zu betonen.

Die Debatte seinerzeit wurde von der Maxime bestimmt, es sei an der Zeit, dass Deutschland "runter von den Zuschauerbänken", "international Verantwortung übernehmen" und endlich "zur Normalität zurückkehren" müsse. Außenpolitische Normalität wurde mit der Bereitschaft zu weltweiten Militäreinsätzen gleichgesetzt.

Dabei war es zunächst das konservative Lager, das die seit 1945 bestehende Maxime "Nie wieder Krieg", immerhin ein zentraler Bestandteil deutscher "Normalität" nach dem Zweiten Weltkrieg, relativierte und zum gewachsenen politischen Gewicht größere militärische Handlungsfähigkeit einforderte. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) nahm hierbei kein Blatt vor den Mund und skizzierte 1993 mit deutlichen Worten die eingeschlagene Marschroute: "Der Anfang ist gemacht: Unsere Sanitäter in Kambodscha, unsere Heeresflieger zur Unterstützung der Vereinten Nationen im Irak, unsere Transportflieger in Sarajevo und Somalia - das sind die Regionen der Welt, in denen Deutschland seine internationale Solidarität bereits unter Beweis stellt. Aber wir können und müssen mehr tun." (2)

Interessen im "Menschenrechtsdiskurs"

Zu Zeiten, als vor allem konservative Politiker öffentlich darüber debattierten, ob deutsche Soldaten im Krieg auf dem Balkan zum Einsatz kommen sollen, führten Daniel Cohn-Bendit und Joseph Fischer ein Streitgespräch, das am 30. Dezember 1994 in der taz abgedruckt war. In diesem Gespräch setzte sich Cohn-Bendit für den Einsatz deutscher Soldaten "zur Durchsetzung humanitärer Hilfe" ein.

Für Fischer war die von Cohn-Bendit und damals nur von einer kleinen Minderheit in der Partei vertretene Position nicht tragbar. Der Außenminister in spe sparte nicht an deutlichen Worten: "All diese Einsätze und Debatten darum werden von der Bundesregierung als Türöffner benutzt. Das vereinte Deutschland soll in seinen außenpolitischen Optionen voll handlungsfähig gemacht werden." Von schier prophetischer Weisheit war der damalige Oppositionspolitiker Fischer noch in anderer Hinsicht. Für ihn sei "ein großes Problem, wie die Bundesregierung den Bundestag an der Nase, an der humanitären Nase, in den Krieg führen will. Da geben die Militärs den Takt vor." Wer analytisch so präzise ist, für den ist es auch nicht schwer, den Verlauf der

weiteren Entwicklung exakt vorherzusagen. Fischer wörtlich: "Erst werden sich die Akzente langsam verschieben, und dann wird es eine Situation geben, in der die unter internationalen Vorzeichen entwickelten Instrumente für nationale Interessen eingesetzt werden. Die Linken stehen dumm daneben und protestieren: So haben wir das aber nicht gemeint. Und dann wird der konservative Mainstream sagen: So war es aber gemeint." (3)

Die angewandte Salamitaktik der politischen Rechten hatte hier zu Lande nicht nur den gewünschten Erfolg. Seit der grüne "So war es aber gemeint"-Außenminister Joseph Fischer die Losung von der "Kontinuität der Außenpolitik" in sicherheits- und militärpolitischen Fragen nach dem einstigen Konzept und unter Zuhilfenahme des Vokabulars der Konservativen durchbuchstabiert, ist außerdem etwas gelungen, was eine konservative Regierung so nicht geschafft hätte: Ehemals kritische und oppositionelle Kreise in den staatlichen Diskurs einzubinden und eine Politik voranzutreiben, die kriegerische Austragung von Konflikten beinhaltet, ohne dass dies bei der Bevölkerung auf größeren Widerstand stößt.

In der innenpolitischen Diskussion kommt es immer wieder zu zunächst einmal kurios anmutenden Übereinstimmungen sehr unterschiedlicher politischer Strömungen. Während die rot-grüne Bundesregierung de facto genau Teil jenes konservativen mainstreams geworden ist, dessen Bestrebungen der einstige Oppositionspolitiker Fischer in militärischen Fragen analytisch richtig auf den Punkt brachte, finden sich in den Debatten nach dem 11. September erstaunliche Überschneidungen. Konservative Kräfte begrüßen den Weg Deutschlands hin zu einer Großmacht und heißen die in militärischer und außenpolitischer Hinsicht noch vor zehn Jahren undenkbaren "Handlungsoptionen" für gut. Gleichzeitig wird in "linken" - namentlich anti-deutschen Kreisen - etwas eingefordert, das im Kern die Teilhabe an imperialer Machtpolitik impliziert: die Beteiligung am "Kampf gegen den Terrorismus", dessen konkrete Gestalt sich in innenpolitischer Weise immerhin durch drastische Gesetzesverschärfungen (im Rahmen der sog. Sicherheitspakete) abzeichnet, und die nach außen nichts anderes als eine offen militärisch durchgesetzte Interessenpolitik mit sich bringt.

War es angesichts des Zustandes der deutschen Linken und der Anti-Kriegs-Bewegung innenpolitisch nicht allzu schwer, eine positive Einstellung zu Auslandseinsätzen und "weltweiten Abenteuern" der Bundeswehr in der Bevölkerung voranzutreiben, so dürfte zukünftig die deutsche (Großmacht-)Politik zu Interessenkollisionen mit den europäischen Partnern führen.

Blick zurück im Zorn?

Anders als bei der Afghanistan-Politik, bei der sich bisher keine allzu großen politischen Gräben auftun, sind Szenarien denkbar, bei denen es in der EU und der NATO keine einheitliche Linie gibt. Im Moment dürfte die Bundesregierung sogar froh darüber sein, dass London die militärische Führungsaufgabe in Afghanistan übernimmt. Schließlich muss man in Großmachtfunktionen ja auch hineinwachsen und Deutschland übt in Mazedonien erstmals die lead-nation.

In der "Koalition gegen der Terror" ist die Lage übersichtlich. Die Vormachtstellung der USA in der NATO ist völlig unumstritten, die Arbeitsteilung funktioniert reibungslos. Während Deutschland auf dem Balkan zum ersten Mal bei einem Einsatz als Führungsmacht auftritt, engagieren sich Großbritannien und die USA in anderen Regionen der Erde. Und Frankreich sowie weitere NATO-Länder begnügen sich vorläufig mit Helferrollen. Spätestens wenn in einigen Jahren die EU-Pläne zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Militärmacht Gestalt angenommen haben, könnte schnell eine neue Situation entstehen. (4)

Es ist angesichts der bisherigen Entwicklungslinie keine allzu gewagte Prognose, dass in Deutschland quer durch die politischen Lager hinweg ein Einverständnis möglich ist, zukünftig politische und militärische Führungsaufgaben zusammen mit anderen EU-Partnern ausdrücklich in Konkurrenz zur den USA - was derzeit noch undenkbar ist - zu übernehmen. Wahlweise mit dem Argument, die US-Außenpolitik sei zu dominant (rot-grüne Variante), oder mit dem Hinweis auf anders gelagerte deutsche bzw. europäische Interessen (konservative Variante). Das aber wird nicht nur eine Belastungsprobe für die Machtbalance innerhalb der NATO darstellen, sondern auch in der EU ernsthafte Konflikte zu Tage fördern.

Vom "bewaffneten Kampf in den Metropolen"

Denn ob Rolle die drei in militärischer, politischer und ökonomischer Hinsicht wichtigsten EU-Länder (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) eine solche gleichermaßen auszufüllen bereit sind, oder ob die

Devise sein wird "Drei ist Einer zu viel" (und die Achse Berlin-Paris ist dabei die wahrscheinlichste), wird die Zukunft zeigen. Neue Konfliktkonstellationen sind deutlich absehbar. (5)

Im Moment ist der "Kampf gegen den Terrorismus" die alles dominierende Klammer bei der Festigung und Bildung einer militärischen Nordallianz - sogar unter Einschluss Russlands - gegen "den Süden". Fraglich bleibt, wie lange diese Klammer, auch vor dem Hintergrund des von Präsident Bush angekündigten "lange andauernden Feldzugs", zwischen den USA und den europäischen Länder halten wird. (6)

Ein kurzer Rückblick zeigt, dass dieser militärischen Zusammenarbeit unter US-Führungschon erheblich mehr Widerstand entgegenschlug, als dies augenblicklich der Fall ist - in den USA selbst, aber auch in den dabei involvierten Ländern. Gleichzeitig scheint heute ein Kreis geschlossen zu sein, der von einer einstmals für Furore sorgenden Protestbewegung bewusst zu zerschlagen versucht wurde. Auf internationaler Bühne ging es dabei um nicht mehr und nicht weniger, als die herrschende internationale Arbeitsteilung anzugreifen, die in antiimperialistischer Sicht der Dinge die Aufkündigung der Zusammenarbeit der "Metropolen" bzw. den "Kampf im Herzen der Bestie" zur Folge hatte.

Auf den Punkt brachte das der prominenteste Sprecher der bundesdeutschen außerparlamentarischen Bewegung (APO), Rudi Dutschke. In einem Fernsehinterview mit dem Journalisten Günter Gaus im Jahr 1967 antwortete er in der Sendung "zu Protokoll" auf die Frage, ob er für seine revolutionären Ziele notfalls auch mit der Waffe in der Hand eintreten würde: "Klare Antwort: Wäre ich in Lateinamerika, würde ich mit der Waffe in der Hand kämpfen. Ich bin nicht in Lateinamerika, ich bin in der Bundesrepublik. Wir kämpfen dafür, dass es nie dazu kommt, dass Waffen in die Hand genommen werden müssen. Aber es liegt nicht bei uns. Wir sind nicht an der Macht. Die Menschen sind sich ihres eigenen Schicksals nicht bewusst, und so, wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird, wenn wir reinkommen in den Prozess der internationalen Auseinandersetzung - es ist sicher, dass wir dann Waffen benutzen, wenn bundesrepublikanische Truppen in Vietnam oder in Bolivien oder anderswo kämpfen - dass wir dann im eigenen Land auch kämpfen werden." (7)

1969 wurde der NATO-Austritt bekanntlich nicht vollzogen. Immerhin sollte es aber noch einige Jahrzehnte dauern, bis im Prozess der internationalen Auseinandersetzung deutsche Soldaten wieder in anderen Ländern zum Einsatz kamen. Und nicht unbedeutend ist dabei, was lange Zeit die deutsche "Normalität" nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichnete: Eine skeptische bzw. offen ablehnende Haltung gegenüber weltweiten "Militärabenteuern". Noch zu Beginn des Jahres 1993 (zu Zeiten der sog. Bosnien-Debatte) lehnten die meisten Bundesbürger Einsätze deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes ab. Kampfeinsätze unter UN-Kommando befürworteten sogar nur 15%.

Im Verlauf der sog. Bosnien-Debatte vollzog sich der entscheidende Stimmungsumschwung. Die Kritik der Friedensbewegung, mit der tiefstgreifenden Zäsur deutscher Außenpolitik seit 1945 beschreite die deutsche Politik einen Weg, der auf die militärische Interventionsfähigkeit und die Durchsetzung imperialer Ziele setze, wurde zwar einige Zeit von den verantwortlichen Politikern (Politikerinnen spielten dabei keine Rolle - das Ganze war und ist weitgehend "Männersache") zurückgewiesen.

Die selben Politiker und hochrangige Militärs beschrieben unterdessen aber - wenn auch in etwas anderer Wortwahl - genau derartige Planungen und Zielsetzungen.

Nur einige Beispiele: "Moderne Industrienationen sind (...) auf weltweite Verbindungen angewiesen, um z.B. produktionswichtige Rohstoffe zu importieren und devisenbringende Erzeugnisse zu exportieren. Entsprechend ist auch nicht mehr nur das Staatsgebiet von vitalem Interesse, sondern ebenso die notwendigen internationalen Verbindungen." (Oberst I.G. Alphart v. Horn, Wehrtechnik 10/91, S. 29) "Unsere Streitkräfte müssen vielseitig genug ausgebildet sein, um auf jeden Angriff reagieren zu können, was bedeutet, dass wir in der Lage sein müssen, Streitkräfte von einer Region in eine andere zu verlegen. Dies verlangt die Art von Mobilität, die wir im Golfkrieg erlebten." (General John R. Galvin, NATO-Brief Dez. 91, S.16). "Scharfschützenausbildung oder Ausbildung für Orts- und Waldkampf werden für Soldaten nützlich sein, die im ‚low intensity Konflikt` zum Einsatz kommen. Es liegt auf der Hand, dass gerade die leichte Infanterie unserer Krisenreaktionskräfte mit ähnlichen Konfliktsituationen konfrontiert" werden könnte (G. Koch, Soldat und Technik, 4/92, S. 245). Und auch von dem kürzlich verstorbenen, ehemaligen Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg wurden bereits in einem Grundsatzpapier die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr definiert:

"Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität sowie die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu den strategischen Rohstoffen." (8)

Die Ende der sechziger Jahre entworfenen Krisenszenarien führten nicht zu NATO-Einsätzen in Vietnam und Bolivien, was Rudi Dutschke einst befürchtete. Diese Militärinterventionen "besorgten" seinerzeit US-Truppen bzw. im Fall der Ermordung Che Guevaras in Bolivien einheimische Soldaten. (9)

zum "bewaffneten Kampf der Metropolen"

Mittlerweile sind im NATO-Rahmen Interventionen üblich, die einerseits vor Ort zu einer temporären "Befriedung" beitragen (deren Legalität bzw. Illegalität hinsichtlich der Einhaltung internationaler Bestimmungen und völkerrechtlicher Vereinbarungen mal völlig ausgeklammert), andererseits aber stets den Charakter militärisch durchgesetzter Großmachtinteressen tragen und damit in der "internationalen Auseinandersetzung", ob gewollt, billigend in Kauf genommen oder unbeabsichtigt, reichlich Zündstoff produzieren.

Den "bewaffneten Kampf in den Metropolen" müssen die Regierungen in den NATO-Ländern derzeit nicht fürchten; auch eine Situation, die durch das vermeintliche oder tatsächliche Zusammenwirken weltweiter Emanzipationsbestrebungen, Befreiungsbewegungen und revolutionärer Strömungen gekennzeichnet ist (eine Hoffnung, die vor 30 Jahren in vielen Ländern anzutreffen war), ist im Moment nicht in Sicht.

Zum einen gilt: Selten in den letzten Jahrzehnten haben die Regierungen der in ökonomischer, politischer und militärischer Hinsicht dominierenden Ländern in der Bevölkerung über eine derartig breite Zustimmung für militärische Interventionen verfügt wie im Augenblick. Nicht zuletzt deshalb, weil auf der anderen Seite "Gegner" stehen (z.B. das Regime von Saddam Hussein im Irak, Jugoslawien unter der Herrschaft Slobodan Milosevics, das Taliban-Regime in Afghanistan), deren Bekämpfung innenpolitisch relativ leicht zu legitimatieren war.(10) Es gab auch dann keine Legitimationseinbrüche, wenn dabei - salopp formuliert - die bei anderen Gelegenheiten gerne als wichtig bezeichneten Spielregeln (Völkerrecht, Grundgesetz, Einhaltung von Menschenrechten usw.) nicht beachtet wurden.

Zum anderen ist es ein Leichtes, den Beweis zu erbringen, dass die herrschende Politik zu politischen und sozialen Verwerfungen führt, deren Folgen sich im internationalen Kontext auch gewalttätig Bahn brechen. Und sei es in Form von Terroraktionen, die mit irrationalen, pseudo-religiösen und sich aus verschiedenen Ideologien speisenden Weltanschauungen unterfüttert werden. Sie bieten keinen Ausweg aus der Misere, sondern sind Teil des Problems bzw. rufen neues Elend hervor.

Auf die Frage, ob sich die amerikanischen Intellektuellen mit ihrer Kritik an der US-Regierung zurückhalten sollen, antwortete kürzlich Noam Chomsky: "Wenn sie den Zyklus der Gewalt weiter beschleunigen wollen und Gräuel wie die vom 11. September eher noch wahrscheinlicher machen wollen, dann mögen sie sich zurückhalten, das Denken einstellen und in ihrem Engagement für die ernstesten Probleme nachlassen. Ebenso, falls sie die reaktionärsten Elemente des politisch-ökonomischen Machtapparats in Plänen bestärken wollen, die sich zum Schaden zahlreicher Menschen hier und anderswo auswirken würden, ja, letztlich die Existenz der Menschheit gefährden könnten."

Dass sich den reaktionärsten Elementen des politisch-ökonomischen Machtapparats tatsächlich viele Menschen entgegenstellen, seien es Intellektuelle, Aktive in sozialen Bewegungen oder Liberale und Linke, davon kann gegenwärtig weder in den USA noch in Deutschland die Rede sein.

Aber spätestens mit Militärinterventionen, die auch für größere Bevölkerungskreise eine nicht in Übereinstimmung mit den scheinbar gültigen Werten der Gesellschaft (hier: der bürgerlichen Revolution) zu bringende Tendenz enthalten, weil sie z.B. klar emanzipatorische Politik bekämpfen, soziale Ungerechtigkeit zementieren und schlicht auf Herrschaftssicherung und eigene Interessen Wert legen, während Aspekte der Menschenrechte oder der Beseitigung einer Terrorherrschaft gerade nicht ins Feld geführt werden können, wird sich daran auch wieder etwas ändern. Als kleiner Trost am Ende bleibt: Die Frage ist nicht ob, sondern nur, wann das der Fall sein wird. Immerhin.

Thomas Klein

Anmerkungen:

1) Georg Fülberth listet in konkret (12/01) hinsichtlich der Frage "welche Auswirkungen hat der Eintritt der Deutschen in ihren ersten Krieg außerhalb Europas nach 1945?" zwar verschiedene Interpretationsvarianten auf. Doch zwischen einem von den USA praktizierten Unilateralismus und einer potenziellen Konkurrenzmacht Europa oder der Variante "Burden Sharing" (die USA sichern die globale Hegemonie und die EU eine regionale, z.B. auf dem Balkan) mag er sich letztlich nicht entscheiden. Und so ist der hier vorläufig als Weisheit letzter Schluss zu findende Satz "Welche Interpretation ist die richtige? Vielleicht keine oder alle" dann doch etwas zu viel Beliebigkeit - und als Orientierungshilfe von nicht allzu großem Gebrauchswert.

2) Volker Rühe, Europäische Sicherheit 1/93, S.12

3) "Die Pazifismusfrage ist die grüne Grundfrage", taz, 30.12.1994.

Der in dem Streitgespräch zu findende Satz von Cohn-Bendit "wir (gemeint sind die Grünen, T.K.) agieren in der Außen- und Sicherheitspolitik wie in der Asyldebatte, und wir werden auch diesmal wieder aufrecht verlieren" ist hinsichtlich des stattgefundenen "Über-Bord-Werfens" alter Grundüberzeugungen nur die halbe Wahrheit. Faktisch haben sich die Grünen auf die Seite der vermeintlichen "Sieger" geschlagen. Historisch betrachtet ist der Verlust ihrer ursprünglichen Ideale mit dem Bild des "aufrecht Verlierens" nicht zutreffend beschrieben.

4) Immerhin zeigte sich Washington im Frühjahr 1992 verärgert darüber, dass die Bundesrepublik und Frankreich mit dem Aufbau eines Euro-Korps parallel zur NATO militärische Strukturen schufen. Verteidigungsminister Volker Rühe erklärte seinerzeit vor Beginn einer USA-Reise, er werde die US-Bedenken zerstreuen, indem er den USA anbiete, sie mehr als bisher in die europäische Entwicklung einzubeziehen. Zur Beruhigung gehörte dann auch das Bekenntnis Rühes, die NATO bleibe für die Bundesrepublik "das wichtigste sicherheitspolitische Instrument."

5) vgl. Volker Böge, ak - analyse und kritik, 22. November 2001. In seinem Artikel "Stell Dir vor, es ist Krieg - und die NATO geht nicht hin" spricht er nicht nur von einer Auseinandersetzung um eine "mehr europäische" oder "mehr atlantische Ausrichtung" des Militärbündnisses, sondern auch von "unterschiedlichen Intensitäten des Anbiederns bei den USA." Gleichzeitig werde es aber auch in Zukunft verstärkte Bemühungen zur Stärkung der europäischen militärischen Fähigkeiten geben. "Das Projekt der Militarisierung der EU ist zwar durch den gegenwärtigen Krieg in den Hintergrund geraten, aber keineswegs aufgegeben."

6) Für Ulrich Cremer, Autor des Buches "Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung" wird nach dem 11. September zunächst einmal die Vormachtstellung der USA in der NATO "wieder überall anerkannt." Außerdem gewinne die Kooperation zwischen der NATO und Russland erkennbar an Kontur. In dieser Hinsicht ist der Krieg in Afghanistan ein wichtiger Meilenstein. (Freitag, 14. Dezember 2001)

7) Die Aussage " ...wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird" bezieht sich auf eine Forderung, die die APO zum Bundestagswahlkampf 1969 publik machen wollte. In dem besagten Interview reagierte Dutschke auf den Einwand von Günter Gaus: "Das wollen Sie tun?" mit einer Gegenfrage: "Wer hat das Leid heraufbeschworen? Nicht wir, wir versuchen es zu vermeiden. Es liegt bei den bestehenden Mächten, dieses Leid der Zukunft zu vermeiden und politische Alternativen zu entwickeln." Später, im September 1977, zu Zeiten des "Deutschen Herbstes", erklärt er, der von der RAF geführte "bewaffnete Kampf" sei schon lange nicht mehr mit der Frage "nach sozialer Emanzipation der Unterdrückten" verbunden und deshalb abzulehnen. "Der individuelle Terror ist der Terror, der später in die individuelle despotische Herrschaft führt, aber nicht in den Sozialismus. Wir wissen nur zu gut, was die Despotie des Kapitals ist, wir wollen sie nicht ersetzen durch Terrordespotie"; (Rudi Dutschke: Mein langer Marsch, Reinbek 1980, S.105)

8) aus dem Dokument des Planungspapiers, "Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr", das vom Bundeskabinett im Februar 1992 nach offiziellen Angaben "im Grundsatz " gebilligt wurde.

9) Irene Lusk: "Im September 1967 sind (in Bolivien, Anm. T.K.) von den Guerilleros unter dem Kommando Che Guevaras nur noch siebzehn übrig geblieben. Der bolivianische Präsident verspricht 50.000 Pesos Kopfgeld für einen toten oder lebendigen Che. 1.000 bis 1.500 Soldaten der US-hörigen bolivianischen Armee sind im Einsatz, um der letzten Guerilleros habhaft zu werden. Am 8. Oktober gelingt es ihnen, Che festzunehmen, wenig später wird er heimtückisch ermordet". (CheSchahShit, Reinbek 1986, S. 186)

10) vgl. Wolf Wetzel "Der Feind unserer Feinde" - "Die USA und die NATO führen ihre ‚Kreuzzüge` in Afghanistan: Die Friedensbewegung geht mit der Parole ‚Stoppt den Krieg` auf die Straße, und viele radikale Linke wissen nicht wohin mit ihren Widersprüchen. Das Problem ist nicht neu: Die USA und die NATO suchen sich seit fast zehn Jahren Kriegsgegner aus, die auch uns - mehr oder weniger - nicht passen. (...) ein großer Teil der radikalen Linken sucht sich zwischen der US- und NATO-Kriegspolitik und den Taliban eine eigene Stellung und findet sie nicht. Ein kleiner Teil macht mit dieser politischen Ohnmacht und Hilflosigkeit Politik und winkt die US-alliierten Bomber Richtung Afghanistan, um mit militärischer Logik etwas zu liquidieren, worauf sie selbst keine politische Antwort mehr haben - und auch nicht mehr suchen." (junge Welt, 21.11.01)

15. Leben gegen den Strom. Zum Tod von Stefan Heym

Autor: Angela Martin · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:28

Mit eisigem Schweigen bedachten die Unionspolitiker jene Rede, die Stefan Heym im November 1994 als Alterspräsident vor dem Bundestag gehalten hat. Die gesamte Industriegesellschaft befinde sich in einer strukturellen, bleibenden Krise, und zwar weltweit, sagte Heym. "Wie lange wird der Globus noch, der einzige, den wir haben, sich die Art gefallen lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden?" Dass Heym auch die sozialen Missstände in Deutschland anprangerte, dass er Solidarität zunächst im eigenen Lande forderte und Erfahrungen aus dem Leben der früheren DDR für die gemeinsame Zukunft Deutschlands nutzen wollte - das wurde ihm von vielen verübelt. Es war nicht das erste Mal, dass der Schriftsteller und Zeitkritiker Anstoß erregte, weil er sagte und schrieb, was er dachte.

In Chemnitz, wo er 1913 geboren wurde, flog er vom Gymnasium, weil er ein antimilitaristisches Gedicht verfasst hatte. Weil er Jude war und seine ersten Publikationen den Linken verrieten, geriet er schon früh ins Visier der Nazis. Nach dem Reichstagsbrand floh der damals neunzehnjährige Helmut Flieg aus Deutschland. Um seine Angehörigen zu schützen, legte er sich den Namen Stefan Heym zu. Seine Familie überlebte nicht: der Vater tötete sich selbst, die anderen Familienmitglieder kamen in den Vernichtungslagern der Nazis um. Heym selbst konnte über Prag und Paris in die USA emigrieren. Dort war er von 1937 bis 1939 Chefredakteur der antifaschistischen New Yorker Deutschen Volkszeitung, dort schrieb er seinen Erstling "Hostages" (1), einen Bestseller im Stil eines Krimis, der die Geschichte einer Widerstandsgruppe in Prag erzählt. Heym verarbeitete darin Erfahrungen aus seiner Zeit im Prager Exil, der Held des Romans bekennt sich am Schluss zum Kommunismus - Leben, Werk und Politik bildeten für Stefan Heym stets eine Einheit.

Vertrauen in die menschliche Vernunft

1943 trat er in die US-Army ein und kehrte 1945 als Sergeant einer Psychological-Warfare-Kompanie in das vom Krieg zerstörte Deutschland zurück. Was er während des Siegeszugs der US-Armee von der Landung in der Normandie bis zur Errichtung der Militärregierung im besetzten Deutschland erlebte, bildet den Hintergrund für seinen zweiten Roman, "The Crusadors" (2), der ein Weltbestseller werden sollte. Im Mittelpunkt des Romans steht der deutschstämmige Sergeant Bing, der das Vorrücken der US-Truppen mit Lautsprecherreden an die deutschen Soldaten und Flugblätter unterstützt. Die Frage nach dem Sinn des Krieges jedoch kann sich Sergeant Bing nicht beantworten, er findet im eroberten Deutschland nur Unbelehrbarkeit, Opportunismus und Korruption, während seine Kameraden in der US-Army kurzsichtig die eigenen Interessen verfolgen.

Ähnlich war es dem Besatzungsoffizier Stefan Heym ergangen, der im Bereich Umerziehung tätig war und dann unter Hans Habe Mitbegründer der in München erscheinenden amerikanisch lizenzierten Neuen Zeitung wurde. "Fest steht, dass er sich damals als Amerikaner fühlte", schreibt er in seiner Autobiografie "Nachruf" (1988) in etwas affektiert wirkender dritter Person über sich, "das gab ihm ein Stück der bitter benötigten inneren Sicherheit. (...) Was an ihm deutsch war, und er hoffte, es wäre nicht viel, wurde verdrängt." Er war angewidert von der Liebedienerei der Deutschen gegenüber dem jüdischen Besatzungsoffizier und von ihrem Selbstmitleid: "Immer noch, auf ihren Ruinen hockend, glauben sie, dass sie im Grunde nichts Böses wollten und niemandem ein Übel tun, und dass sie's nicht besser wussten, und dass ihnen jetzt großes Unrecht geschieht. Welch ein Verdrängungsmechanismus!"

Trotzdem stürzte er sich mit großem Enthusiasmus in die Arbeit für die Neue Zeitung. Doch schon bald sollte er die Grenzen der von ihm so bewunderten amerikanischen Freiheit und Demokratie spüren. In der Redaktion kam es zu politischen Spannungen, Heym wurde wegen "prokommunistischer" Haltung in die USA zurückversetzt und aus der Armee entlassen. Als in den fünfziger Jahren unter Senator McCarthy die Hexenjagd begann, stufte der FBI ihn als Kommunisten ein, seine Erwerbsmöglichkeiten als Journalist und Schriftsteller wurden zunehmend eingeschränkt, seine rechtliche Lage als naturalisierter US-Bürger war unsicher, er selbst voller Ängste. Nach Beginn des Korea-Krieges beschloss er, mit seiner amerikanischen Frau nach Prag zu gehen, dorthin, wo er 1933 erstmals Asyl gefunden hatte. Trotz allem fühlte er sich weiterhin als Amerikaner, und sobald als möglich wollte er wieder in die USA zurückkehren.

Dazu sollte es jedoch nicht kommen. 1952 übersiedelten die Heyms in die DDR. Ein Jahr später, im April 1953, als auch seine Mutter und sein Sohn David in die DDR gekommen waren, begründete er öffentlich seine zweite Emigration: "Der Kurs auf Faschismus und Krieg, den die Regierung der Vereinigten Staaten in ständig verschärftem Maße einschlägt, macht es einem ehrlichen Menschen so gut wie unmöglich, auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten schriftstellerisch tätig zu sein und sein Werk der amerikanischen Öffentlichkeit nahe zu bringen." (3) Gleichzeitig sandte er Präsident Eisenhower, seinem ehemaligen Oberkommandierenden, sein Offizierspatent zurück.

Warum er die DDR und nicht die BRD als neue Heimat gewählt hatte, erklärte Heym im "Nachruf" damit, "dass die DDR in jener Zeit noch attraktiv war, und nicht nur für ausgesprochene Kommunisten; (...) hier, im Gegensatz zu der von den Amerikanern im Verbund mit recht zweifelhaften deutschen Gestalten verwalteten Bundesrepublik, experimentierte man mit neuen gesellschaftlichen Strukturen und suchte nach neuen Mustern menschlichen Verhaltens, oder gab zumindest vor, es zu tun, und die nur allzu offensichtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Versorgungsmängel, und sogar die bereits beginnende Gängelei des Geisteslebens ließen sich glaubwürdig entschuldigen als Folgeerscheinungen des Hitlerkrieges; zum Teil waren sie es ja auch." (4)

Heym selbst allerdings war von den ökonomischen Problemen der DDR kaum betroffen, im Gegenteil, er genoss etliche Privilegien. So wurde ihm eine Villa in der Intellektuellensiedlung Grünau bei Berlin zur Verfügung gestellt, außerdem ein Auto. Die Führung der SED bedachte ihn mit vielerlei Ehren: 1954 erhielt er den Heinrich-Mann-Preis, 1956 den Literaturpreis des FDGB und 1959 den Nationalpreis Zweiter Klasse. Bis 1956 arbeitete er als Kolumnist für die Berliner Zeitung, außerdem veröffentlichte er in dieser Zeit eine Reihe von Reportagebänden. Auch als er in der DDR nicht mehr mit der Veröffentlichung seiner Bücher rechnen konnte, ging es ihm wirtschaftlich gut: Inzwischen war er in der BRD bekannt und erhielt Honorare und Tantiemen aus dem Westen, wo seine Bücher nun erschienen. Heym verstand es, den Markt, aber auch die Medien der "Klassenfeinde" vom Spiegel über Stern bis zur FAZ zu nutzen, freilich ohne sich von deren Ideologie beeinflussen zu lassen.

Während der ersten Jahre in der DDR setzte er jedoch große Hoffnung in den jungen Staat und seine Organe. Allerdings brachten ihn einige Äußerungen über den 17. Juni bereits 1953 in erste Konflikte mit der SED-Führung. In der DDR konnte sein Buch "Der Tag X" über den Arbeiteraufstand nie erscheinen. Heym führte den Anlass für die Erhebung auf Agententätigkeit der Westmächte zurück, folgte darin also den offiziellen Erklärungen des Politbüros, er ging aber auch auf die tieferen Ursachen des Aufstands ein - daher der Zugriff der DDR-Zensur.

Hatte er noch 1956 behauptet, es gäbe keine Zensur in der DDR, so sah er dies zehn Jahre später ganz anders. Offensiv nahm er zu den offiziellen Verlautbarungen gegen seinen Roman "Der Tag X" und gegen Vorwürfe Stellung, er gehöre "zu den ständigen negativen Kritikern der Verhältnisse in der DDR". (5) Als der Roman 1974 nach etlichen Umarbeitungen, doch in der Grundaussage unverändert, unter dem Titel "Fünf Tage im Juni" in der BRD veröffentlicht wurde, war das Verhältnis zwischen Autor und SED-Führung vollends zerrüttet.

1976 gehörte Heym zu den Initiatoren des Protestes gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann. In seinem letzten Buch, "Der Winter unseres Missvergnügens" (1996), hat er die Biermann-Affäre dokumentiert. Er hatte inzwischen seine Stasi-Akten eingesehen, ein dickes Konvolut über einen "feindlich-negativen Schriftsteller", das ihn, obwohl er jahrelang die Stasi-Posten vor seiner Haustür gesehen hatte, doch erschreckte. Heym war im Grunde ein ängstlicher Mann, das hat er auch immer wieder zugegeben; er agierte vorsichtig. Dass er gleichzeitig ungewöhnlich mutig war, verdankte er seinem Vertrauen in die Aufklärung und die Vernunft der Menschen. Jedenfalls war er im Biermann-Konflikt bemüht, mit den Herrschenden in der DDR im Gespräch zu bleiben, er nahm ihre sozialistischen Ideen beim Wort und forderte immer wieder deren Einlösung ein.

Seine kritische Position der DDR gegenüber formulierte er in den siebziger und achtziger Jahren allerdings vor allem in historisierenden Arbeiten, die zum Besten und zugleich Unterhaltsamsten gehören, was er geschrieben hat: In der "Schmähschrift" (1970), einer Erzählung über den Konflikt des englischen Schriftstellers Daniel Defoe mit Queen Anne, thematisiert er die Zensur; im "König David Bericht" (1972) die Geschichtsklitterung zu Gunsten der Mächtigen. "Ahasver" (1981) schildert die deutsche Geschichte aus der Sicht des Teufels und des Ewigen Juden Ahasver, "wobei sich am Ende erweist, dass der Staat DDR des

Teufels ist". (6) Weniger ausgearbeitet und eher kolportagehaft geschrieben - hier macht sich die amerikanische Schule Heyms bemerkbar - sind die Romane, in denen er die Zustände in der DDR direkt auf- und angreift. "Collin" (1979), die Geschichte eines Kommunisten und Spanienkämpfers, der während eines Krankenhausaufenthaltes mit dem siechenden Chef des DDR-Sicherheitsdienstes konfrontiert wird, ist eine Abrechnung mit der stalinistischen Vergangenheit der DDR. Der Roman gibt sich als Schlüsselroman, ist es aber nicht - wie "Architekten", ein Buch über Konflikte zwischen systemtreuen und oppositionellen Kommunisten und eine Prachtstraße in der DDR, die an die Stalin-Allee erinnert. Heym hatte es gerade fertig gestellt, als er auf dem 11. Plenum des ZK angegriffen wurde, es erschien nicht mehr in der DDR (7); auch "Collin" verfiel der Zensur.

Den Mächtigen in Ost und West ein Ärgernis

1979 wurde Heym aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und damit seiner Existenzgrundlage in der DDR beraubt, seine Romane kamen nur noch in der BRD heraus, wo sich die Verlage zunehmend für die Schriften von DDR-Dissidenten zu interessieren begannen. Obwohl er in der DDR nur noch geduldet wurde, dachte Heym nicht daran, wie viele seiner KollegInnen in den Westen zu gehen. Bis zuletzt blieb er der sozialistischen Idee treu. Am 4. November 1989 plädierte er in einer Rede auf dem Alexanderplatz für einen nicht-stalinistischen Sozialismus zum Nutzen ganz Deutschlands, und auf einer Demonstration im Dezember 1989 beschwor er ein vereintes Deutschland - kein Viertes Reich, sondern ein neues, "in das auch die Bürger der DDR ihre Erfahrungen mit eingebracht haben werden". (8)

Seine Visionen haben sich nicht verwirklicht, doch das hat ihn weder entmutigt noch verbittert. Heym hatte Witz und Humor, seine Kritik wurde daher gern gehört. Auf einer letzten Lesung vor seinem Tod am 16. Dezember 2001 hat er über das Alter gesprochen, unter anderem auch über die Mühsal, mit Prothesen zu leben. Er habe immer eine Tasche mit Ersatz bei sich, erklärte er verschmitzt, mit Brille und mit Gebiss, falls jenes versage, das er gerade im Munde trage. "Beißt in die Brötchen, solange ihr könnt", forderte er seine ZuhörerInnen auf. Wir werden beißen, nicht nur in Brötchen. Und dabei mit Vergnügen und Achtung an ihn denken.

Angela Martin

Anmerkungen:

1) New York 1942, dt. "Der Fall Glasenapp" Leipzig 1958, München 1976

2) Boston 1948; dt. "Kreuzfahrer von heute", Leipzig 1950, bzw. "Der bittere Lorbeer", München/Freiburg i.Br. 1950

3) Stefan Heym, Nachruf, Frankfurt a.M. 1988, 3. Aufl. 1993, S. 558

4) A.a.O., S. 543

5) Stefan Heym, Rede vor der Vollversammlung des Berliner Schriftstellerverbandes im Februar 1966, zitiert nach General/ Sabath, Stefan Heym, S. 113

6) Sabine Brandt, Der große Einäugige. Sozialist bis zuletzt: Der Schriftsteller und Zeitkritiker Stefan Heym ist in Israel gestorben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2001

7) Nach einer Überarbeitung wurde es im letzten Jahr veröffentlicht

8) Stefan Heym, Rede auf einer Demonstration am 9.12.1989, zitiert nach General/Sabath, Stefan Heym, S. 133

16. Macht statt Recht? Milosevic - Präzedenzfall für eine Internationale Strafjustiz

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:29

Seit seiner demütigenden Verhaftung und Überstellung in das Gefängnis Scheveningen im Sommer vergangenen Jahres protestiert Slobodan Milosevic gegen seine nach jugoslawischen Gesetzen unrechtmäßige Auslieferung. Dem Internationalen Straftribunal für das frühere Jugoslawien (ICTY) im niederländischen Den Haag spricht er jede Legitimität ab. Aber alle Proteste haben nichts geholfen. Am 12. Februar beginnt der erste Prozess gegen Slobodan Milosevic. Zunächst steht der entmachtete ehemalige jugoslawische Präsident wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen während des Kosovo-Krieges 1999 vor Gericht. Ein zweiter Prozess wegen der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegovina wird anschließend folgen. Bis beide Prozesse abgeschlossen sind, werden vermutlich mindestens zwei Jahre vergehen.

Die Bedeutung der Prozesse gegen Milosevic geht weit über die Frage nach seiner persönlichen Verantwortung für Verbrechen während der Kriege in Jugoslawien hinaus. Mit den Prozessen wird - das kann ganz unpathetisch behauptet werden - Geschichte geschrieben. Denn mit Milosevic steht zum ersten Mal ein ehemaliger Regierungschef vor einem internationalen Straftribunal der Vereinten Nationen. Seine Verurteilung wäre ein entscheidender Präzedenzfall auf dem Weg zu einer internationalen Strafjustiz, die nach der Einrichtung der Tribunale von Nürnberg und Tokio 1945/46 fast fünfzig Jahre lang durch den Kalten Krieg blockiert war und nun nach der Konstituierung der beiden Ad-hoc Tribunale zu Jugoslawien (1993) und Ruanda (1994) in die Gründung eines Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) münden soll. Dieser soll in Zukunft sicherstellen, dass "kein Machthaber, kein Staat, keine Junta und keine Armee irgendwo die Menschenrechte straflos verletzen kann", wie UN-Generalsekretär Kofi Annan im Juli 1998 verkündete, als bei einer UN-Konferenz in Rom das IStGH-Statut beschlossen wurde.

Doch an den Versprechungen des UN-Generalsekretärs sind erhebliche Zweifel angebracht. Nicht nur, weil angesichts der Unzahl von staatlichen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen weltweit kein denkbares Gericht die Kapazitäten hätte, alle amtierenden PolitikerInnen und Militärs zu verurteilen, die dies verdient hätten. Sondern auch, weil zumindest die bisherige Arbeit des Jugoslawien-Tribunals zeigt, dass es eher als ein Instrument von Machtpolitik dient denn als eine Institution, die tatsächlich Recht und Gerechtigkeit herstellen könnte.

Mit den Prozessen gegen Milosevic wird zuallererst eine politische Hauptverantwortung für die kriegerische Zerstörung Jugoslawiens während der 90er Jahre kodifiziert werden. Die in der westlichen Öffentlichkeit hegemoniale Interpretation des Staatszerfalls Jugoslawiens als ein von einem personifizierten, und nicht selten pathologisierten, "Bösen" aus Belgrad ausgehender Prozess wird noch einmal festgeschrieben werden. Die im Mediendiskurs und der Geschichtskonstruktion - gerade in Deutschland - wirkungsmächtigen Bilder, welche "Slawentum" und "Kommunismus" mit menschenverachtender Brutalität verbinden, werden abgerufen.

Zwar sind vor dem Tribunal nicht nur Militärs aus Serbien/Jugoslawien, sondern auch aus Kroatien und Bosnien angeklagt. Aber mit Milosevic steht bisher der erste und einzige führende Politiker vor dem Tribunal. Und das wird wohl auch so bleiben. Der während der Kriege amtierende kroatische Regierungschef, Franjo Tudjman, ist bereits verstorben. Und gegen Alija Izetbegovic, den damaligen bosnischen Regierungschef, wird von Den Haag nicht ermittelt. Nur gegen die ehemalige politische Führung der bosnischen Serbenrepublik geht Den Haag - folgerichtig in der Zielrichtung - ebenfalls vor.

Damit werden die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Kriege verdreht. Sicher hat Milosevics nationalistische Politik den Zerfall Jugoslawiens beschleunigt. Aber mit dem Vorgehen des Tribunals wird die Verantwortung der sezessionistisch-nationalistischen Kräfte vor allem in Kroatien und Kosovo weitgehend negiert und die im Fall Kosovo kriegsverschärfende - wenn nicht sogar kriegserzeugende - Interventionspolitik des Westens komplett ausgeklammert. Zu den dokumentierten offensichtlichen Kriegsverbrechen der NATO während des Kosovo-Krieges 1999 eröffnet die Chefanklägerin in Den Haag, Clara del Ponte, noch nicht einmal ein Ermittlungsverfahren. Gegen die politische und militärische Führung der Terrortruppe UCK geht das Tribunal bisher ebenfalls nicht vor. Allenfalls mögliche Ermittlungen hat Del Ponte angekündigt, allerdings zu

einem Zeitpunkt, als es der "internationalen Gemeinschaft" während der Mazedonienkrise im vergangenen Jahr darum ging, einer außer Rand und Band geratenen UCK ihre Grenzen aufzuzeigen.

Gerade die Kosovo-Anklage gegen Milosevic, die nun zuerst verhandelt werden soll, macht den Charakter des Tribunals deutlich. Zusammen mit Milan Milutinovic (noch amtierender serbischer Präsident), Nikola Sainovic (ehemaliger Vize-Premier Jugoslawiens), Dragoljub Ojdanic (Ex-Generalstabschef der Jugoslawischen Armee) und Vlajko Stojiljkovic (ehemaliger Innenminister Serbiens) soll Milosevic das Projekt verfolgt haben, "einen erheblichen Teil der kosovo-albanischen Bevölkerung aus dem Territorium der Provinz Kosovo zu vertreiben, um eine fortgesetzte serbische Kontrolle über die Provinz zu ermöglichen". (1) Dabei sei es zu gravierenden Verletzungen des Kriegsrechtes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gekommen.

Unzweifelhaft ist, dass während des Kosovo-Krieges Kriegsverbrechen stattgefunden haben. Aber an der für die Anklage zentralen These, die serbisch/jugoslawische Führung habe in der Kosovo-Krise eine gezielte Vertreibung der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung betrieben, sind Zweifel angebracht. Schließlich hat die Massenflucht aus dem Kosovo erst nach dem Beginn der NATO-Luftschläge begonnen, was selbst in der Anklageschrift festgehalten wird. Perfide ist die Anklage aber aus einem anderen Grund. Schaut man sich die derzeitige Situation im Kosovo an, muss konstatiert werden, dass die Provinz tatsächlich "ethnisch gesäubert" ist. Nach dem Einmarsch der NATO-geführten KFOR-Truppe und der UCK wurden systematisch Angehörige aller nicht-albanischen Bevölkerungsgruppen vertrieben. Mindestens 200.000 SerbInnen und 100.000 Roma sowie mehrere tausend slawische Muslime mussten vor dem Ethnoterror, den die UCK ausübt, fliehen. Hunderte wurden ermordet. Bis heute ist die Rückkehr der Flüchtlinge weitgehend ausgeschlossen, weil die gewalttätigen Übergriffe, Bombenattentate und Morde von Seiten albanischer Nationalisten ungebrochen anhalten, wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in einem jüngsten Bericht feststellt. Im Kosovo geschieht unter den Augen der KFOR-Truppen und der UN-Übergangsverwaltung genau das, was der serbisch-jugoslawischen Führung vorgeworfen wird, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Das ICTY - genauso wie die Öffentlichkeit der 1999 gegen Jugoslawien Krieg führenden Staaten - kümmert dies allerdings anscheinend nicht.

Interessant ist nicht nur, was in der Kosovo-Anklageschrift steht, sondern auch, was fehlt. Die Chefanklägerin verzichtet nämlich - im Gegensatz zur Bosnien-Anklage - auf den Vorwurf, Milosevic habe im Kosovo einen "Völkermord" geplant und durchgeführt. Dieses im Völkerrecht gravierendste Verbrechen wird in den Statuten des ICTY definiert als "Akte, die mit der Absicht begangen werden, ganz oder teilweise, eine nationale, ethnische, rassische (racial) oder religiöse Gruppe zu zerstören". (2) Gerade dies wurde der serbisch-jugoslawischen Führung von der NATO und den westlichen Medien aber während des Kosovo-Krieges vorgehalten und diente als zentrale Legitimation für einen Angriffskrieg, der sich über geltendes Völkerrecht hinwegsetzte. Hunderttausende Menschen würden von den serbisch-jugoslawischen Truppen ermordet, lauteten die Vorwürfe. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping behauptete die Existenz von Konzentrationslagern in Pristina und Bundesaußenminister Josef Fischer brachte das angebliche Vorgehen der serbisch-jugoslawischen Truppen gar mit Auschwitz in Verbindung. In der Anklageschrift ist nun lediglich die Rede davon, dass "Hunderte kosovo-albanische Zivilisten" von den serbisch-jugoslawischen Truppen umgebracht worden seien. (3)

Wenn Krieg als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln zu begreifen ist, wie der preußische Militärtheoretiker von Clausewitz meinte, gilt dies auch für die Art der Justiz, wie sie die Arbeit des ICTY verkörpert. Besonders gravierend ist dies nicht zuletzt für die tatsächlichen Opfer der Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Ihr Leiden wird durch das Vorgehen des ICTY entweder instrumentalisiert oder geleugnet. Statt Gerechtigkeit wird so weiteres Unrecht geschaffen und in die Zukunft fortgeschrieben.

Ist mit dem ICTY also das Projekt einer unabhängigen internationalen Strafgerichtsbarkeit insgesamt gescheitert? Unzweifelhaft ist eines: In einer Weltgesellschaft, die von so eklatanten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ungleichgewichten und dermaßen gewaltförmigen Herrschaftsmechanismen strukturiert wird, wie dies am Anfang des 21. Jahrhunderts der Fall ist, kann es keine Gerechtigkeit geben, die durch welches Gericht auch immer hergestellt wird.

Dennoch ist zu differenzieren. Den geplanten IStGH, der auf dem Rom-Statut von 1998 aufbaut, unterscheidet Wesentliches vom Ad-hoc-Tribunal zu Jugoslawien. Im Gegensatz zum ICTY, der durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates geschaffen wurde, wird der IStGH durch einen Vertrag hergestellt, den 139 Staaten

unterzeichnet haben. Im Gegensatz zu den beiden Ad-hoc-Tribunalen, die lediglich für einen spezifischen Konflikt verantwortlich sind, wäre der IStGH eine permanente Institution. Nach dem Prinzip der Komplementarität würde er nationale Gerichte nicht ersetzen. Er würde nur dann aktiv, wenn die nationale Gerichtsbarkeit von Staaten nicht willens oder in der Lage ist, Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, die von BürgerInnen dieser Staaten begangen werden. Der Gerichtshof selbst würde bestimmen, wann diese Umstände gegeben sind. Eingeleitet würden Verfahren entweder auf Grund einer Staatenbeschwerde, einer Initiative des UN-Sicherheitsrates oder des Anklägers des IStGH.

Damit ist zumindest die Möglichkeit gegeben, dass Verfahren auch gegen die politischen und militärischen Führungen der weltweiten Hegemonialmächte eingeleitet werden könnten. Menschenrechtsorganisationen und kritische JuristInnen begründen so ihre teilweise enthusiastische Unterstützung für den IStGH. Völlig unklar bleibt allerdings, wie ein zukünftiges Weltgericht Haftbefehle gegen den Widerstand von Hegemonialmächten durchsetzen könnte. Schließlich gibt es keine unabhängige Weltpolizei, die als Exekutive zur Verfügung stünde.

Der IStGH trifft vor allem auf den vehementen Widerstand der USA, die wohl nicht zu Unrecht eine Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen fürchten. "Only over my dead body", kommentierte der einflussreiche republikanische Senator Jesse Helms. Im Juli 1998, als 120 Staaten das Rom-Statut unterzeichneten, stimmten die USA zusammen mit nur sieben anderen Ländern dagegen. Erst am Sylvesterabend 2000, nur wenige Stunden bevor die Beitrittsfrist endgültig ablief, traten die USA doch noch bei. Nicht etwa, weil sie ihre ablehnende Position prinzipiell verändert hätten, sondern um weiter Einfluss auf die mittlerweile wohl unvermeidbare Konstitution des IStGH nehmen zu können. Immerhin haben bereits 46 Staaten das Statut ratifiziert, 60 sind notwendig, damit der IStGH die Arbeit aufnimmt. Das ist noch für dieses Jahr zu erwarten. Die deutsche Bundesregierung unterstützt den IStGH. Wer über die militärischen Möglichkeiten zur Weltpolitik noch nicht verfügt, möchte wenigstens auf diplomatischer Ebene mitspielen.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) ITCY: Milosevic et al. Case (IT-99-37-I). Second amended indictment, 16.10.2001.

www.un.org/icty/ (eigene Übersetzung)

2) Statute of the International Tribunal, Artikel 4 "Genocide", Ziffer 2.

www.un.org/icty/basic/statut/stat2000.htm#4 (eigene Übersetzung)

3) ITCY: Milosevic et al. Case (IT-99-37-I). Second amended indictment, 16.10.2001.

www.un.org/icty/ (eigene Übersetzung)

17. "Relevant und durchschlagend". Norman Paech zu Kriegsverbrechen der NATO

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:04

Mitte Februar wird vor dem Internationalen Straftribunal für das frühere Jugoslawien(ICTY) in Den Haag der Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten Jugoslawiens, Slobodan Milosevic, eröffnet. Die Debatte um Verantwortung und Schuld im Zusammenhang mit den Kriegen der vergangenen zehn Jahre auf dem Balkan wird wieder neu geführt werden. Wieso hat das Den Haag Tribunal bisher eigentlich keine Ermittlungen gegen NATO-Militärs oder Politiker eingeleitet, obwohl es zahlreiche Hinweise gibt, dass diese gegen geltendes Völker- und Kriegsrecht verstoßen haben?

Norman Paech: Die Anklagebehörde in Den Haag hat sich durchaus mit den Vorwürfen gegen die NATO beschäftigt. Es hat dort bereits im Jahr 2000 eine Kommission gegeben, die sich der Vorwürfe angenommen und ein 40-seitiges Papier ausgearbeitet hat. Die Kommission kam aber zum Schluss, dass alle Vorwürfe gegen die NATO-Kriegsführung als nicht relevant und durchschlagend einzustufen sind. Das unterstützte die Weigerung der Chefanklägerin in Den Haag, Carla del Ponte, überhaupt Recherchen zur NATO-Kriegsführung anzustellen. Dabei gäbe es durchaus einiges zu untersuchen.

Wir müssen vielleicht folgende Punkte unterscheiden. Ein erster Punkt der juristischen Argumentation gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 betrifft das sogenannte jus ad bellum. Das heißt, dass es keine völkerrechtliche Legitimation für den Krieg gab. Dieses kann vor einem Strafgericht aber nicht zur Debatte stehen. Der zweite Punkt ist die Verletzung des jus in bello, also des humanitären Völkerrechts, die gerichtlich durchaus zu verhandeln wäre. Hier gibt es eine Reihe von sicheren Hinweisen, dass die NATO schwere Völkerrechtsverbrechen begangen hat.

Können Sie das konkretisieren?

Fangen wir bei den so genannten Kollateralschäden an. Immer wieder wurde von NATO-Militärs und Politikern gesagt, dass die durch Kriegshandlungen in Mitleidenschaft gezogene Zivilbevölkerung ein unerwünschter aber unabdingbarer Seiteneffekt der Bombardierung von Militäranlagen gewesen sei. Allerdings hat sich herausgestellt, dass es eine Reihe von Fällen gab und zwar nicht zu wenige , in denen gezielt zivile Ziele, zivile Objekte und Zivilpersonen bombardiert wurden. Dieses ist nach dem Völkerrecht, also den Genfer Konventionen von 1949 und den Zusatzprotokollen von 1977, eindeutig verboten.

Derzeit wird im Fall der Bombardierung des Dorfes Vavarin eine Klage vorbereitet. Dort wurde eine Brücke bombardiert, die kein militärisches Ziel darstellte. Im Umkreis von 100 km um diese Ortschaft in der Vojvodina, im Norden Jugoslawiens, gab es keine militärischen Ziele. Dieser Angriff, der zweimal hintereinander eine Brücke traf und sehr viele Opfer unter der Zivilbevölkerung kostete, war eine ganz eindeutige Verletzung des humanitären Völkerrechtes. Die Verharmlosung des Angriffs auf eindeutig zivile Objekte und die Zivilbevölkerung als so genannte Kollateralschäden ist eine Maskierung von Verbrechen, die vom Den Haag Tribunal hätten aufgegriffen werden müssen.

Gilt das auch für die Bombardierung von petrochemischen Industrieanlagen wie beispielsweise in Pancevo? Diese Kleinstadt liegt auch in der Vojvodina, Hunderte Kilometer vom Kosovo entfernt. Hier wurden eine Raffinerie und eine PVC-Fabrik in Brand geschossen, was eine großflächige Umweltkatastrophe auslöste.

Das ist ein zweiter Punkt, der aber nicht so sehr das Problem "Kollateralschäden" betrifft. Es ist so: Alle Installationen, die der Kriegsproduktion dienen, also Munitionsfabriken etc., sind nach dem Völkerrecht "legitime Kriegsziele" - wenn denn der Krieg überhaupt legitim ist, was er aus meiner Sicht ja nicht ist. In den Zusatzprotokollen von 1977 wurde verboten, Fabriken und Industrieanlagen zu bombardieren, deren Zerstörung gravierende Umweltschäden hervorrufen. Das Werk in Pancevo diente ganz offensichtlich nicht einmal der Kriegsproduktion. Durch seine Bombardierung sind sehr viele Chemikalien und Abwässer in die Donau geflossen und haben dort verheerende Umweltschäden angerichtet. Eine solche Bombardierung ist verboten.

Die ratio des humanitären Völkerrechtes ist es, bei Kriegen Schäden zu vermeiden, die gegenüber dem Kriegsziel unverhältnismäßig die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen. Dazu gehören Chemiewerke oder auch Elektrizitätswerke, wenn sie nicht der Kriegführung dienen. Aber selbst falls sie der Kriegführung dienen, dürfen solche Industrieanlagen nicht angegriffen werden, wenn die zu erwartenden Schäden unverhältnismäßig sind. Man stelle sich die Bombardierung von Atomkraftwerken oder Deichen vor. Die Zerstörung der Fabriken von Pancevo durch die NATO verstößt doppelt gegen das Völkerrecht. Erstens dienten sie nicht der Kriegsproduktion, zweitens lösten die Angriffe offensichtlich schwere Umweltschäden aus.

Im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg wird derzeit auch wieder über die Verwendung von bestimmten Munitionen und Waffensystemen diskutiert. Das Abwerfen so genannter Clusterbomben, also Streubomben, die noch in der Luft explodieren und eine große Anzahl von kleineren Sprengkörpern über einen großen Radius verteilen, wird von Kritikern als kriegsrechtswidrig betrachtet. Diese Bomben wurden auch über dem Kosovo abgeworfen. Wie schätzen Sie die Verwendung dieser Clusterbomben durch die NATO-Luftwaffe ein?

Das ist eine dritte Kategorie von Verboten. Die Staaten sind von der ursprünglichen Intention, in den großen Konventionen einzelne Waffen zu verbieten, zum Verbot von Waffenwirkungen übergegangen. Der Grund dafür ist, dass das Völkerrecht, die Politik und die Diplomatie der rasanten Entwicklung der Waffensysteme nicht folgen konnten und mit dem Verbot ständig neuer Waffen hinterher hinkten. Daher werden Waffen heute nach ihrer Wirkung qualifiziert. Die in Afghanistan und Kosovo eingesetzten Streubomben haben den Effekt von Landminen. Viele der abgeworfenen und verteilten Sprengkörper explodieren nicht sofort sondern bleiben liegen. Wenn sie von ZivilistInnen, die sich annähern, berührt werden, können sie explodieren und schwere Schäden hervorrufen. Derartige Wirkungen machen Streubomben nach den Kriterien des Genfer Kriegsrechts völkerrechtswidrig. Allerdings ist es auf der jüngsten Überprüfungskonferenz über konventionelle Waffen im Dezember 2001 in Genf, die sich auch mit diesen Clusterbomben beschäftigte, nicht gelungen, sie ausdrücklich wie die Landminen zu illegalisieren. Das Thema wurde auf das Jahr 2002 verschoben.

Mitte Dezember hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg eine Klage von sechs Beschäftigten des Belgrader Fernsehsenders RTS zurückgewiesen. Das Gebäude von RTS wurde am 23. April 1999 von einer NATO-Rakete zerstört. Dabei starben 16 Mitarbeiter, weitere 16 wurden verletzt. Die RTS-Angestellten hatten gegen 17 NATO-Mitgliedstaaten geklagt, die die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben. Die Europäische Menschenrechtskonvention sei jedoch "nicht überall auf der Welt anwendbar", sagten die Strasbourger Richter. Dies gelte auch für Jugoslawien, weil das Land nicht Mitglied des Europarats sei und nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Konvention zähle. Wie beurteilen Sie die Bombardierung von RTS aus völkerrechtlicher Sicht?

Die NATO und ihre Politiker argumentieren immer, dass RTS ein Sender gewesen sei, der in der Infrastruktur der Kriegsführung eine Rolle gespielt habe. Das ist falsch. Alle Beweise, die derzeit vorliegen, belegen, dass dieser Sender keine Militärfunktion hatte. Er hatte eine Propagandafunktion, die wahrscheinlich nicht mehr und nicht weniger Falschmeldungen verbreitete als die NATO-Propaganda. Es war offensichtlich das Ziel der Bombardierung, die Propagandafunktion und die Sendung von Nachrichten zu unterbinden. Das jedoch ist kein legitimes Mittel der Kriegsführung. RTS ist ein Sender, der das Recht hatte, über den Krieg zu berichten. Es war nicht erlaubt, ihn zu bombardieren.

Mit Blick auf den Einsatz der Bundeswehr im Jugoslawienkrieg argumentieren verschiedene Juristen, dass dieser gegen die Verfassung verstieß. Wie schätzen Sie diesen Komplex ein?

Nach dem Grundgesetz kann die Bundeswehr nur zur Territorialverteidigung eingesetzt werden. 1954/55 wurde das erweitert auf eine territoriale Verteidigung des NATO-Bündnisgebietes. Später wurde das über Artikel 24 auf den Einsatz im Rahmen der UNO ausgeweitet. Das würde sich allerdings nur auf mandatierte UN-Einsätze nach Artikel 39/42 UN-Charta beziehen. Aber das ist im Jugoslawienkrieg nicht geschehen. Auch eine "kollektive Selbstverteidigung" nach Artikel 51 UN-Charta kommt nicht in Betracht, weil Jugoslawien nicht angegriffen hatte. Insofern fehlt eine internationale Legitimation, die einen Einsatz der Bundeswehr auch grundgesetzlich legitimiert hätte. Deshalb hat man so krampfhaft nach der Begründung einer "humanitären Intervention" gefischt. Eine derartige Institution der "humanitären Intervention" kommt im klassischen Völkerrecht heutiger Zeit gar nicht vor. Es handelt sich vielmehr um einen Rückgriff auf alte Fälle des 19. Jahrhunderts. Sie sind jedoch aus dem Arsenal des Völkerrechts gestrichen worden, weil man sich bewusst war, dass immer, wenn man zur "humanitären Intervention" griff, dies nur eine Maskierung eigener Interessen

und Kriegsführung darstellte. Das heißt: Es gab letztendlich keine völkerrechtliche Legitimation für den Jugoslawienkrieg, und ohne eine solche erlaubt das Grundgesetz auch keinen Einsatz der Bundeswehr.

Interessanterweise hat das Bundesverfassungsgericht kürzlich in dem Urteil über die Organklage der PDS zur NATO-Strategie darauf hingewiesen, dass bei einem nächsten Beschluss zu einem Einsatz der Bundeswehr klar sein muss: Es gilt das absolute Gewaltverbot des Art. 2 Z. 4 UN-Charta mit nur drei Ausnahmen: Durch ein Mandat der UN, durch Artikel 51 - also Selbstverteidigung - oder auf Wunsch eines Staates, was auf die sogenannte Peacekeeping-Einsätze der UNO abzielt. Das kann man durchaus als eine nachträgliche Ohrfeige für den Angriff auf Jugoslawien ansehen, da hier keiner dieser drei Fälle vorlag. Nimmt man dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts genau, so gab es keine Legitimation für den Einsatz im Frühjahr 1999.

Zurück zum Den Haag Tribunal. Wenn man sich die ganze Reihe von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch die NATO anschaut, stellt sich die Frage, warum sich das Tribunal weigert, zumindest Ermittlungen aufzunehmen. Hier kann man ja eigentlich nur noch politische und nicht juristische Motive vermuten.

Das Tribunal in Den Haag ist in seiner Konstruktion und in seiner Führung zu einem politischen Instrument mutiert. Das Tribunal ist vom UN-Sicherheitsrat als ein Sanktionsmittel auf der Basis des Art. 42 UN-Charta geschaffen worden. So wird es benutzt. Der Charakter eines fairen, alle Seiten gleich behandelnden Gerichtes ist ihm dabei völlig abhanden gekommen. Eine offizielle Untersuchung der Kriegsführung der NATO würde zu ihrer Delegitimierung führen müssen. Man ist sich ja durchaus bewusst, dass nicht alles so abgelaufen ist, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt und welches man nun als Maßstab angelegt, um den Charakter des Milosevic-Regimes zu bewerten. Den Haag hat eine ganz klare politische Mission. Das Tribunal kann nicht nachträglich ein Gerüst demontieren, an dessen Konstruktion man so mühsam gearbeitet hat.

Interview: Boris Kanzleiter

Prof. Dr. Norman Paech ist Völker- und Verfassungsrechtler und lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg

"Es gibt es eine Reihe von sicheren Hinweisen,dass die NATO schwere Völkerrechtsverbrechen begangen hat."

"Es gab letztendlich keine völkerrechtliche Legitimation für den Jugoslawienkrieg, und ohne eine solche erlaubt das Grundgesetz auch

keinen Einsatz der Bundeswehr."

"Das Tribunal in Den Haag ist in seiner Konstruktion und in seiner Führung zu einem politischen Instrument mutiert."

18. Heldenhafte Verbrecher. Den Haag bereitet Kroatien Identitätsprobleme

Autor: Doris Akrap · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:13

Im Kampf um seine Heimat könne ein Kroate gar nichts tun, was als Verbrechen angesehen werden müsste, verkündete vergangenen August das Organ der kroatischen katholischen Kirche, Glas Koncila. Das Wort des Klerus zählt in der 1991 neu gegründeten Republik. So verwundert die Bilanz der bisherigen juristischen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen während des Sezessionskrieges zwischen 1991 und 1995 nicht. Zwar wurden immerhin 1.522 Menschen zwischen 1991 und 2000 vor kroatischen Gerichten angeklagt. Davon wurden auch 692 verurteilt. Kein einziger davon war allerdings Kroate. Denn angeklagt wurden nur Serben.

Erst im vergangenen Jahr wurden kroatische Gerichte auch gegen Kroaten aktiv. Internationaler Druck spielte dabei eine wichtige Rolle. Die Kursänderung wurde von der seit Anfang 2000 regierenden sozialliberalen Regierung unter Premier Ivica Racan eingeleitet, die die nationalistische Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) des Staatsgründers Franjo Tudjman abgelöst hat. Mit dem Ex-General Mirko Norac wurde der erste Militär aus der Zeit des "Vaterländischen Krieges" von den Behörden verhaftet. Norac wird für den Mord an serbischen ZivilistInnen in Gospic 1991 verantwortlich gemacht.

Die militante Reaktion erfolgte sofort. Der patriotische Mob belagerte die Straßen des Landes. Ein Kreis von rechten Organisationen, angeführt von der HDZ, Veteranenverbänden, ehemaligen Geheimdienstlern und Militärs inszenierte nicht nur öffentliche Protestveranstaltungen, sondern organisierte auch kleinere Aktionen wie die Besetzung eines Landesparlaments, um dort - erfolgreich - eine Koalition zwischen der sozialdemokratischen und einer serbischen Partei zu verhindern. Das Hauptaufmarschgebiet der "Verteidiger der Würde des Vaterländischen Krieges" war die dalmatinische Hafenstadt Split, in der bis zu 100.000 TeilnehmerInnen Plakate schwenkten, auf denen "Wir sind alle Mirko Norac" zu lesen stand.

Auch vor Gewalt schrecken die Patrioten nicht zurück. Im Herbst 2000 wurde Milan Levar, der beim UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag als Zeuge zu den Ereignissen in Gospic aussagen sollte, erschossen. Keine Träne weinten die Nachbarn ihm nach, sondern bekundeten vor Pressevertretern, er sei ja schließlich ein "Vaterlandsverräter" gewesen.

Die Unruhen auf den Straßen spiegelten sich auch im Parlament wider. Nicht nur die rechte Opposition der HDZ, sondern auch die Kroatische Soziale Liberale Partei (HSLS), Mitglied der Regierungskoalition, befand die Beschuldigung eigener Volksgenossen im Zusammenhang mit dem "Heimatverteidigungskrieg" für "antikroatisch" und "bolschewistisch".

Patriotischer Mob belagert die Straßen

Dabei ging es der Regierung gar nicht um Fluch oder Segen über den "Vaterländischen Krieg", dessen Ruhm und Ehre sie grundsätzlich verteidigt. Es ging vielmehr um die Anpassung an Forderungen internationaler Instanzen, durch die man sich eine bessere Stellung im europäischen und internationalen Wettbewerb erhofft.

Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Streit im Juni vergangenen Jahres, als die Koalition kurz vor dem Zerbrechen stand und der Premier die Vertrauensfrage stellte. Ausgelöst wurde die Krise durch Carla del Pontes Gesuch nach Auslieferung zweier kroatischer Generäle. Racan hatte der Chefanklägerin des UN-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag zwei Monate zuvor in einem geheim gehaltenen Schriftwechsel zwar eine Absage erteilt; nachdem jedoch Slobodan Milosevic in den Gemächern Scheveningens in Empfang genommen wurde, reiste del Ponte nach Zagreb, um unmissverständlich klar zu machen, dass jetzt auch Kroatien ein wenig Kooperationsbereitschaft zeigen müsse.

Während die HSLS darauf beharrte, dass die Auslieferung kroatischer Staatsangehöriger nicht verfassungkonform sei, und die HDZ ein Referendum zu dieser Frage forderte, konnte Racan letztlich die Schlacht für sich entscheiden. Er habe alles getan, um die Auslieferung abzuwenden. Aber um eine erneute internationale Isolierung zu vermeiden, sollte Kroatien den Forderungen Den Haags entsprechen, erklärte der Premier. Trotz des Rücktritts mehrerer Minister und der Ankündigung von Blockaden seitens der

Veteranenverbände gewann Racan letztlich die Vertrauensabstimmung und hebelte so zunächst die Opposition inner- und außerhalb der Koalition aus.

Zu einem der betreffenden Ex-Generäle, Rahim Ademi, hatte das Den-Haager-Tribunal schon zu Zeiten des von 1991 bis 2000 regierenden Tudjmans versucht, inoffiziell Kontakt aufzunehmen. Nach eigenen Angaben war Ademi damals bereit, sich dem Tribunal zu stellen, wurde jedoch von seinen Vorgesetzten daran gehindert. Jetzt begab er sich freiwillig auf den Weg nach Den Haag. Der andere dagegen, Ex-General Ante Gotovina, der im Zusammenhang mit der Operation Oluja ("Sturm"), der Eroberung der serbischen Krajina im August 1995, beschuldigt wird, kündigte an, er werde sich gegen eine Festnahme wehren, auch mit Waffengewalt. Während Oluja waren mindestens 200.000 SerbInnen aus Kroatien vertrieben worden, hunderte wurden ermordet. In einem Interview mit Jutarnji List setzte Gotovina die Öffentlichkeit davon in Kenntnis, dass er jetzt erst mal Urlaub machen werde. Von diesem ist er bis heute nicht zurückgekehrt. Inzwischen wurde ein internationaler Haftbefehl gegen ihn ausgestellt.

Die Vermutungen von Presse und Offiziellen des Landes, wo Gotovina sich aufhalten könne, gehen in alle Richtungen. Einig sind sich jedoch alle darin, dass Racan seinen Aufenthaltsort kennt. Auszuschließen ist das nicht. Der von Den Haag gesuchte Gotovina genießt in Kroatien zur Zeit - mehr als der im kroatischen Gerichtssaal sitzende Norac - den Glamour eines Popstars. Plakate, T-Shirts, Tassen, Unterhosen, überall ist das Konterfei des flüchtigen Volksidols mit der Unterschrift "HELD" zu sehen. Eine Festnahme Gotovinas würde im ohnehin heißen Süden des Landes sicherlich einen neuen Aufruhr zur Folge haben.

Die HDZ, Anfang 2001 bei Wählerumfragen in Dalmatien noch unter der Zehn-Prozent-Marke, wurde bei den Lokalwahlen, die nach den großen Demonstrationen im April stattfanden, zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei (SDP) stärkste Partei. Angekündigte Maßnahmen gegen militante Den-Haag-Gegner können die HDZ nicht wirklich einschüchtern, schließlich besetzt die HDZ in ganz Dalmatien wichtige politische Institutionen und hat vor allem in militärischen und geheimdienstlichen Kreisen nach wie vor breite Unterstützung. Offene Aufrufe zum Putsch der Regierung, Ankündigungen, eine Parallelinstitution zum Parlament einzurichten, die "Versammlung des kroatischen Volkes", macht die HDZ in Dalmatien zu eben dem destabilisierenden Faktor, den sie auch in der Region "Herceg-Bosna" in Bosnien-Herzegovina darstellt.

Anpassung an internationale Instanzen

Im Juli letzten Jahres, zu einem Zeitpunkt, da hier zu Lande die afghanischen Zustände, Fußballstadien zu Folterstätten umzufunktionieren, eher als mittelöstliche Normalität und somit vernachlässigbar galten, prophezeite der kroatische Staatspräsident Stipe Mesic in einem Interview mit der Wochenzeitung Feral Tribune, dass Kroatien ein europäischer Taliban-Staat zu werden drohe, sollten die Auslieferungsgegner Regierungsmacht erlangen.

Kurz darauf schrieb Roy Gutman im Magazin Newsweek über die Verwicklung amerikanischer Geheimdienste in die Operation Oluja und bezeichnete das Den-Haager-Tribunal als politisches Instrument, da es nicht alle erhältlichen Informationen benutze, die zur Verurteilung aller am Kriegsgeschehen Beteiligten führen würde. Diesen Vorwurf hatte auch schon Tudjman, allerdings mit anderer Begründung, gegen das Tribunal erhoben und dieses als "anti-kroatisches Gremium" bezeichnet, das den eigentlichen Opfern nichts über die wahren Kriminellen erzählen könne. Obwohl der US-Botschafter in Kroatien, Lawrence Rossin, im Interview mit kroatischen Journalisten jegliche Beteiligung amerikanischer Kräfte an kriegerischen Handlungen im ehemaligen Jugoslawien dementierte, sah sich die HDZ jetzt in ihrer Position bestätigt und erklärten die USA zum Chefarchitekten der Operation Oluja. Hätte dies noch im Sommer als Vaterlandsverrat am "größten militärischen Erfolg der kroatischen Geschichte" gegolten, glaubte man nun, die Position Gotovinas und Ademis verbessern zu können und weitere Anschuldigungen zu erschweren, damit man sich in Zukunft nicht die niederländischen Gemächer mit Milosevic teilen muss.

Mesic hatte schon im Sommer festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit dem Den-Haager-Tribunal nicht in seine Verantwortung falle. Er sei lediglich für das Funktionieren der staatlichen Mechanismen und die Position Kroatiens in der Welt zuständig. Als Oberbefehlshaber sei er zwar verpflichtet, seine Jungs dazu anzuhalten, sich der Justiz zu stellen, aber nicht mehr. Als Erfolg wird diese Strategie des guten Willens allemal in deutschen Amtsstuben bewertet. Als zuletzt im Juli der Staatsminister aus dem Auswärtigen Amt, Christoph

Zöpel, Zagreb besuchte, sprach er der Regierung seinen Respekt im Umgang mit dem Den-Haager-Tribunal aus. Er wisse, wie schwierig es sei, gegen den Widerstand des eigenen Volkes internationale Rechtsprechung zu erfüllen, und erklärte, dass sicherlich auch der Gerichtshof diese Umstände zur Kenntnis nehmen würde. Kroatien sei auf dem besten Wege, ein "normaler Staat" zu werden.

Gleichzeitig fühlt sich auch der kroatische Außenminister Tonino Picula zum internationalen Richter berufen. Er erklärte vor dem Besuch des jugoslawischen Außenministers, die Grundlage für die Normalisierung des Verhältnisses zu Jugoslawien sei die Suspendierung des jugoslawischen Kabinettmitglieds Momcilo Perisic. Dieser wurde als Kommandant der jugoslawischen Armee unter anderem wegen der Beschießung Zadars 1991 in Kroatien zu 20 Jahren Haft verurteilt. Piculas Forderung wurde von allen Seiten als unberechtigte Einmischung in innerjugoslawische Angelegenheiten kritisiert. Picula brüskierte jedoch mit seiner Aussage auch das Den-Haager-Tribunal, das sich bislang zu den Vorwürfen an Perisic ausschweigt, und konnte so im Inland einige Jubelrufe erzielen.

Lob aus Deutschland

Im Herbst stand Carla del Ponte kurz davor, ihren Bericht für die UN zu beenden, der die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Den-Haager-Tribunal bewertet. Termingerecht verhafteten kroatische Behörden sieben frühere kroatische Soldaten und Militärpolizisten. Seit Dezember stehen sie in Bjelovar vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, Insassen des Militärgefängnisses in Split gefoltert und ermordet zu haben, serbische Zivilisten in Osijek und Sisak 1991 und in Zacevo, nahe Sibenik, 1995 ermordet und danach verbrannt zu haben. Und der Ex-General Ante Gotovina? Ist immer noch im Urlaub!

Die Aufklärungsbemühungen der kroatischen Regierung hinsichtlich der Kriegsverbrechen werden in der deutschen Presse als "ernsthaft" und "gewissenhaft" bezeichnet. Dass erst im Oktober letzten Jahres im Rahmen des Unterhaltungsprogramms die erste öffentliche Dokumentation über Verbrechen während der Operation Oluja gezeigt wurde, interessiert dabei genauso wenig wie der laxe Umgang mit dem flüchtigen Gotovina. Als Präsident Mesic nach dem 11. September die aktive Mitwirkung an der Anti-Terror-Koalition verlautbarte, waren darüber hinaus weder der Mord an Milan Levar noch der Bombenanschlag auf das antifaschistische Denkmal auf dem Zagreber Friedhof Mirogoj geklärt, auch nicht der Skinheadüberfall auf das Kulturzentrum Mocvara, bei dem 20 Personen schwer verletzt wurden.

Doris Akrap

19. Gerechtigkeit nicht Rache. Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Chile. Kampf gegen die Straflosigkeit in Lateinamerika

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:24

"Name? Vorname? Beruf?" lauten die drei Eingangsfragen, mit denen der junge Staatsanwalt in Costa Gavras Film "Z" in beeindruckend banaler Weise die Allmacht der zum Verhör vorgeladenen Generäle mit einem Schlag bricht, sie zurückwirft auf das Niveau gewöhnlicher Verbrecher. Während Gavras 1969 diesen Film drehte, schrieb zeitgleich der chilenische Komponist Victor Jara an einem Lied mit dem Titel Fragen zu Puerto Montt. In diesem beklagte er, dass die Täter eines Polizeimassakers an acht Bauern in jener südchilenischen Stadt straffrei davonkamen und wies dem damaligen christdemokratischen Innenminister Chiles, Pérez Zújovic, die Verantwortung dafür zu. Nur vier Jahre später wurde Victor Jara selbst durch die Schergen von Putschistengeneral Augusto Pinochet ermordet.

Damals wie heute ist das Thema der Straflosigkeit gleich aktuell. Seit Jahrzehnten warten Hunderttausende Opfer der lateinamerikanischen Diktaturen auf jenen Tag, an dem endlich die uniformierten Mörder und Entführer ihrer Länder, die Vergewaltiger und Folterer in staatlichem Auftrag und Sold, durch das Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden.

MenschenrechtsaktivistInnen wühlen sich durch die Archive des Kontinentes oder gar im wahrsten Sinne des Wortes durch seine Erde. Sie exhumieren Leichenreste, durchforsten Aktenberge, rekonstruieren Tathergänge, archivieren Beweisstücke und tragen Zeugenaussagen zusammen, die die Schuld von Polizei und Militär an Menschenrechtsverbrechen belegen.

Amnestie beim Übergang zur Demokratie

Gerichtsverwertbar wären diese Beweise - gäbe es denn auch eine Gerichtsbarkeit, die gewillt wäre, die staatlichen Auftragskiller und ihre Anstifter aus Regierungskreisen abzuurteilen. Und gäbe es nicht die Amnestien, mittels derer sich in nahezu allen Militärdiktaturen die Machthaber noch unmittelbar vor dem Übergang zur Demokratie die eigenen Verbrechen selbst erließen.

Vom Rio Grande bis nach Feuerland sitzen die Verbrecher von gestern in aller Regel noch heute in den Vorstandsetagen der Konzerne, gehen zivilen Berufen nach, beziehen staatliche Pensionen oder verbringen ihren politischen Lebensabend als Senatoren. Unterdessen findet sich in zahlreichen Ländern eine große Zahl jener, die die Diktaturjahre in Gefängnissen, Konzentrationslagern, in Exil und Untergrund verbrachten, heute ohne Arbeit, ohne staatliche Unterstützung und für lange Zeit ohne die ihnen gebührende gesellschaftliche Anerkennung am Rande des öffentlichen Lebens wieder. Nicht wenigen sind bis heute ihre bürgerlichen Rechte nicht zurückgegeben und ihre Berufsverbote nie aufgehoben worden. Auf Entschädigungszahlungen warten die Opfer der Diktaturen vergeblich. Und die Angehörigen jener Oppositionellen, die das Militär abholen und verschwinden ließ, blieben alleine mit ihrer unablässig gestellten Frage: "Wo sind sie?"

In Chile wurde nach dem formalen Ende der Pinochet Diktatur 1990 fünf Jahre lang keiner der Verantwortlichen vor Gericht gestellt. Und noch weitere fünf Jahre über die ersten isolierten Urteile hinaus sollte die Dekade des Schweigens und der Vertuschung andauern.

Jene Generation, die den Übergang zur Demokratie noch in den 80er Jahren unter Wasserwerfern und Polizeiknüppeln erstritten oder im Untergrund erkämpft hatte, konnte und wollte es nicht glauben, dass ausgerechnet jene zivilen Regierungen, die aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen waren, sich über Jahre hinweg von den Militärs am Nasenring durch die politische Arena führen lassen würden. Doch nur wenig hat sich in den elf Jahren formaler Demokratie verändert, in denen das Bündnis Concertación den Nachlass der Diktatur bislang verwaltet hat. Das neoliberale Erbe wurde kritiklos übernommen und weiter vorangetrieben, die Verfassung der Junta blieb unangetastet und die Verbrecher von gestern sitzen noch heute fest im Sattel.

Eine von der Zivilregierung eingesetzte Wahrheitskommission legte zwar einen ausführlichen Bericht über die Verbrechen der Diktatur vor, die Verantwortlichen blieben jedoch namenlos. Zu groß war die Angst, den Taten auch Täter zuzuordnen und gar rechtliche Schritte gegen sie einzuleiten. Mit dem von der

Wahrheitskommission erarbeiteten Rettig-Report zog die zivile Regierung den Schlussstrich unter die Vergangenheit. Und sie schien zunächst damit auch erreicht zu haben, was das Militär in seiner Brutalität vergebens versucht hatte: die weitgehende Auslöschung der Opposition.

1995 kam es trotz alledem zu den ersten Prozessen. Und mit ihnen wich schrittweise die Aura der Allmacht, mit der sich das Militär lange Jahre seiner Unantastbarkeit versicherte. Manuel Contreras Sepulvéda, ehemaliger Chef des Geheimdienstes DINA, und sein Adlatus General Pedro Espinoza wurden wegen Mordes an Allendes ehemaligem Außenminister Orlando Letelier inhaftiert, obgleich sie massiven Widerstand dagegen leisteten. Ihre Verurteilung war überhaupt nur deshalb möglich geworden, weil der Mord an Letelier und seiner US-amerikanischen Sekretärin in Washington geschehen war und somit nicht unter das chilenische Amnestiegesetz fiel. Noch in den Tagen vor der Verhaftung hatte sich der bereits verurteilte Contreras mit seiner Privatarmee im Süden Chiles verschanzt, verhöhnte auf allen Fernsehkanälen die chilenische Justiz und aus Militärkreisen gelangten offene Putschdrohungen für den Fall seiner Festnahme an die Öffentlichkeit. Über Tage hinweg beherrschte ein Angstklima die chilenische Öffentlichkeit, und in der Linken grassierte die Furcht vor neu gegründeten Todesschwadronen.

"Wo sind sie?" - die unablässige Frage

Doch Contreras und Espinoza wurden inhaftiert und nichts passierte. Die Drohungen verpufften und die chilenische Öffentlichkeit konnte erkennen, dass auch das Militär prinzipiell verwundbar war. Die Notwendigkeit der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen geriet erneut auf die Tagesordnung.

Die Unterstützung, die diesen Prozess beschleunigte, kam aus dem Ausland, wo der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzón den ehemaligen chilenischen Diktator mit internationalem Haftbefehl suchen ließ. Die Verhaftung Pinochets 1998 in London und das 15-monatige Tauziehen um seine Auslieferung nach Spanien brachte in Chile und auf dem gesamten Kontinent eine Lawine ins Rollen. Mit einem Male war die Frage des Weltrechtsprinzips auf der Tagesordnung gelandet, welches die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit an jedem Ort der Erde ermöglicht.

Noch einmal gewann Pinochet das Tauziehen. Die britische Regierung ließ ihn nach Chile ausfliegen. Bei seiner Rückkehr nach Santiago ließ sich der General von seinen AnhängerInnen als Sieger feiern. Die weltweiten Proteste schienen nichts genützt zu haben. Demonstrativ ließ er den Rollstuhl auf dem Rollfeld zurück und schritt auf eigenen Füßen in die neu zurück gewonnene Straffreiheit.

Doch die Forderung nach einer Aufarbeitung der Vergangenheit ließ sich nicht mehr aufhalten. Längst hatten Menschenrechtsorganisationen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Anklage der Verbrecher verlagert. Findige AnwältInnen, die die Angehörigen der Verschwundenen vertreten, erreichten in einer klugen Konstruktion die Umgehung der Amnestie, mit der sich die Diktatur seinerzeit die eigenen Verbrechen verzieh. In Bezug auf die Verschwundenen, deren Schicksal ungeklärt bliebe, so hieß es vor Gericht, bestehe kein sicheres Wissen darüber, dass sie wirklich tot seien. Solange die Militärs nicht Rechenschaft darüber ablegten, was sie diesen Menschen angetan haben, sei im juristischen Sinne von dem Tatbestand einer bis heute andauernden Entführung auszugehen. Damit fiel das Verschwindenlassen von GegnerInnen der Diktatur nicht länger unter die Amnestie. Auch machte sich die Justiz eine neue Interpretation des Amnestiegesetzes zu eigen. Entgegen der vergangenen Praxis, in der zahlreiche Verbrechen nie zur Anklage gelangten, heißt es heute: bevor jemand amnestiert werden kann, muss er oder sie zunächst schuldig verurteilt sein.

Gegen zahlreiche hohe Militärs wurde Anklage erhoben - auch gegen den Ex-Diktator.

Noch während Pinochet in London unter Hausarrest stand, hatten ehemalige politische Gefangene sich zusammengeschlossen und Klagen wegen der erlittenen Haft und Folter vorbereitet. Sie bereiteten damit den Boden für die Anklageerhebung gegen den Diktator, vor allem, wegen des von ihm erteilten Befehls zur sogenannten "Todeskarawane", in deren Rahmen zahlreiche Oppositionelle unmittelbar nach dem Militärputsch in den Gefängnissen ohne Verfahren hingerichtet wurden.

Militärs in der Defensive

Angesichts der Prozesslawine, die daraufhin über sie hereinbrach, gerieten die Militärs deutlich in die Defensive. Auch die Versuche der zivilen Regierung, die öffentliche Debatte einzugrenzen, fruchtete nicht länger. Im Gegenteil. Mit Untersuchungsrichter Juan Guzmán Tapia hatte die Regierung einen eigenen

Baltasar Garzón ernannt, der nunmehr unerbittlich gegen den ehemaligen Diktator ermittelte und Pinochet vorübergehend auch in Chile unter Hausarrest zu stellen vermochte. Der Versuch seiner Anwälte, Pinochet für altersschwachsinnig und daher prozessunfähig erklären zu lassen, blieb zunächst ohne Erfolg.

In dieser Situation erwog das chilenische Militär Anfang 2001 einen juristischen Befreiungsschlag, der sich jedoch zum politischen Rohrkrepierer entwickeln sollte. Das Militär wolle nun endlich Rechenschaft über das Schicksal der Verschwundenen ablegen, um seinen Beitrag an der Aufarbeitung der Vergangenheit zu leisten, hieß es gönnerisch am sogenannten Dialogtisch. Mit Hilfe der zivilen Regierung sollte es damit gelingen, die Ermordung der Verschwundenen festzuschreiben, die Beteiligung des Militärs zuzugeben, aber dadurch gleichzeitig von der Amnestie geschützt zu bleiben. Ein Schachzug, der im juristischen Sinne Erfolg versprechend schien.

Anfang Januar 2001 schließlich legten die Streitkräfte der Regierung ihren Bericht vor. Von über 1.000 Verschwundenen behandelte der Bericht gerade 180, eben jene Fälle, in denen es zu Anklagen gegen Militärs gekommen war. Für 49 von ihnen wurden mögliche Orte von Gräbern angegeben, in denen die Leichen verscharrt worden waren. Die übrigen 131 seien aus Hubschraubern über dem Meer, über Vulkanen und Seen abgeworfen worden. Bei näherer Durchsicht erwies sich gerade für diese Fälle das Material als frei erfunden. Todesdaten wurden aufgeführt, zu denen die Opfer noch nicht einmal verhaftet worden waren oder noch danach Briefe aus der Haft geschmuggelt hatten. Gräber wurden ausgewiesen, in denen keine Leichen gefunden wurden.

Als im Mai schließlich der Prozess gegen Pinochet "wegen fortschreitenden Altersschwachsinns" eingestellt werden musste, ergriff eine Welle der Entrüstung das Land. Tausende versammelten sich in den Straßen, um ein Ende der Straffreiheit und die Verurteilung Pinochets zu fordern.

Heute ist es in der öffentlichen Diskussion nicht länger möglich, die Menschenrechtsverbrechen auf die Morde der Diktatur zu beschränken. Tausende Folteropfer bereiten Anzeigen gegen die Täter vor. Pinochet selbst wird zwar nicht mehr vor Gericht erscheinen, seine Autorität hat er jedoch längst verloren. Wichtig bleibt, die Opfer zu rehabilitieren und die Schlächter aus der zweiten und dritten Reihe zur Verantwortung zu ziehen. Nicht zufällig haben bei den Präsidentschaftswahlen Tausende Jugendliche den Namen Baltasar Garzón quer über ihren Stimmzettel geschrieben. Der Kampf gegen die Straflosigkeit hat insofern gerade erst begonnen.

Knut Rauchfuss

In der nächsten ak behandelt unser Autor den Kampf gegen die Straflosigkeit in Argentinien.

20. "Sämtliche göttlichen Gebote ..." Afghanische Frauen fürchten Nordallianz

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:27

Dass der Sturz der Taliban in Afghanistan gerade aus Frauensicht ausschließlich zu begrüßen ist, ist unstrittig. Doch dass die siegreiche Nordallianz die Interimsregierung und damit die Zukunft Afghanistans maßgeblich mitbestimmt, weckt schlimmste Befürchtungen: Schließlich hat man von 1992-1996 damit Erfahrungen gesammelt, was es heißt, als Frau unter der Nordallianz zu leben. "Eine gewalttätige Gruppe, die Taliban, ist durch eine andere, die Nordallianz, ausgewechselt worden", so eine RAWA-Mitarbeiterin. Ein Austausch von Figuren statt neues Spiel und neues Glück - so scheint vorläufig die ernüchternde Bilanz nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan auszusehen.

Die afghanische Verfassung hatte Frauen fundamentale Gleichheitsrechte zugesichert. 75% aller Studierenden an den Universitäten Kabul und Jalalabad waren Frauen. Dies änderte sich im Jahr 1992, drei Jahre nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, schlagartig, als anti-sowjetische Mudjaheddin-Gruppen die Macht übernahmen. Der Gleichheitsgrundsatz wurde aus der Verfassung gestrichen, ebenso das Recht auf Bildung und Arbeit für Frauen. Frauen wurden aus dem öffentlichen Dienst verbannt. Von nun an hatten sie sich nur noch mit bedecktem Kopf und weiter Kleidung in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Repression der Islamisten galt insbesondere formal gebildeten und berufstätigen Frauen.

Zwei Jahre nach der Machtübernahme der Islamisten wurde eine Fatwah, also ein verbindlicher Verhaltenscodex, zur Frauenfrage erlassen. In dieser Fatwah wurden Bildung und Alphabetisierung von Frauen als "Quelle der Verführung und Verworfenheit" bezeichnet und festgestellt, für Frauen bestehe keine Notwendigkeit, das Haus zum Zweck des Erwerbs zu verlassen. Dies war fortan nur noch unter Einhaltung bestimmter Bedingungen, die sich vor allem auf Kleidung und Verhalten bezogen, möglich. Zu diesen Bedingungen gehörten die Genehmigung des Ehemannes und die Begleitung eines männlichen Verwandten. Frauen sollten keinen fremden Menschen anschauen und nur aus zwingenden Gründen mit einem solchen sprechen. Hielten sie sich nicht an die Vorschriften, waren sie praktisch vogelfrei: Jeder "Gläubige", der befand, eine Frau hätte gegen eine der zahlreichen Regeln verstoßen, hatte freie Hand, diesen Regelverstoß mit Gewalt zu ahnden - bis zum Tod.

Wörtlich heißt es in der Fatwah: "Von den Verantwortlichen in Staat und Regierung wird entschieden gefordert, dass sämtliche göttlichen Gebote, besonders das Gebot der Verschleierung der Frau unverzüglich zu verwirklichen sind, die Frauen aus den Büros zu entfernen und Schulen für Frauen - in Wirklichkeit Zentren des Ehebruchs und der Prostitution - zu schließen sind." (1)

Die Machtübernahme 1992 war der Beginn des islamisch-afghanischen Staates und leitete eine weitere Etappe des Krieges in Afghanistan ein, diesmal zwischen den rivalisierenden Mudjaheddin-Gruppen. Auf Regierungsebene spielte sich der Kampf vor allem zwischen dem Paschtunenführer Gulbuddin Hekmatyar von der fundamentalistischen Gruppierung Hezb-e-Islami auf der einen Seite und der tadschikischen Partei Jamiat e-Islami mit Burhanuddin Rabbani, dem neuen afghanischen Präsidenten, und Milizenführer Ahmed Schah Massud auf der anderen Seite ab.

Der Kampf zwischen den verschiedenen fundamentalistischen Gruppierungen führte vor allem auf dem Land dazu, dass einzelne Kriegsherren mit ihren Milizen bestimmte Gebiete kontrollierten und ihre lokale Herrschaft über Waffen-, Drogenhandel, Schmuggel etc. finanzierten - und mit brutaler Gewalt absicherten: Plünderungen, Morde und insbesondere Vergewaltigungen und das Verschleppen von Mädchen und Frauen wurden systematisch als Kriegstaktik gegen rivalisierende Gruppen zum Einsatz gebracht. Steinigungen und öffentliches Auspeitschen gehörten in den Regionen, in denen sich die Warlords selbst als Rechtsprechung und Richter einsetzten, ebenfalls zum Alltag. Die rivalisierenden Mudjaheddin-Gruppen schlossen sich schließlich zum Zweckbündnis Nordallianz zusammen, um den Vormarsch der Taliban zu stoppen - bis zum Bombardement der USA weitgehend erfolglos.

Mit dem Einmarsch der Taliban in Kabul am 27.9.1996 wurde die durch die Fatwah legitimierte Repression gegen Frauen bekanntlich systematisiert. Jede Frau wurde zur potenziellen Zielscheibe für die Angriffe der Taliban-Milizen, für Amputationen, Steinigungen, Hinrichtungen. Frauen durften von nun an nur noch mit

Burka, dem Ganzkörperschleier, die Straße betreten. Frauen durften weder an Schulen noch an Universitäten unterrichtet noch in allgemeinen Krankenhäusern behandelt werden. Um ausgepeitscht zu werden, reichte es aus, einen unbedeckten Fußknöchel zu zeigen. Selbst laut zu lachen war Frauen verboten; Orts- und Straßennamen, die das Wort "Frau" enthielten, wurden umbenannt - Frühlingsgarten statt Frauengarten beispielsweise: Die Liste der ebenso lächerlichen wie verbrecherischen Taliban-Verordnungen ließe sich noch lange fortsetzten.

Für Frauen ohne Mann wurden die Verfügungen der Taliban lebensgefährlich; denn sie verfügten über keinerlei Einkommen, durften aber das Haus nicht einmal zum Einkaufen verlassen. Alleine in Kabul sollen 30.000 Kriegswitwen ohne Einkommensquelle leben. Abgesehen von der akuten Repression und Bedrohung sind die psychischen Langzeitfolgen für Frauen brutal: Die große Mehrheit sei depressiv, ein Viertel denke regelmäßig an Suizid (2). Die Lebenserwartung der afghanischen Frauen ist eine der niedrigsten weltweit: zwischen 42 und 43 Jahren.

Nicht nur die Frauenorganisation RAWA äußert bei jeder Gelegenheit ihre massiven Befürchtungen gegenüber einer Nordallianz-dominierten Regierung in Afghanistan. Auch die Allianz der Demokratie in Afghanistan stellt fest:

"Die Kriegsgefahr, auch unter Mitgliedern der ‚Nordallianz` selbst, muss sehr ernst genommen werden. Die Verantwortung für in Zukunft wohl vermeidbare Kriege in Afghanistan tragen diejenigen, die die Voraussetzungen für die Machtübernahme und Herrschaft der Mudjaheddin-Kommandeure und Führer in Afghanistan geschaffen haben."

Stefanie Gräfe

Anmerkungen:

1) Zit. n. Kiechle 1998

2) Vgl. Suyyagh 2002

3) Allianz der Demokratie in Afghanistan

Quellen:

Allianz der Demokratie in Afghanistan

http://www.demokratie-afghanistan.de/2001/deu/konferenz.html

Amnesty international: Women in Afghanistan. A human rights catastrophe.

www.amnesty.org/alib/intcam/afgan/afg10.htm

Brigitte Kiechle: Der Staat als Frauengefängnis - Frauen in Afghanistan, in: Soz-Sozialistische Zeitung, Nr.3/98

Stephan Massing: Afghanistan: Geschichte seit 1747. Südasien Online

http://www.suedasien.net/laender/afghan/geschichte.htm

RAWA: "Die ‚Nord-Allianz`: Die Verbrecher gegen die Menschenrechte. Stellungnahme der Revolutionären Vereinigung der Frauen Afghanistans (RAWA) anlässlich des internationalen Tages der Menschenrechte, 10. Dezember 2001

Michaela Schlagenwerth: "Viele sind wirklich verrückt geworden." Ein Gespräch mit einer Aktivistin der afghanischen Frauen-Selbsthilfeorganisation Rawa. Berliner Zeitung, 22.12.2001

Dana Suyyagh: Women after the wars in Afghanistan, in: Red Pepper January 2002

www.redpepper.org.uk/x-women-afterwars.htm

21. "Das Pendant der Fundamentalisten". Interview mit einer RAWA-Aktivistin zur gegenwärtigen Situation in Afghanistan

Autor: Martin und Sascha Himmel · Rubrik: Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:18

RAWA, der Verband Revolutionärer Frauen Afghanistans, arbeitet seit 1977 als unabhängige, politische Organisation afghanischer Frauen "für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Afghanistan". Nachdem sie bis zum 11. September von der Weltöffentlichkeit praktisch kaum beachtet wurde, avancierte die Organisation inzwischen in den Medien hier zu Lande zum Synonym für den demokratischen afghanischen Frauenwiderstand gegen das Taliban-Regime. Wir dokumentieren im folgenden ein Interview von der RAWA-Homepage in einer leicht gekürzten und bearbeiteten Fassung, das Ende Dezember mit einer RAWA-Aktivistin durchgeführt wurde.

Im deutschen Fernsehen waren Bilder vom Einzug der Nordallianz in Kabul zu sehen. Die Menschen haben gefeiert. Männer haben sich rasiert, Frauen angeblich ihre Schleier weggeworfen. Wie ist eure Sicht der Dinge?

RAWA: Ja, die Leute sind sehr glücklich, sie tanzen und singen, aber nicht wegen der Ankunft der Nordallianz, sondern wegen des Zusammenbruchs des schrecklichen Taliban-Regimes. Die Anwesenheit der Nordallianz in der Stadt hat die meisten Menschen sehr erschreckt, denn sie werden die haarsträubenden Verbrechen der Nordallianztruppen während ihres Terror- und Vergewaltigungsregimes von 1992-1996 niemals vergessen.

Wie ist die Lage in den Flüchtlingslagern in Pakistan?

In Pakistan befinden sich etwa zwei Millionen Flüchtlinge. Hunderttausende kamen nach den Bombenangriffen der USA und dem Einmarsch der Nordallianz in Kabul noch dazu. 99% von ihnen wollen unbedingt nach Afghanistan zurückkehren, sobald wirklicher Frieden und Sicherheit in dem noch verwüsteten Land herrschen.

Wie haben sich die Bedingungen der Arbeit für Frauenrechte nach dem Sturz der Taliban verändert?

Für uns ist die Nordallianz das Pendant der Fundamentalisten; deshalb sind für uns Freiheit, Demokratie und Frauenrechte noch immer sehr wichtig und stehen oben auf der Tagesordnung. Die Schlüsselministerien in der Übergangsregierung sind alle in der Hand der Nordallianz. Die Frauen in der Übergangsregierung können die unterdrückten afghanischen Frauen leider nicht repräsentieren: Dr. Seema Samar ist ein Führungsmitglied der Wahdat Partei, einer pro-iranischen Fundamentalistenpartei, deren schreckliche Vergangenheit von vielen, u.a. von Amnesty International dokumentiert wurde. Sie ist eine ethnisch orientierte, engstirnige Politikerin, die nur an den Hazara und Schiiten interessiert ist. Wer nicht den Hazaras angehört, dem ist sie feindlich gesonnen. Ihre gründlichen Versuche, RAWA zu verunglimpfen, machen uns nichts aus. Wir müssen versuchen, sie zu entlarven, weil sie mit so einer mörderischen Partei in Verbindung steht. Dr. Sohaila Seddiq ist eine bekannte Parchamitin, d.h. sie kommt aus einer pro-sowjetischen Marionettenpartei. Ihr Opportunismus ging so weit, dass sie außerdem sowohl mit den Jehadis (Nordallianz) als auch mit den verbrecherischen Taliban zusammenarbeitete.

Vielleicht haben Sie davon gehört, dass das deutsche Parlament einen kleinen Streit darüber hatte, ob deutsche Truppen nach Afghanistan geschickt werden sollen. Man entschied, dass die Truppen geschickt werden. Gibt es etwas, das Sie den Deutschen zu diesem Thema sagen möchten?

Die auf Grund ihrer Verbrechen zu Recht berüchtigte Nordallianz muss kontrolliert werden, und man darf nicht erlauben, dass sie erneut mit dem Schicksal unseres Volkes spielt. Deshalb begrüßen wir es, wenn die UNO Friedenstruppen nach Afghanistan entsendet. Tatsächlich plädiert RAWA schon lange dafür, dass die UNO in Kabul und anderen Städten Frieden und Ordnung aufrecht erhält. Wir halten es nicht für problematisch, wenn auch deutsche Soldaten als Teil der UNO-Friedenstruppen in Afghanistan eingesetzt werden. Truppen aus Russland, dem Iran, Pakistan, der Türkei, Indien und selbst aus Frankreich werden hingegen von den meisten Afghanen nicht gerne in unserem Land gesehen, weil diese Länder die afghanischen Fundamentalisten in der Vergangenheit mehr oder weniger unterstützt haben.

Wenn jedoch Truppen aus Deutschland oder aus anderen Ländern versuchen, übertrieben lange zu bleiben, um damit eigene Interessen zu verfolgen, wäre es oberste humanitäre und demokratische Pflicht der gerechtigkeitsliebenden Deutschen und auch der Menschen in den anderen Ländern, sich an der Seite der Afghanen gegenüber ihren Regierungen gegen einen dauerhaften Einsatz ihrer Truppen einzusetzen.

Gibt es noch etwas, was Sie uns mitteilen möchten?

Wir möchten die Aufmerksamkeit der Deutschen darauf lenken, dass, obwohl das Taliban-Regime nicht mehr in Afghanistan herrscht, nun die mörderischen fundamentalistischen Banden der Nordallianz, die wir schon einmal in unserer Geschichte erlebt haben, an ihre Stelle getreten sind. Als Teil der demokratisch gesinnten Kräfte in Afghanistan wird RAWA weiter für Demokratie und Frauenrechte kämpfen. Wir appellieren an alle freiheitsliebenden Organisationen und Menschen in Deutschland, uns bei unserem Kampf zu unterstützen.

Das Interview führten Martin und Sascha Himmel.

http://www.rawa-germany.de

Spendenkonto:

Sparkasse Coesfeld

BLZ 4015430

Konto 852593245

Verwendungszweck:"RAWA + Adresse "

(für Spendenquittung)

22. Der Präsident und die sieben Linken. Frankreichs Linksparteien wollen Chirac ablösen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:14

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen treten traditionell auch von vornherein aussichtslose KandidatInnen an, um die öffentliche Aufmerksamkeit für ihre eigene Profilierung und die ihrer Partei zu nutzen. Diesmal gibt es allein vier Bewerber und eine Bewerberin aus dem Regierungslager, der von Jospin geführten Koalition der "pluralen Linken". Zusammen mit den beiden trotzkistischen KandidatInnen (siehe gesonderten Artikel) gehören also sieben BewerberInnen der Linken (im weitesten Sinne) an. Gewählt wird in zwei Wahlgängen, am 21. April und 5. Mai.

Als letzter verkündete der einzige aussichtsreiche Kandidat, dass er zur Präsidentschaftswahl antritt: der sozialdemokratische Premierminister Lionel Jospin, der bis Anfang Dezember die Rolle des nur auf seine nächsten Aufgaben konzentrierten Regierungschefs gespielt hatte.

Das wichtigste Wahlkampfthema der französischen Sozialdemokraten wird die Leistungsbilanz der im Frühsommer 1997 angetretenen Koalitionsregierung sein. Zu diesem Zweck haben sie bereits sechs Millionen Broschüren mit dem Titel "Unsere Bilanz 1997 - 2002" drucken lassen. Erfolge sieht die größte Regierungspartei einerseits auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet, wo sie sich zugute hält, wirtschaftliche "Vernunft" - im Sinne der in allen EU-Ländern dominierenden marktliberalen Rationalität - mit sozialem Ausgleich verbunden zu haben. Tatsächlich wirkt die französische Regierungstätigkeit im Vergleich zu der von Blair und Schröder relativ stark von politischem Voluntarismus geprägt. So hat die Koalition seit dem Jahreswechsel 1999/2000 die 35-Stunden-Woche als gesetzliche Regelarbeitszeit eingeführt und rund 300.000 staatlich finanzierte - wenngleich zeitlich befristete und eher schlecht (meist mit dem gesetzlichen Mindestlohn) bezahlte - Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen.

Die Festschreibung der 35-Stunden-Woche als Norm, die seit dem 1. Januar auch für die kleinen Betriebe gilt, war Teil eines Tauschgeschäfts mit den modernisierungswilligen Teilen der Kapitalvertreter, denen dafür im Gegenzug die Einführung flexibler, je nach Bedarf des Betriebs variabler Arbeitswochen gestattet wurde.

Jospin feiert seine Erfolge

Zugute kommt der Bilanz der Jospin-Regierung der Rückgang der Arbeitslosigkeit (um 960.000 Erwerbslose seit 1997), der jedoch vor allem auf einen seit dem Antritt der Jospin-Regierung anhaltenden konjunkturellen Aufschwung zurückzuführen ist. Zwar hat die Zahl der Erwerbslosen abgenommen, gleichzeitig jedoch die der "working poor" zugenommen, wie jüngst selbst der französischen Boulevardpresse zu entnehmen war. Dass das wohl so bleibt, dafür sorgt die Entscheidung von Wirtschafts- und Finanzminister Laurent Fabius vom Frühjahr 2001, statt einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC lieber die "negative Steuer" einzuführen, die einst durch Milton Friedman propagiert wurde. Es handelt sich dabei um eine Art Steuerkredit: Die ersten paar tausend Francs Steuern, die die BezieherInnen niedriger Einkommen (maximal des 1,3fachen des Mindestlohns) bezahlen müssten, erhalten sie zurück, damit ein deutlicher Abstand zu den Arbeitslosengeld- und Sozialhilfezahlungen geschaffen wird. Aus der Kapitalperspektive bringt das einen doppelten Vorteil: Die niedrigen Löhne bleiben niedrig, denn den "Abstand" bezahlt der Steuerzahler; und es wird ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme auch bei Niedriglöhnen. Der am 10. Dezember veröffentlichte neue Vorschlag der Sozialisten, Jugendlichen nunmehr öffentlich geförderte befristete Stellen zur Wahrnehmung "sozial nützlicher" Aufgaben mit einer Bezahlung von monatlich 2.500 Francs (400 Euro) anzubieten, wird an diesem Gesamtbild nicht viel ändern.

Das zweite große Wahlkampfthema wird die Innere Sicherheit sein. Hier hat die Sozialdemokratie mit dem am 15. November (mit Zustimmung der Rechtsopposition, aber gegen die Grünen und bei Enthaltung der KP) verabschiedeten "Gesetz zur Inneren Sicherheit im Alltag" den nach Repression rufenden Teilen der Öffentlichkeit einiges zu bieten: von Sonderbestimmungen gegen Schwarzfahrer und gegen die Praxis Jugendlicher in den maroden Trabantenstädten, sich mangels anderer Treffpunkte in den Hauseingängen von Hochhäusern zu versammeln, bis zu erheblich erweiterten Sonderbefugnissen für Polizei, Justiz und auch private Sicherheitsdienste. Letztere werden mit den Erfordernissen der Terrorismus-Bekämpfung legitimiert.

Jedoch dürfen Beweismittel, die bei Durchsuchungen in diesem Zusammenhang gefunden werden, aber auf geringere Straftaten hindeuten, künftig ebenfalls verwertet werden.

Die Juniorpartner der Jospin-Koalition, die Kommunistische Partei und die Grünen, haben bereits vor Monaten ihre Bewerber ins Rennen geschickt. Die Grünen nominierten ihren Kandidaten schon am 20. Juni vergangenen Jahres. Bei der Urabstimmung der Mitglieder unterlag der prominente ehemalige Fernsehjournalist Noël Mamère, der großen Teilen der grünen Basis als zu stark auf Medienwirkung ausgerichteter Vertreter des sozialliberalen und modernistischen Flügels erschien. So setzte sich zunächst der Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz durch, der eher zum Mitte-Links-Spektrum der Grünen zählt, nachdem er in den Siebziger Jahren noch einer maoistischen Gruppe angehört hatte. Doch Lipietz machte in der Folgezeit eine ausgesprochen schlechte Figur: Nicht nur seine ausgeprägte Arroganz ließ ihn in schlechtem Licht erscheinen; hinzu kamen zweideutige Aussagen über die Umtriebe autonomistischer Terroristengruppen auf Korsika. Le Monde enthüllte, dass Lipietz 1989 der korsisch-nationalistischen Untergrundbewegung FLNC ihr Wirtschaftsprogramm geschrieben hatte. Obwohl von einem "Europa der Regionen" traditionell begeistert, war das den Grünen denn doch zu viel, stand ihnen damit doch eine Gewaltdebatte ins Haus.

Die klare Präferenz der Medien für Mamère tat das Ihre. Nach den katastrophalen Umfragewerten für Lipietz im Frühherbst wurde dieser geschasst, und Ende Oktober nominierten die Grünen doch noch Mamère, dessen Umfrageergebnisse sich (nach zuletzt nur noch 2 Prozent für Lipietz) auf durchschnittlich 7 Prozent verbesserten.

Ein grüner Kandidat zweiter Wahl

Die französische KP entschied im September ebenfalls per Urabstimmung über ihren Präsidentschaftskandidaten. Am Ergebnis bestanden von vornherein wenig Zweifel, da dem damaligen Parteichef Robert Hue neun kaum bis gar nicht bekannte BewerberInnen gegenüberstanden. Erwartungsgemäß gewann Hue, der am letzten Oktobersonntag vom 31. Kongress der französischen KP nominiert wurde.

Offensichtlich will die KP nicht als zeitgeistorientierte und durch modische Äußerlichkeiten um Sympathie werbende Partei wirken wie noch anlässlich der Europaparlamentswahlen 1999, als sie mit einer politisch kaum identifizierbaren Liste antrat: Darauf tummelten sich Befürworter wie Gegner des NATO-Kriegs in Jugoslawien, sozialliberale Polit-Profis und Vertreter sozialer Bewegungen. Diesmal scheint die Parteispitze rechtzeitig Warnsignale von der Basis empfangen zu haben. Robert Hue hat seinen Wahlkampf in den letzten Wochen mit einer Frankreich-Tournee "zu den Kommunisten" begonnen, um zunächst die eigene, der Regierungspolitik immer kritischer gegenüberstehende Basis zu mobilisieren. Allgemein wird erwartet, dass die KP sich im Wahlkampf mehr als Oppositions- denn als Regierungspartei zu präsentieren versucht - fällt es doch schwer, in der Bilanz der Regierung spezifische Erfolge der KP auszumachen.

Das Wählerpotenzial der KP wird aber nicht nur von den trotzkistischen Parteien angeknabbert, sondern auch von einem Kandidaten, der nur mit einem Bein auf der Linken und mit dem anderen auf der Rechten steht. Der Linksnationalist Jean-Pierre Chevènement, Kopf der Kleinpartei "Bewegung der Citoyens" (MDC) - eine 1992/93 konstituierte Maastricht-feindliche Abspaltung der französischen Sozialdemokratie -, profiliert sich vorwiegend mit Kritik an der EU und den USA, am neoliberal deregulierten Kapitalismus bzw. an der Vorherrschaft der Finanzmärkte und mit einem Diskurs für die "Wiedererlangung der Souveränität".

Damit gewinnt er Sympathien bis hinein in das KP-Umfeld und den Gewerkschaftsbund CGT, da die Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse durch die EU-Entwicklung sowie die Deregulierung hier als Bedrohung wahrgenommen werden. Andererseits kann Chevènement auch auf primär nationalistisch motivierte Zustimmung von rechts bauen, die er gezielt mit einem patriotisch-nostalgischen Diskurs mobilisiert - und, derzeit, mit einer sehr plakativen Ablehnung der Euro-Einführung. Er bleibt dabei aber im Wesentlichen bei der Idee stehen, dass die Regulierungsformen des Kapitalismus etwa im Jahre 1965 oder 1970 - mit größeren nationalstaatlichen Spielräumen, mit fordistischen Strukturen und damit zentralistischer Planungsfähigkeit, mit staatlicher Förderung der Großindustrie - jenen des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts vorzuziehen seien. Das mag im Hinblick auf manche Aspekte zwar aus Beschäftigtenperspektive nachvollziehbar sein, ergibt aber noch keinerlei politisches Projekt - außer wenn man den Rückbezug auf eine glorifizierte Vergangenheit für ein solches hält.

Realpolitisch tritt Chevènement eifrig für die staatliche Förderung großindustrieller Projekte ein, vor allem auch für einen erneuten Ausbau der Nuklearindustrie. Auch von neumodischem Schnickschnack wie Arbeitszeitverkürzung hält Chevènement wenig. Dagegen soll bei der Ankurbelung der Wirtschaft auch für die abhängig Beschäftigten, namentlich die Facharbeiter, etwas abfallen. So will Chevènement den gesetzlichen Mindestlohn (derzeit 5,27 Euro pro Arbeitsstunde) und die unteren Lohngruppen binnen fünf Jahren um immerhin 25 Prozent angehoben wissen.

Die KP als Regierungspartei in der Opposition

Auf diese Weise konnte Chevènement eine Koalition von Unterstützern aufbauen, die von manchen (ehemaligen) Protagonisten des besonders "orthodoxen" Flügels der KP bis hin zu konservativen Rechtsauslegern reicht. Dabei ist allerdings das Gewicht der rechten Kräfte heute deutlich größer als das der Traditionssozialisten. Auf der Linken gelang es Chevènement bisher nur, eine Hand voll prominenter Köpfe anzuziehen. So konnte er den ultra-orthodoxen ehemaligen KP-Abgeordneten Rémy Auchédé gewinnen, in den Siebziger und Achtziger Jahren noch Mitglied im Zentralkomitee der pro-sowjetischen Partei. Eher von der entgegengesetzten Seite innerhalb der KP stieß Anicet Le Pors zu ihm; Le Pors, 1981 bis 1984 Minister unter Präsident Mitterrand, verschrieb sich später einer reformistisch-patriotischen Politikvision. Daneben arbeitet Chevènement der ehemalige KP-Journalist Pierre Lévy zu, der im September 2001 definitiv aus der KP ausgetreten ist. Lévy gibt, zusammen mit einer Hand voll von Getreuen, eine aufwendig gemachte Monatszeitung namens Bastille - République - Nation heraus. Deren Weltbild zufolge hätten heute die politischen Kategorien Links und Rechts keine Bedeutung mehr, wenn es um die bedrohte nationale Souveränität gehe. Dabei wird die Situation des Zweiten Weltkriegs und des Résistance-Bündnisses gegen die Nazibesatzung auf die heutige Situation übertragen, abwechselnd mit den USA oder der EU-Hegemonialmacht BRD in der Rolle der Besatzungsmacht. Lévy predigte in seinem im vorletzten Jahr erschienenen gleichnamigen Buch Bastille, République, Nation auch das strategische Bündnis mit dem konservativen Rechtsaußen Charles Pasqua, der sich ebenfalls die Verteidigung der - seiner Meinung nach eher von den USA - bedrohten Nation auf die Fahnen geschrieben hat. Im übrigen haben sich auch Einzelne von Deutschlands "Antideutschen" in diese Gefilde verirrt: Seit einiger Zeit schreibt in Lévys Sektenzeitung Matthias Küntzel aus Hamburg eine monatliche Kolumne voll.

Die überwiegende Mehrheit der Kader in Chevènements Unterstützerkoalition kommt allerdings von rechts. Neben einer Reihe historischer "Barone" des Gaullismus wie Jean Foyer schlossen sich ihm auch bürgerliche Rechtsaußen-Figuren wie Michel Pinton an. Dieses ehemalige Gründungsmitglied der konservativ-liberalen UDF in den Siebziger Jahren zählte in den Neunziger Jahren zu den lautstarken Befürwortern einer Allianz der bürgerlichen Rechten mit den Neofaschisten unter Jean-Marie Le Pen und 1999 zu den Anführern der Mobilisierung gegen den PACS (eine eingetragene Lebensgemeinschaft für homosexuelle, aber auch andere nicht verehelichte Paare). Selbst die monarchistische Gruppierung Action française erklärte im Spätherbst 2001 ihr "Interesse" am Diskurs Chevènements, da dieser die Nation in den Mittelpunkt stelle - wenngleich sie einige Tage später nachsetzte, zu seiner Wahl werde man nicht aufrufen, weil man die Republik ablehne.

Ein großer Brocken von Chevènements Unterstützer-Allianz besteht ferner aus ehemaligen Herolden des nationalpopulistischen Ex-Innenministers Charles Pasqua, darunter der Europaparlamentarier William Abitbol. Wie überhaupt ein gut Teil der potenziellen Wählerschaft Chevènements sich aus dem Publikum rekrutieren dürfte, das die rechten EU-feindlichen Nationalisten Charles Pasqua und Philippe de Villiers - ihre gemeinsame Liste zur Europaparlamentswahl 1999 hatte 13,1 Prozent erhalten - um sich geschart hatten. Denn der ehemalige nationalpopulistische Wortführer Charles Pasqua ist als politischer Konkurrent nahezu ausgeschaltet, da er seit Anfang 2001 bis über beide Ohren in schwere Justizskandale - es geht u.a. um internationalen Waffenhandel und das Schüren von Kriegen in Afrika - verstrickt ist. Aus der Wählerschaft, die er hinter seinem patriotischen Fähnlein gesammelt hatte, dürfte Chevènement sich in diesem Jahr bedienen.

Linksnationalist Chevènement als dritter Mann

Und schließlich erklärte ihm im Spätherbst noch eine historische Figur seine Unterstützung: Pierre Poujade, der in den Fünfziger Jahren die kleinbürgerlich-reaktionäre Protestbewegung gegen wirtschaftliche Modernisierung und Steuern anführte, die unter dem Namen "Poujadismus" berühmt geworden ist. (Zu ihren Abgeordneten in den späten Fünfziger Jahren zählte ein gewisser Jean-Marie Le Pen.) Poujade hatte bei der letzten Präsidentenwahl 1995 den damaligen konservativen Populisten Jacques Chirac unterstützt. Aus seiner

Zeit als Innenminister, der von 1997 bis 2000 meist für repressive Härte eintrat, hat Chevènement ein Law-and-Order-Profil behalten; selbst frühere Teile des neofaschistischen Wählerpublikums scheint er anzuziehen. Entsprechend konzentrieren sich die Rechtsextremen in ihrer Presse zur Zeit ganz besonders darauf, sich von Chevènement abzugrenzen, und suchen ihn angestrengt als "falschen" Nationalisten zu demontieren. Die große bürgerliche Presse hat unterdessen ihr Interesse im Vorwahlkampf weitgehend auf Chevènement konzentriert, der damit heute mit Fug und Recht als der "Kandidat der Medien" bezeichnet werden kann. (Als solchen hatte Chevènement 1999 den ihm verhassten, neoliberalen grünen Kandidaten zum Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, bezeichnet.)

Seitdem Chevènement sich mit seiner Kandidatur-Erklärung vom 9. September 2001 in den Wahlkampf stürzte, kann er auf Umfragewerte von 10 bis 12 Prozent bauen. Er wird derzeit als der aussichtsreichste "dritte Mann" neben Jospin und Amtsinhaber Jacques Chirac gehandelt.

Schließlich bemüht sich auch noch die kleinste der Parteien der Regierungskoalition um Profilierung bei der Präsidentschaftswahl. Der PRG ist trotz seines Namens (Parti radical de gauche/ "Radikale Partei der Linken"), der immer wieder ohne Erklärung in der deutschsprachigen Presse herumgeistert und daher notwendig Verwirrung stiftet, aber keine linksradikale oder alternative Kraft, sondern der Überrest einer liberalen Partei aus dem 19. Jahrhundert; "Radikale" hießen damals die antiklerikalen Liberalen. Als bürgerliche Partei mit gewissen regionalen Traditionen - sie ist vor allem in Südwestfrankreich verankert - steht sie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf der rechten Seite der Regierungskoalition. Normalerweise repräsentiert sie maximal zwei Prozent der Wählerstimmen, doch da sie oft auch Polit-Karrieristen anzieht, gelingt ihr mitunter ein Glücksgriff. Das war zum letzten Mal bei der Europaparlamentswahl 1994 der Fall, als sie den populistischen Millionär und Fußball-Sponsor Bernard Tapie aufstellte, der über 10 Prozent der Stimmen holte.

Im laufenden Vorwahlkampf versucht der PRG durch einen "Farbtupfer" auf sich aufmerksam zu machen. Am 1. Dezember 01 nominierte ein Parteikongress in Toulouse die schwarze Wirtschaftswissenschaftlerin Christine Taubira - bisher Abgeordnete des französischen Übersee-Bezirks Guyana - zur Präsidentschaftskandidatin, die der ansonsten todlangweiligen Partei ein unkonventionelles Erscheinungsbild geben soll.

Den Kongressdebatten nach zu schließen, hat sie aber derzeit geringe Chancen, überhaupt bis in den ersten Wahlgang am 21. April zu kommen. Denn es könnte an den erforderlichen 500 Unterstützungs-Unterschriften hapern, weil die Parteiprominenz des PRG für die Unterstützung der Kandidatin nur bedingt zur Verfügung steht. Einerseits haben viele PRG-Bürgermeister bereits für Jean-Pierre Chevènement unterschrieben. Zum anderen bevorzugt das Regierungspersonal der Partei, an erster Stelle der PRG-Forschungsminister Roger-Gérard Schwartzenberg, offen eine direkte Unterstützung für Regierungschef Jospin schon im ersten Wahlgang. Wie es heißt, um dem sozialdemokratischen Premierminister realistische Chancen zu geben, im ersten Anlauf die symbolische 20-Prozent-Marke zu überspringen.

Bernhard Schmid, Paris

23. Die trotzkistischen Parteien: LCR und LO

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:02

Die französische KP steht auch von links unter Druck. Die beiden trotzkistischen Parteien LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) und LO (Lutte Ouvrière, "Arbeiterkampf") wollen sowohl zur Präsidentschafts- als auch zur Parlamentswahl antreten. Allerdings benötigt jedeR BewerberIn für das höchste Staatsamt die Unterschriften von 500 Mandatsträgern der Republik, d.h. von Bürgermeistern oder Abgeordneten.

Beide radikal-linken Parteien zusammen weisen inzwischen ein Wählerpotenzial von mindestens 7 Prozent auf. Es ist damit inzwischen etwas größer als das der KP und speist sich zum Teil aus früheren KP-WählerInnen, die über die Regierungsbeteiligung ihrer Partei enttäuscht sind. Dabei dürfte das Gros dieser Stimmen an die LO-Kandidatin Arlette Laguiller gehen, die mit dem Slogan wirbt: Toujours dans le camp des travailleurs ("Immer auf der Seite der Arbeitenden"). "Arlette" - das Publikum nennt sie als einzige Kandidatin beim Vornamen - war seit 1974 bei allen Wahlen vertreten. Ihr Schwerpunkt sind sozial- und wirtschaftspolitische Themen, insbesondere Fragen der Verteilungs(un)gerechtigkeit. Die Wählerschaft, die LO mit ihren einfachen Slogans zur sozialen Lage der Arbeiter und der Erwerbslosen anziehen konnte, ist seit Mitte der Neunziger Jahre bedeutend gewachsen. Diese Wählerschaft ist heterogen; sie besteht zu rund rund 40 Prozent aus ehemaligen Links-, vor allem KP-WählerInnen, während weitere 40 Prozent bisherige NichtwählerInnen waren. Ein sehr kleiner Teil der LO-Wählerschaft sind "Protestwähler", die auf Grund der Krise und Spaltung des Neofaschismus nicht mehr Le Pen wählen.

Linksradikales Potenzial größer als das der KP

Lutte Ouvrière ist, streng genommen, nur die auf Wahlen und "Massenpolitik" hin orientierte Vorfeldorganisation der Union communiste (trotzkyste). Diese hat ihre oft extrem sektiererischen Positionen teilweise korrigiert. So beteiligt sich LO seit etwa drei Jahren regelmäßig an antirassistischen Demonstrationen für die Rechte der "illegalen" ImmigrantInnen, während sie sich noch 1997 nicht mit den "kleinbürgerlichen Intellektuellen", die sich dort angeblich tummelten, gemein machen wollte. Auch optisch haben sich die LO-Demoblöcke verändert; unter den früher im einheitlichen Look aufmarschierenden LO-AnhängerInnen sind neuerdings auch Leute mit bunten oder längeren Haaren zu sehen.

Aus der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung hält LO sich bisher heraus, da man sich zuerst um den Klassenkampf "zu Hause" kümmern müsse und da die Arbeiter aus Zeit- und Kostengründen ohnehin nicht auf Demonstrationen zu Anlässen wie dem G8-Gipfel in Genua fahren würden.

Weniger Stimmen als LO dürfte die LCR einfahren. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass diese Partei - die weitaus offener für gesellschaftliche Aktivitäten (Antirassismus, Antifaschismus, Internationalismus, aber auch Präsenz in der akademischen Diskussion) ist als LO - bislang weniger stark auf Wahlen orientierte als die Organisation der Genossin Arlette Laguiller, sondern mehr auf Verankerung in sozialen Bewegungen Wert legte. Zugleich setzte die LCR bis in die Mitte der Neunziger Jahre häufig auf Bündniskandidaturen mit linksalternativen bis linksreformistischen Kräften. Seit 1998/99 hat die Partei, die circa 2.000 Mitglieder zählt (die Größenordnung der wesentlich stärker abgeschotteten LO dürfte ähnlich sein), zu einem neuen politischen, organisatorischen und auch wahlpolitischen Selbstbewusstsein gefunden.

Dies hängt auch mit den gesellschaftlichen Kämpfen der Jahre 1995 bis 1998 zusammen: dem Streikherbst der öffentlichen Dienste 1995, der Sans-papiers-Bewegung oder der Erwerbslosenproteste. Daher schielt die Partei heute auch nicht mehr im gleichen Maße auf reformistische Bündnispartner - in den frühen Neunziger Jahren hatte sie sogar den Linksnationalisten Chevènement als vermeintlichen linken sozialdemokratischen Dissidenten umworben. Und auch der Plan, der Organisation einen "unverfänglicheren" - und inhaltlich schwammigeren - Namen zu geben, dürfte auf Dauer ad acta gelegt sein.

In Sachen Präsidentschaftswahlen wird die LCR wohl auch deshalb hinter LO zurückliegen, weil ihr Kandidat viel weniger bekannt ist. Um den fälligen Generationswechsel zu vollziehen, hat ihr Sprecher und früherer Präsidentenkandidat Alain Krivine, einer der Köpfe des Pariser Mai 1968 und mittlerweile ebenso wie "Arlette" über 60, eine erneute Kandidatur abgelehnt. Die LCR hat nun einen 28-jährigen Postangestellten als Kandidaten aufgestellt: Olivier Besancenot, Mitglied der linksalternativen Basisgewerkschaft SUD und Aktivist vielfältiger sozialer Bewegungen. Er war in Genua ebenso mit dabei wie bei der Unterstützung der

dreimonatigen Streiks von McDonalds-Beschäftigten in Paris oder bei Mobilisierungen für die Rechte der "illegalen" ImmigrantInnen.

Die mittelfristig vermutlich segensreiche Verjüngungskur der LCR wird sich bei der Präsidentschaftswahl allerdings eher negativ auswirken. Der weitgehend unbekannte Olivier Besancenot kann nur mit etwa einem Prozent der Stimmen rechnen. "Arlette" hingegen schwankt in den Umfragen zwischen 5,5 und 7 Prozent. Allerdings ist die Zahl weiterer Präsidentschaftkandidaturen von "Arlette" - aus Alters- und Abnützungsgründen - begrenzt, während der LCR-Kandidat erst damit beginnt, sich Bekanntheit zu verschaffen.

Eine gemeinsame Kandidatur, im Frühsommer 2001 von der LCR an Lutte Ouvrière herangetragen, war nicht zu Stande gekommen. LO hielt es für angemessen, die LCR daran zu erinnern, dass sie im Kern eine kleinbürgerliche Organisation sei. Zu den Europaparlamentswahlen im Juni 1999 hatten beide Organisationen noch auf einer gemeinsamen Liste kandidiert und 5,2 Prozent der Stimmen geholt. Dieses Ergebnis war prozentual aber nicht besser als der Stimmenanteil von Arlette Laguiller bei der Präsidentschaftswahl 1995 (5,3 Prozent). Auf Grund der bei EP-Wahlen weit höheren Wahlenthaltung war die absolute Stimmenzahl 1999 mit 918.000 sogar niedriger als der LO-Anteil bei der letzten Präsidentschaftswahl (1,6 Mio. Stimmen). Auf Grund dieser Erfahrung und auch weil die LCR seitdem neues linksradikales Selbstbewusstsein geschöpft hat, hielt man es bei LO wohl für ratsamer, Bemühungen um ein gemeinsames Antreten die Tür zuzuschlagen.

Bernhard Schmid, Paris

24. Ashcrofts Otto-Katalog. Die Einwanderungspolitik der USA hat eine Kehrtwende vollzogen

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:21

Im vergangenen Sommer sah es so aus, als werde die US-Regierung ihre Einwanderungspolitik liberalisieren und Millionen "Papierlose" legalisieren. Seit dem 11. September ist aber wieder Repression angesagt. Praktisch über Nacht verwandelten sich arabisch-stämmige Immigranten von einer "model minority" zu potenziellen "Schläfern".

Der Sommer hatte nicht schlecht begonnen. Im Mai verloren die rechten Republikaner ihre Mehrheit im US-Senat. Im Juni bekräftigte der Oberste Gerichtshof, dass die Grundrechte der US-Verfassung auch für die schätzungsweise neun Millionen "papierlosen" ImmigrantInnen in den USA gelten. Im Juli empfahl eine Regierungskommission unter Leitung von Außenminister Colin Powell und Innen- und Justizminister John Ashcroft, mindestens eine Million "Illegale" zu "regularisieren". Die Einwanderungspolizei hatte ihre Razzien praktisch eingestellt. Vier US-Bundesstaaten (North Carolina, Tennessee, Utah und Virginia - normalerweise nicht gerade Bastionen von Aufklärung und Liberalismus) begannen damit, Führerscheine ausdrücklich auch an "Papierlose" auszustellen. Die nüchterne Begründung des Leiters der Führerscheinbehörde von North Carolina: "Es liegt im Interesse aller Einwohner, wenn wir sie (die ImmigrantInnen) dazu veranlassen, die Verkehrsregeln zu lernen und eine Versicherung abzuschließen. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns um die nationale Einwanderungspolitik zu kümmern. Es ist eine rein pragmatische Entscheidung."

Am 6. September sprach der mexikanische Präsident Vicente Fox vor beiden Häusern des US-Kongresses und forderte, "undocumented" MexikanerInnen in den USA zu legalisieren. Bei einer Anhörung vor einem Kongress-Ausschuss plädierten einen Tag später auch der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes und der Sprecher der nationalen Industrie- und Handelskammer für ein Legalisierungsprogramm. Die Unternehmer-Lobbyorganisation "Essential Worker Immigration Coalition" (EWIC) verlangte die verstärkte Einwanderung und Legalisierung von "unverzichtbaren Arbeitskräften" - und zwar ausdrücklich sowohl von Fachkräften als auch von Geringqualifizierten. Denn in manchen Regionen sei es mittlerweile schwer, ausreichend Arbeitskräfte (zu den angebotenen Löhnen) zu finden. Sollte der irrationale Kapitalismus wenn schon nicht zu einer humanen, so zumindest zu einer rationalen Einwanderungspolitik in der Lage sein?

Mit der beginnenden Rezession und der sinkenden Nachfrage nach billigen und willigen Arbeitskräften schien allerdings auch der Reform-Eifer der Regierung wieder nachzulassen. Schon im Juli machten die Konservativen gegen den Legalisierungsplan von Powell und Ashcroft mobil. Man dürfe "Rechtsbrecher" (also Leute, die ohne Papiere die Grenze überquert oder ihre Touristenvisa eigenmächtig verlängert hatten) nicht belohnen, schimpfte der republikanische US-Senator Phil Gramm. Allenfalls befristete Saisonarbeiter-Kontingente für die Landwirtschaft und die Gastronomie wollten die Hardliner akzeptieren. Die US-Regierung ruderte zurück. Als der mexikanische Präsident Fox Anfang September seinen Kollegen "Jorge" Bush aufforderte, noch vor Jahresende ein Legalisierungsgesetz zu unterzeichnen, wiegelte dieser ab. Es gebe noch Beratungsbedarf, hieß es.

Kurze Zeit der Hoffnung für "Papierlose"

Trotzdem setzten US-amerikanische Bürgerrechts-Organisationen gelassen auf Zeit. Schon aus wahltaktischen Gründen, so dachte man, werde die Bush-Administration die wachsende Zahl von Latinos mit einer liberalisierten Einwanderungspolitik umwerben. Denn die restriktive Politik der 90er Jahre, in denen der republikanisch dominierte Kongress diverse Verschärfungen beschlossen und der republikanische Gouverneur von Kalifornien mit offen einwanderungsfeindlicher Hetze Politik gemacht hatten, erwies sich als kontraproduktiv. Immer mehr ImmigrantInnen ließen sich einbürgern und wurden als "angry new citizens" in manchen Bundesstaaten zu einem wichtigen Wählerreservoir für die Demokraten.

In der anti-rassistischen Bewegung drehte sich die Debatte bald nur noch darum, ob man eher eine Legalisierung bereits eingewanderter "Papierloser" fordern sollte (was eher Latinos zugute käme) - oder nicht auch eine Ausweitung des Familiennachzugs (wovon vor allem asiatische Einwanderer profitieren würden). Diese Debatten haben sich mittlerweile erübrigt.

Denn dann kam der 11. September und das einstürzende World Trade Center begrub unter sich nicht nur gut situierte Banker und "papierlose" ImmigrantInnen, sondern auch die Hoffnung auf ein liberaleres Migrationsregime. Seither vergeht kaum eine Woche ohne neue Repressalien gegen Einwanderer: Massenfestnahmen, Verhöre, Rasterfahndung, Abschiebungen und - nach einem Erlass von Präsident Bush von Mitte November - geheime Militärtribunale (nicht nur für Kriegsgefangene aus Afghanistan, sondern potenziell auch für die rund 20 Millionen EinwohnerInnen ohne Staatsbürgerschaft). Die Grenzkontrollen wurden überall verschärft.

In den Tagen nach den Anschlägen wurden rund 1.200 Immigranten interniert, also ohne Haftbefehl zum Teil monatelang festgehalten. Viele hatten wochenlang keinerlei Kontakt zu Verwandten oder Rechtsanwälten. In Anspielung auf lateinamerikanische Militärdiktaturen der 70er Jahre sprach die New York Times in einem Leitartikel sogar von "Verschwundenen". Die Mehrzahl der 1.200 soll mittlerweile wieder freigelassen sein, einige Hundert kamen in Abschiebehaft, andere warten weiterhin auf eine offizielle Anklage. Genaue Angaben verweigert die US-Staatsanwaltschaft bis heute.

Besonders krass geht man nun gegen illegalisierte ImmigrantInnen vor. So können "Papierlose" nun auch wegen kleiner Gesetzesverstöße monatelang in Abschiebehaft gehalten werden. Für die BRD ist diese Praxis schon seit langem gang und gäbe, in den USA gilt sie - immerhin - manchen noch als Skandal. Bis die angekündigten Bürgerrechts-Klagen das Oberste Gericht erreichen, werden aber wohl Jahre vergehen.

Mit einer Reihe von schnell durchgepaukten Gesetzen und Dekreten habe die Bush-Regierung innerhalb weniger Wochen ein "paralleles Rechtssystem für Nicht-US-Bürger geschaffen", in dem die üblichen rechtsstaatlichen Garantien nicht mehr gelten, stellte die New York Times beunruhigt fest. Der konservative Kolumnist William Safire sprach sogar von "diktatorischer Macht", die der Präsident an sich gerissen habe.

Generalverdacht gegen Arab Americans

Die schlagartig verschärfte Einwanderungspolitik hat allenfalls am Rande mit Vorsichtsmaßnahmen gegen weitere Terror-Anschläge zu tun. Die Bundespolizei FBI räumt ein, dass von den 1.200 "internierten" Immigranten höchstens ein Dutzend "möglicherweise" Kontakte mit dem Islamisten-Netzwerk Al Qaida gehabt habe. Der bisher einzige "echte" Verdächtige, der Franzose Zacarias Moussaoui, den das FBI für den verhinderten "zwanzigsten Flugzeugentführer" hält, flog nicht etwa im Rahmen dieser Massenfestnahmen auf, sondern ging der Polizei schon im August ins Netz - wegen Verstößen gegen Einreise-Bestimmungen.

Weil die Gelegenheit günstig ist, lässt John Ashcroft gleich noch ganz andere Dinge erledigen. Kurz vor Weihnachten gab der Minister höchstpersönlich bekannt, die Einwanderungspolizei INS habe eines der größten Strafverfahren ihrer Geschichte eingeleitet - nicht etwa gegen potenzielle Flugzeugentführer, sondern gegen 32 Angestellte der Busfirma Golden State Transportation aus Los Angeles, die in ihren Linienbussen gegen einen relativ geringen Aufpreis mehrere Tausend illegale GrenzgängerInnen aus Mexiko ins US-Landesinnere befördert haben sollen. Ashcrofts Begründung: "Die terroristischen Angriffe des 11. September haben die Amerikaner schmerzlich an die Notwendigkeit erinnert, unsere Staatsgrenzen zu verteidigen."

Seither zeigen viele kleine Schikanen, wie sich das politische Klima verändert hat. Zum Beispiel verabschiedete der US-Kongress im Herbst ein Gesetz, nach dem beim Check-In an den Flughäfen künftig nur noch US-BürgerInnen arbeiten dürfen. Die Folge: Tausende Immigranten verlieren ihre Jobs. An der City University of New York sollen künftig alle Studierenden, die keine Aufenthaltspapiere vorlegen, die höchste Gebührenstufe (also mehrere Tausend Dollar) bezahlen. Bisher spielte der Aufenthaltsstatus an der Uni keine Rolle. Zumal in einer Stadt, die sich so viel auf ihre Einwanderungs-Tradition zugute hält, dass selbst der bisherige Law-and-Order-Bürgermeister Rudy Giuliani immer für die Rechte von Illegalisierten eintrat.

Den "Papierlosen" hielt man noch vor wenigen Wochen zugute, dass sie notwendige Arbeiten übernehmen, Steuern zahlen und womöglich sogar "Unternehmergeist", "Familiensinn" und andere amerikanische Sekundärtugenden beweisen. Ähnlich wie etwa koreanische Immigranten galten auch Arab Americans bisher nicht etwa als potenzielle "Schläfer" sondern als eine "model minority" - mit überdurchschnittlichen Einkommen und ungewöhnlich vielen Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden.

Seine Wahlpropaganda im Herbst 2000 richtete Bush ausdrücklich auch an arabisch-stämmige WählerInnen. So verurteilte er die umstrittene Praxis der Clinton/Gore-Regierung, bei einigen Abschiebe-Verfahren den Richtern geheime Beweismittel ("secret evidence") vorzulegen, aber den Angeklagten/Abzuschiebenden und ihren Anwälten vorzuenthalten - womit eine juristische Verteidigung unmöglich gemacht wurde. "Arab Americans are racially profiled", werden also aus rassistischen Gründen anders behandelt, kritisierte der republikanische Kandidat. Nun will Bush die selbe Praxis fortführen. "Racial profiling", also das weit verbreitete Vorgehen der Polizei, bei Personenkontrollen vor allem dunkelhäutige Menschen zu überprüfen, war eigentlich ziemlich in Verruf geraten. Nun billigen in Meinungsumfragen auch Schwarze, die bisher zu den am meisten Schikanierten gehörten, mehrheitlich das "racial profiling". Das zeigt, wie sehr sich das politische Klima geändert hat - natürlich immer mit der Annahme, dass sich die verschärfte Repression gegen eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe richtet (arabische Immigranten - oder wer dafür gehalten wird).

Die Bürgerrechts-Gruppen stehen nun wieder am Anfang. Statt beim Ausfüllen von Einbürgerungs-Anträgen zu helfen, verteilen sie nun Ratgeber zum Verhalten bei einer Razzia oder bei einem Polizeiverhör ("Know your rights" unter www.aclu.org/library). Die Bundespolizei FBI "befragte" im Dezember 5.000 junge Männer, die in den vergangenen zwei Jahren aus moslemisch geprägten Ländern legal in die USA eingereist sind (über etwaige Ergebnisse ist noch nichts bekannt - aber vermutlich wird man bei dieser Gelegenheit zumindest einige neue arabisch-sprachige FBI- und CIA-Agenten angeworben haben). Mehr als 200 Universitäten und Colleges stellten dem FBI ihre Daten über arabische und asiatische Studierende zur Verfügung. Eine nationale Datenbank soll künftig alle ausländischen Studierenden erfassen. Damit will man feststellen, wer vorgeschriebene Seminare nicht belegt oder gar nach Ablauf seines Visums nicht ausreist.

Doch sobald es ans Geld geht, hört auch für die Rektoren der Fahndungsspaß auf. Als die demokratische Senatorin Dianne Feinstein Ende September vorschlug, "aus Sicherheitsgründen" ein halbes Jahr lang keine neuen Studenten-Visa auszustellen, stieß sie auf erbitterten - und erfolgreichen - Widerstand. Denn die Universitäten befürchteten, sie könnten zu viele gebührenzahlende Studierende verlieren.

Massenfestnahmen und alltägliche Schikanen

Auch John Ashcrofts "Otto-Katalog" beginnt, sich in internen Widersprüchen zu verheddern. Wegen Kompetenzgerangels wird die nationale Studentenvisa-Datenbank wohl erst in zwei Jahren einsatzbereit sein. Die mächtige rechtslastige Waffenlobby (normalerweise eine wichtige politische Stütze für Ashcroft) verhinderte, dass das FBI Zugriff auf computerisierte Listen von Schusswaffen-Besitzern bekam. So konnte nicht überprüft werden, ob die gut 1.200 ausländischen Internierten jemals Waffen erworben hatten.

Und Bushs Militärtribunal-Erlass wurde mittlerweile deutlich entschärft - unter anderem wegen der Proteste von Offizieren, die den "guten Ruf" der regulären Militärgerichtsbarkeit für gefährdet halten. So sollen die Tribunale (anders als zunächst geplant) öffentlich tagen und dürfen Todesurteile nur einstimmig fällen. Angeklagte können unabhängige Rechtsanwälte beauftragen. Die Militärtribunale bleiben zwar ein rechtsstaatlicher Skandal, aber dank dieser Entschärfungen wird Bush voraussichtlich die Unterstützung der Demokraten erhalten. Ganz sicher scheint sich die Administration ihrer Sache aber weiterhin nicht zu sein. So wurde der angebliche "zwanzigste Entführer" Zacarias Moussaoui nicht vor einem Militärtribunal, sondern vor einem zivilen Bundesgericht angeklagt.

Vereinzelt werden auch moralische Bedenken gegen die pauschale Stigmatisierung von moslemischen Immigranten laut. Und zwar von der Polizei. Als Innen- und Justizminister Ashcroft seine 5.000 Verhöre anordnete, verweigerten ihm eine Reihe von örtlichen Polizei-Chefs die Gefolgschaft. Die Liste der "Verdächtigen" sei ja wohl nur nach dem Kriterium der Herkunftsländer zusammengestellt und nicht nach konkreten, individuellen Anhaltspunkten, ließen sie das FBI wissen. Das erinnere an "racial profiling". Einer der Verhör-Verweigerer war Andrew Kirkland, der Polizei-Chef von Portland (Oregon), dem das FBI die Namen von 23 arabisch-stämmigen Männern vorgelegt hatte, die verhört werden sollten. Der New York Times sagte er: "Da habe ich nicht lange überlegen müssen. Wir werden es nicht tun." Solche Redlichkeit kann man sich in einer deutschen Polizeidirektion nur schwer vorstellen.

Auch die oben genannte Unternehmerlobby EWIC (für "essential workers") hat offensichtlich jede Hoffnung auf eine liberale Einwanderungspolitik und eine Legalisierung von "Papierlosen" aufgegeben; sie hat ihre Arbeit praktisch eingestellt. Auf ihrer Internet-Seite heißt es nur noch lapidar: "Wenn Regierung und Kongress die

schwierige Aufgabe (der Terrorismus-Bekämpfung) abgeschlossen haben und wenn sie entscheiden, dass die Zeit wieder reif ist für eine Reform der Einwanderungspolitik, dann werden wir von EWIC wieder da sein, um sie dabei zu unterstützen."

Michael Hahn

25. Aufruf zum "Permanenten Camp für Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte" in Quito, Ecuador

Rubrik: Ecuador; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:30

Mehr als 80 Organisationen und Initiativen aus Lateinamerika, Europa und Kanada rufen im Rahmen der weltweiten Anti-Globalisierungs-Bewegung zur Teilnahme an einem internationalen Camp im ecuadorianischen Quito im März 2002 auf. Eine besondere Brisanz erhält dieses Vorhaben durch die ständige Zunahme an Morddrohungen gegen GegnerInnen des Plan Colombia (s.u.) und MenschenrechtsaktivistInnen in Ecuador seit Sommer 2001. (1) Wir dokumentieren Auszüge aus dem Aufruf und dem Positionspapier in einer leicht gekürzten und bearbeiteten Fassung.

Wegen seiner katastrophalen Folgen, die die Mehrheit der Weltbevölkerung von einem würdevollen Leben ausschließen, stellen wir uns gegen die kapitalistische Globalisierung, gegen den Neoliberalismus und gegen die Annexionsstrategien, die der "Plan Colombia" und die amerikanische Freihandelszone ALCA (Area de Libre Comercio de las Americas) für die Menschen in unseren Ländern vorsieht. Das ALCA bedeutet die Konsolidierung des Beherrschungsprojektes, das vor über 500 Jahren begann. Öffentlich bekannt gegeben im Jahr 1994, versucht das ALCA alle Länder Lateinamerikas unterzuordnen, indem es die absolute Privatisierung aller öffentlichen Dienste, der natürlichen Ressourcen und schließlich der wenigen Souveränität, die uns bleibt, erlaubt.

Nach NAFTA, dem Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, Kanada und den USA, wird nun ALCA in Lateinamerika mit seinen 800 Millionen billigen Arbeitskräften diesen destruktiven Prozess auf kontinentaler Ebene ausdehnen. Im Kapitel 11 des aktuellen Vertragsentwurfes sind u.a. auch Entschädigungszahlungen an die Multinationalen Unternehmen für den Fall vorgesehen, dass ein Staat durch Restriktionen ihre mögliche Gewinnspanne reduziert. Besagte Klausel ist bereits mehrmals angewandt worden, vor allem dort, wo Umweltgesetze das "Recht" der Multinationalen, unsere Umwelt zu vergiften, "beschneiden". Die Einführung des ALCA ist für das Jahr 2005 vorgesehen; die Vereinigten Staaten und unsere Regierungen haben bereits mit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Neustrukturierung der lateinamerikanischen Gesellschaften begonnen. Allmählich, aber stetig werden die nationalen Gesetze geschwächt, wobei häufig auch die staatlichen Verfassungen untergraben werden.

Die lange Liste der neokolonialen US-Interventionen in Lateinamerika hat weder mit dem Kalten Krieg begonnen noch mit ihm aufgehört. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung markiert der "Plan Colombia" die Kontinuität dieses Interventionismus. Dieser langfristig angelegte Plan zielt auf eine militärische Lösung des kolumbianischen Konfliktes, die Ausgaben in Milliardenhöhe legitimieren soll - Ausgaben, die überwiegend durch den Verkauf modernster Waffen und Militärberatung zurück in die Schatzkammern der USA fließen. Die Auswirkungen des Plan Colombia sind dank der Anwendung der sog. "Regionalen Andeninitiative" (IRA) bereits jetzt in der Region zu spüren: die Ausweitung von Gewalt und Militarisierung, außerdem das Besprühen der Felder aus Flugzeugen mit nicht-selektiven Pflanzenvernichtungsmitteln, die nicht nur die Cocapflanze, sondern die gesamte Biodiversität und damit die Lebensbedingungen der Bevölkerung angreifen.

Das Interesse der USA und des kapitalistischen Globalisierungsprojektes ist es, die Rohstoffe des Amazonasgebietes zu kontrollieren, das große Reservoir an Süßwasser, genetischer Biodiversität und an Erdöl. In diesem Zusammenhang ist die Installation von strategischen Militärstützpunkten in Südamerika von zentraler Bedeutung, um den wachsenden Widerstand gegen diese Projekte zu kontrollieren.

Die Dollarisierungen in Ecuador und in Mittelamerika sowie die Währungsgleichstellung in Argentinien sind die jüngsten Schritte in diesem Kontext, die den Prozess der Auslandsverschuldung und der neokolonialen Abhängigkeit vorantreiben und die Armut, soziale Ungerechtigkeit und Reichtumskonzentration in wenigen Händen verschärfen.

In Ecuador wurde die Regierung von Mahuad durch eine indigene Rebellion im Januar 2000 gestürzt. Die Dollarisierung war der letzte Akt von Mahuad und der erste des neuen Präsidenten Noboa, der nach dem Scheitern der drei Stunden andauernden "Volksregierung" von der Militärführung im Verteidigungsministerium und unter Aufsicht des Clinton-Beraters Valenzuela vereidigt wurde. Den Anweisungen von Weltbank und

Internationalem Währungsfond sowie der Küsten- und Hochlandoligarchie Ecuadors treu folgend, treibt Noboa das neoliberale Projekt weiter voran, was in der Praxis katastrophale Folgen hat:

Die Einbindung Ecuadors in den Plan Colombia, ständige Finanzspritzen in ein korruptes Bankwesen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Privatisierung des staatlichen Sektors - Sozialsystem, Strom, Telefon, Wasser, etc. - und die Aufgabe der Währungshoheit durch die Dollarisierung. Mit der neuen ausländischen Währung, dem Dollar, schloss Ecuador das Jahr 2000 mit einer Inflation von 91%, der höchsten des Kontinents, ab. Während die obersten 10% der reichen Bevölkerung mehr als 60% aller Einnahmen kontrollieren, müssen sich die untersten 10% der Armen mit 0,6% zufrieden geben. Fast 80% der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Nach Angaben der Weltbank leben mehr als die Hälfte der EcuadorianerInnen in Armut. Tatsächlich ist das Verhältnis noch krasser: 80% leben in Armut, d.h. mehr als neun Millionen Menschen, und drei Millionen davon in extremer Armut. Die andere Seite der Armut ist die Migration; mehr als 15% der Bevölkerung sind ausgewandert, hauptsächlich in die USA und nach Spanien. Die MigrantInnen, viele von ihnen Fachkräfte, arbeiten mehrheitlich als "Illegale" unter unmenschlichen Bedingungen. Sie bringen Ecuador mit ihren Geldüberweisungen mehr Devisen als der gesamte nicht-Erdöl-fördernde Exportsektor des Landes. All dies sind die konkreten Resultate der Anwendung der Rezepte von Weltbank und IWF. Wir glauben, dass es notwendig ist, die neoliberale Globalisierung aus der Perspektive eines globalisierten Widerstandes heraus zu betrachten. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde das Ende der Geschichtsschreibung verkündet; angeblich sei kein Platz mehr für Utopien, für Verschiedenartigkeit, für unsere Hoffnungen. Doch weltweit zeigt ein breites Panorama an Organisationen, Projekten und Bewegungen, dass der Widerstand weitergeht und Utopie möglich ist!

Anmerkung:

1) Vgl. ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika Nr. 251/Dezember 2001, S.7

Das Permanente Internationale Camp für Soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte ist eine Initiative des zivilen Widerstandes, die verschiedenste Personen, Organisationen und Bewegungen zusammenführen will, die den Plan Colombia, die Freihandelszone ALCA und den Neoliberalismus in all seinen Erscheinungsweisen ablehnen.

Wir treffen uns in Ecuador vom 14. bis 20. März 2002 in Quito, um uns kennen zu lernen, Erfahrungen des Widerstandes auszutauschen, gemeinsame Aktionen durchzuführen und Alternativen zu entwickeln. Aber dieser Aufruf ist nicht nur an einen Ort und eine Zeit gebunden; unser Kampf ist ein permanenter Kampf. Wir glauben, dass eine andere Welt möglich ist.

Weitere Informationen und Anmeldung unter

http://www.camp-ecuador.devu

26. Tage der Hoffnung und des Zorns. Argentinien zwischen Riots und Depression

Autor: Roberto Frankenthal · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:22

In der "Kornkammer Südamerikas" musste im Dezember 2001 ein Teil der Bevölkerung hungern. Von 36 Millionen EinwohnerInnen leben 15 Millionen unter dem offiziellen Existenzminimum. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 20%. Sozialer Sprengstoff in einem Land, das sich auf dem Sprung in den Club der Großen wähnte. Soziales Elend und leere Versprechungen und absehbar keine Veränderungen zum Positiven führten zu Massenaufständen in Buenos Aires und im Landesinneren.

Fernando de La Rua, ein konservativer Vertreter der bürgerlichen UCR (Union Civica Radical), hatte große Ziele vor Augen. Überzeugt von der Idee, dass die Probleme Argentiniens nur finanzieller Art waren, erhob er die pünktliche Zahlung der Verbindlichkeiten des argentinischen Staates zum obersten Mantra seines Wirkens. Angetreten war der ehemalige Senator, Bundesabgeordnete und Bürgermeister der Stadt Buenos Aires mit dem Versprechen, "das Fest für Wenige" zu beenden.

Womit er den Konsumrausch einer Minderheit der argentinischen Bevölkerung während der Amtszeit seines Vorgängers Carlos Menem meinte. Denn immerhin profitierten 20% der Bevölkerung in der ersten Hälfte der 90er-Jahre in einem bisher nicht gekannten Ausmaß von der eingedämmten Inflation, der Privatisierung von Staatseigentum und der Korruption.

So sollen bei der Privatisierung der staatlichen Fluggesellschaft "Aerolineas Argentinas" ca. 70 Millionen US-Dollar in die Taschen von Regierungsmitgliedern geflossen sein. Die Erlöse aus dem Ausverkauf staatlichen Eigentums wurden allerdings nicht zur Begleichung der Auslandschulden benutzt. Stattdessen wurden die Mittel für Erziehung, Gesundheitsvorsorge und soziale Dienste gestrichen. Aber in keinem Land der Welt gab es einen so hohen Pro-Kopf-Konsum an "Versace"-Produkten. Der publizistische Apparat des Menemismus überzeugte die ArgentinierInnen davon, nicht mehr in einem "Schwellenland" zu leben, sondern ein Teil der "ersten Welt" zu sein.

Ende des neoliberalen Projektes

Als sich auf Grund der Finanzkrise Mexikos 1995 die Finanzspekulanten aus ganz Lateinamerika zurückzogen, erlebte das neoliberale Modell menemistischer Prägung seine erste Krise. Doch Argentinien wurde von den internationalen Finanzinstitutionen und der Weltbank zum "Musterschüler" auserwählt. Der IWF genehmigte ständig neue Kredite für das südamerikanische Land. Mit der selben Regelmäßigkeit verfehlte die argentinische Regierung die mit dem IWF vereinbarten Wirtschaftsziele. Und jedes Jahr wurden neue Anpassungsprogramme beschlossen, bei denen die Mehrheit der Bevölkerung die Leidtragende war. So wurde z.B. eine privates Rentensystem ins Leben gerufen bei gleichzeitigem Entzug der Finanzierung des staatlichen Rentenapparates. Kündigungsschutz oder Sicherheit am Arbeitsplatz wurden durch gesetzliche Maßnahmen so weit verwässert, dass sie ihre Bedeutung verloren.

Begleitet wurde diese Entwicklung durch ein radikalen Umbau der argentinischen Justiz. Menem erhöhte die Anzahl der Richter beim Obersten Gericht, um sich eine eigene Mehrheit zu verschaffen. Die letztinstanzliche Sicherheit in Sachen Straflosigkeit war absolut notwendig, denn die 90er-Jahre wurden zu einem "Jahrzehnt der Korruption": Beihilfe zur Drogengeldwäsche auf höchster Regierungsebene, illegaler Waffenhandel, Goldschmuggel in die USA und die Etablierung eines "parallelen Zolls" auf nationaler Ebene waren einige der bemerkenswertesten Wirtschaftsverbrechen. Die Bombenattentate gegen die israelische Botschaft (1992) und das jüdische Gemeindezentrum AMIA (1994), die Ermordung des Journalisten Cabezas, die angeblichen Selbstmorde der in Regierungskriminalität verwickelten Alfredo Yabran und Marcelo Cattaneo durften nicht endgültig aufgeklärt werden, denn die Täter oder ihre Helfer saßen nicht weit von den Machtzentren des Landes. Die Polizeikräfte bekamen freie Hand, um die Bevölkerung in Schach zu halten. Die Ermordung von Jugendlichen in den Großstadtvororten oder die Anwendung von Folter kamen wieder verstärkt zur Anwendung.

Bereits 1997 entschied sich eine Mehrheit der argentinischen WählerInnen für eine Alternative zum Menemismus. Die damals oppositionelle UCR und die neu gegründete FREPASO (eine gemäßigte Mitte-Links-Koalition) bildeten eine erfolgreiche Wahlallianz.

Niemand erwartete grundlegende Reformen, aber der UCR-Kandidat de La Rua selbst hatte Veränderungen angekündigt, die die gröbsten Wunden des Neoliberalismus heilen sollten. Sein fast langweiliger Pragmatismus schien eine willkommene Abwechslung nach einer Dekade menemistischer Selbstdarstellung.

Eine verlorene Chance

Doch schon kurz nach seiner Amtseinführung bewies der konservative Politiker, dass eine Veränderung der Leitlinien des menemistischen Argentiniens nicht in seinen Plänen stand: Die Kürzung der Löhne und Gehälter der Staatsangestellten, ein weiteres Aufweichen der Arbeitsgesetzgebung (das nur mit Hilfe von Schmiergelder die parlamentarischen Hürden überwand) und als letzte Rettung die Ernennung des menemistischen Wirtschaftsministers Domingo Cavallo. Zwischen dem "wilden" Neoliberalismus eines Carlos Menem und dem "gemäßigten" eines Fernando de La Rua war kaum ein Unterschied zu erkennen. Der Kampf gegen die Korruption, eines der stärksten Wahlargumente der antimenemistischen Koalition, wurde nach kurzer Zeit aufgegeben.

Der erste Wirtschaftsminister der Regierung de La Rua, Jose Luis Machinea, hatte zwischen Dezember 1999 und März 2001 noch versucht, die Quadratur der Kreises zu bewerkstelligen. Mit seiner leicht keynesianischen Einstellung erregte er bei den Hütern des neoliberalen Fundamentalismus Verdacht, die deshalb aktiv an seiner Demontage arbeiteten. Mit dem partiellen Rückzug der FREPASO aus der Regierung verlor er wichtige Unterstützer und trat im März 2001 zurück.

Die Ernennung von Domingo Cavallo zum Wirtschaftsminister veränderte die regierende "Allianz". Die fortschrittlichen Vertreter der UCR nahmen ihren Hut und die FREPASO verlor fast jeden Einfluss auf Regierungsentscheidungen. Cavallo war nicht nur der menemistische Wirtschaftsminister, der die Wirtschaft des Landes nach neoliberalen Vorstellungen neu geordnet hatte. In seiner ersten öffentlichen Tätigkeit (noch unter der Militärdiktatur 1982) hatte er als Präsident der argentinischen Zentralbank die Schulden privater Unternehmer durch staatliche Bürgschaften gedeckt.

Seine ersten Äußerungen gaben zwar Grund zur Hoffnung, dass er angesichts der Lage auch staatliche Instrumente zur Belebung der Wirtschaft benutzen wollte, aber letztendlich entschied er sich, die Interessen der Gläubiger Argentiniens zu übernehmen. Mit dem Austausch vom Schuldscheinen des Staates versuchte er, kurzfristige in langfristige Verbindlichkeiten zu verwandeln, erhöhte aber dabei die Gesamtschulden des Staates. Bei diesen Transaktionen verdienten besonders die beteiligten Banken saftige Provisionen.

Die Rezession setzte sich fort und die Staatseinnahmen sanken weiter. Die Neuaufnahme von Krediten wurde immer schwieriger, die Zahlungsunfähigkeit immer wahrscheinlicher. Die argentinischen Anleger befürchteten, dass ihr Festgeld vom Staat beschlagnahmt werden könnte, um die Staatsschulden zu begleichen. Bereits 1991 hatte der damalige Wirtschaftsminister Erman Gonzalez alle Geldanlagen über einem Wert von 10.000 US-Dollar nur noch in Form von Schuldscheinen des Staates auszahlen lassen. Zwischen März und Anfang Dezember 2001 zogen die argentinischen SparerInnen mehr als 17 Milliarden Dollar von ihren Konten ab. Eine weiterer Aderlass hätte für mehrere Finanzinstitute den Kollaps gebracht, und so beschloss Cavallo, ein weiteres Mal den edlen Ritter der Finanzwelt zu spielen. Per Regierungsverordnung schränkte er die Verfügbarkeit der Geldanlagen ein. Darüber hinaus sollten alle finanziellen Transaktionen - in einem Land, in dem die Schattenwirtschaft ca. die Hälfte des Bsp. erwirtschaftet - über das Bankensystem durchgeführt werden.

Diese Entscheidungen entfremdeten definitiv die argentinischen Mittelschichten vom Neoliberalismus. Zum Hunger der ärmsten ArgentinierInnen gesellte sich die Wut und der Zorn der noch Besitzenden. Ab Mitte Dezember 2001 wurden an verschiedenen Orten des Landesinneren Lebensmittelgeschäfte geplündert. In der Vergangenheit wurden diese sozialen Explosionen durch Verteilungsaktionen der Bezirks- und Provinzregierungen besänftigt, aber die Zentralregierung hatte schon seit Monaten die Überweisungen für soziale Zwecke gekürzt oder ganz eingestellt. Am 17.12. fanden im Großraum Buenos Aires die ersten Supermarktüberfälle statt.

Der Ritt in die Katastrophe

Am Abend des 19.12. wandte sich Präsident de La Rua über das Fernsehen an die Bevölkerung. Erwartet waren Ankündigungen über eine Wende in der Wirtschaftspolitik oder der Rausschmiss Cavallos. Aber de La Rua versuchte nur, seine Autorität durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes zu festigen. Diese Ankündigung brachte das Fass zum Überlaufen und in der selben Nacht gingen mehrere Tausend ArgentinierInnen auf die Straße, um ihre Wut zu äußern. Der 20.12. wurde zum Tag des Zorns in Argentinien. Während in den Außenbezirken und zum Teil auch in der Innenstadt von Buenos Aires die Ärmsten der Armen ihren gerechten Anteil am Wohlstand gewaltsam an sich rissen, tobte im Zentrum der Bundeshauptstadt der Straßenkampf. Die Regierung hatte befohlen, die Plaza de Mayo frei von Demonstranten zu halten, was zu einer Gewaltorgie der Bundespolizei führte. Acht Tote in unmittelbarer Umgebung des Regierungssitzes waren der blutige Abschied des Fernando de La Rua. Bei den Plünderungen, die von manchen Kommentatoren als "Krieg der Ärmsten gegen die Armen" bezeichnet wurden, starben 23 weitere Menschen.

Der vorzeitige Rücktritt von Fernando de La Rua zeigte, dass die UCR nicht in der Lage ist, Argentinien in Krisenzeiten zu regieren. Die logische Konsequenz aus dieser Tatsache war die Machtübernahme durch die Peronisten (Partido Justicialista). Aber diese populistische Partei befindet sich - teilweise schon seit dem Tod ihres Gründers Juan Peron - in einer Identitätskrise. Als am 21.12. die Macht wie eine reife Frucht in ihren Schoß fiel, war sie heillos zerstritten. Zum Teil hat dies ideologische Gründe, zumeist sind es jedoch reine Machtinteressen der Partei- und Provinzfürsten.

Die Stunde der Peronisten

Zunächst wurde mit Adolfo Rodríguez Saá ein Kandidat zum Präsidenten ernannt, der keine große Hausmacht besaß. Vom ersten Tag an agierte er so, als ob er für längere Zeit die "Casa Rosada" (Regierungssitz) nutzen würde. Die Ernennung dubioser Berater, die unglaubwürdigen Ankündigungen, die Auslandsschulden auszusetzen und dadurch eine Million Arbeitsplätze zu schaffen sowie, eine neue Währung einzuführen, letztendlich aber die mangelnde Unterstützung seiner Partei zwangen ihn schon nach einer Woche zum Rücktritt.

Mit der Wahl des Senators Eduardo Duhalde zum Präsidenten durch das Parlament dürften sich die Erwartungen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lebenslage kaum erfüllen. Duhalde verfügt über ein reichhaltiges politisches Vorstrafenregister: Zwischen 1989 und 1995 war er unter Menem Vizepräsident der Republik, zwischen 1995 und 1999 Gouverneur der größten Provinz des Landes, Buenos Aires. Besonders als Gouverneur zeigte er sein politisches Selbstverständnis: Seine Ehefrau baute ein soziales Hilfsnetz auf, um die sozialen Brandherde unter Kontrolle zu halten. Duhalde rüstete gleichzeitig die Polizei der Provinz Buenos Aires zu einem schießwütigen Haufen Verbrecher auf. Drogenhandel, illegales Glücksspiel, Prostitution - fast alles wurde unter Duhalde von der berühmt-berüchtigten Polizei der Provinz Buenos Aires kontrolliert. Die Mischung aus sozialer und polizeilicher Kontrolle war das notwendig Handwerkzeug, um die neoliberale Wende in Argentinien durchzusetzen.

Ob man mit einer solchen politischen Biografie die Wende in Argentinien schaffen kann?

Fest steht, dass die argentinische Bevölkerung bereit ist, für ihre Interessen zu kämpfen. Zwar agieren die Armen und die Mittelschichten bisher noch getrennt voneinander und es fehlen die Katalysatoren, um diese sozialen Akteure politischen Einfluss gewinnen zu lassen. Die Hoffnungen der Bevölkerung Argentiniens und die Vorstellungen der regierenden politische Klasse lassen sich jedoch kaum noch in Einklang bringen.

Roberto Frankenthal

27. Rebellion X. Der Streik der Studierenden in Mexiko-Stadt

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:20

Im Zusammenhang mit neoliberaler Politik ist von der Hochschule selten die Rede. Die Umstrukturierung der Universitäten vollzieht sich im allgemeinen ohne großes Murren der Betroffenen und die KritikerInnen des Neoliberalismus haben in der Regel anderes zu tun, als Bildungspolitik zu problematisieren.

Als im Sommer 2000 zwei Studierende aus Mexiko auf Einladung des AStA der Humboldt Uni und der Berliner Gruppe FelS auf ihrer Deutschland-Rundreise über den zehn Monate andauernden Streik an der größten Universität Lateinamerikas, der Universidad Nacional Autónoma de Mexico (UNAM) in Mexiko-Stadt, erzählten, konnte allerdings eine Ahnung von den Verbindungen zwischen Neoliberalismus und Bildungspolitik aufkommen.

Von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist in Mexiko in den vergangenen drei Jahren eine bedeutende soziale Bewegung entstanden, die ihren Ausgangspunkt im Abwehrkampf gegen die geplante Einführung von Studiengebühren hatte. Die Streikenden richteten sich nicht allein gegen die Privatisierung des Bildungssektors und gegen die Umwandlung der staatlichen Universitäten in teure bis unbezahlbare Eliteschulen. Protestiert wurde gegen eine Politik, die in Mexiko seit drei Wahlperioden Staatsdoktrin ist und die vom Soziologen Pierre Bourdieu wahlweise als "konservative Revolution" oder "Höllenmaschine" beschrieben wird: Neoliberalismus.

Inwiefern die Situation an einer Hochschule von der neoliberalen Offensive betroffen ist, und welche Auswirkungen diese Politik für eine ganze Gesellschaft haben kann, schildert das von Enrique Rajchenberg S. und Carlos Fazio herausgegebene Buch "Rebellion X. Das Jahr der Streiks an der Universität in Mexiko Stadt" auf vielfältige Art und Weise.

Herzstück des Bandes sind die Gespräche mit den Studierenden selbst. Wie schon Elena Poniatowska in ihrem Standardwerk über die Niederschlagung der mexikanischen 68er-Bewegung ("Massaker in Mexiko") lassen die Herausgeber die Betroffenen zu Wort kommen. Motive und Ziele der Streikenden zeigen sich dabei in einem Kontext, der die Campusgrenzen längst verlassen hat. "Im Grunde" sagt ein Student, "wollten wir den Grundstein zu einer anderen politischen Kultur legen". Institutsbesetzungen und Vorlesungsboykotts werden immer vor dem Hintergrund eines drohenden sozialen und politischen Ausschlusses gesehen. Denn zu nichts anderem würde die Abschaffung kostenfreier Bildung führen in einem Land, in dem 60 Prozent der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze lebt. Neben diesen Statements der AktivistInnen stehen Analysen von Intellektuellen. Die Herausgeber und die Ökonomin Ana Esther Ceceña interpretieren die Studierendenproteste als vom Zapatismus beeinflusste soziale Bewegung und als wirksamen Widerstand gegen das weltweite neoliberale Projekt. Eine ausführliche Chronologie rahmt im dritten Teil des Buches die inhaltlichen Aussagen und macht nachvollziehbar, was geschehen ist und nicht zuletzt was darüber geschrieben steht.

Der Streik wurde nach knapp zehnmonatiger Dauer Anfang Februar 2000 von der mexikanischen Polizei gewaltsam beendet. Dabei wurden 745 Studierende festgenommen. Einige Tage später demonstrierten 200.000 Menschen in Mexiko-Stadt gegen das Vorgehen der Polizei und für die Freilassung der Gefangenen. Die Geschichte des Streiks ist aber keineswegs nur eine weitere Episode des Scheiterns emanzipatorischer Kämpfe. Im Laufe des Streiks hatten die Beteiligten Formen der politischen Auseinandersetzung entwickelt, die hier zu Lande ihresgleichen suchen (oder ansatzweise vielleicht noch in der Münchener Räterepublik von 1919 zu finden sind). In Anlehnung an das Politikverständnis der zapatistischen Bewegung im Süden Mexikos wurden streng horizontale Organisationsstrukturen geschaffen, um Hierarchien und Autoritäten auszuschalten oder gleich zu verhindern. Erzählt wird in diesem Buch auch von Plena des allgemeinen Streikrates (CGH), die jede Woche an verschiedenen Orten und unter rotierender Leitung stattfanden, an denen jedes Mal um die 1000 Studierende teilnahmen und bis zu sagenhaften 24 Stunden lang miteinander diskutierten. Die basisdemokratische Organisierung kollektiver Interessen war insofern beispielhaft, weil sie sich trotz des Versuchs, Kollektivität jenseits von Marktanforderungen insgesamt nicht zuzulassen, herstellte. Das Buch hat also alles Zeug dazu, seinem Hauptanliegen gerecht zu werden und den Widerstand der mexikanischen

Studierenden auch über die Grenzen der Nation hinaus sichtbar zu machen und in einen globalen Kontext zu rücken. Wenn darüber hinaus aber keine Impulse für Studierende hier zu Lande heraus springen, liegt es nicht an den ÜbersetzerInnen, die in dieser Hinsicht alles gegeben haben.

Jens Kastner

Enrique Rajchenberg S. und Carlos Fazio: Rebellion X. Das Jahr des Streiks an der Universität in Mexiko-Stadt, Münster 2001, UNRAST-Verlag, 219 Seiten, 24,80 DM, 13 EUR

28. Eine präzedenzlose Katastrophe. Yehuda Bauer über Singularität und Vergleichbarkeit der Shoah

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:01

Yehuda Bauer, 1926 in Prag geboren und 1939 nach Palästina emigriert, ist einer der renommiertesten Historiker der Shoah. In einem neu erschienenen und sogleich ins Deutsche übersetzten Buch hat er nun eine Art Bilanz seines Forscherlebens vorgelegt.

Das englische Original des Buches trägt den Titel "Rethinking the Holocaust"; in der deutschen Ausgabe - "Die dunkle Seite der Geschichte" - verrät immerhin der Untertitel, worum es geht: "Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen". In einer Anmerkung des Übersetzers Christian Wiese wird zudem erklärt, warum in der deutschen Ausgabe durchgehend von Shoah statt von Holocaust die Rede ist: Das im amerikanischen Kontext gebräuchliche, "aus dem Griechischen stammende Wort Holocaust (‚Ganzopfer` - ein sakrales Tieropfer, das vollständig verbrannt wird) birgt ... theologische Implikationen, die das Missverständnis einer religiösen Sinngebung der Vernichtung des europäischen Judentums (im Sinne eines gleichsam sakralen Geschehens, in dem jüdische Menschen geopfert wurden) jedenfalls nicht eindeutig ausschließt. Daher wird in der deutschen Fassung mit Yehuda Bauers Zustimmung konsequent der hebräische Begriff ‚Shoah` (‚Katastrophe`, ‚Zerstörung` ) verwendet, der zugleich seiner Sicht vom Völkermord an den Juden als ‚präzedenzloser Katastrophe` entspricht."

In dieser Anmerkung sind zwei grundlegende Thesen Yehuda Bauers angedeutet. Die Shoah ist als ein von Menschen begangener Völkermord prinzipiell erklärbar. Und dieser Völkermord ist präzedenzlos, nicht aber unwiederholbar. Dass sein Interesse nicht allein der historischen Forschung, sondern auch der politischen Vorsorge dient, macht Bauer von Anfang an deutlich, wenn er seine "Vorurteile" benennt: "Die Shoah kann ein Präzedenzfall oder eine Warnung sein. Mein Vorurteil ist in gewisser Weise ein politisches: Ich glaube, wir sollten alles tun, um sicherzustellen, dass sie zu einer Warnung statt zu einem Präzedenzfall wird."

Kritik an Baumann, Aly und Goldhagen

Doch um Lehren ziehen zu können, muss man zunächst verstehen. Im zweiten Kapitel, überschrieben "Ist die Shoah erklärbar?", formuliert Yehuda Bauer Themen und Methoden der Forschung, fasst aber auch Ergebnisse der Geschichtsschreibung zusammen, die ihm als gesichert erscheinen. So gibt er einen auch Laien verständlichen Abriss des jahrelang erbittert geführten Streits der "Intentionalisten" und der "Funktionalisten" unter den Historikern. Im Kern geht es dabei um die Frage, wie die Entscheidung für den Völkermord an den europäischen Juden fiel: auf Befehl und mit zentraler Planung von oben, also letztlich durch Hitler, oder als Ergebnis einer Fülle von Einzelinitiativen unterschiedlicher Instanzen, die schließlich in der "Endlösung" kulminierten. Yehuda Bauer hatte schon 1984, auf dem eigens zu diesem Thema durchgeführten Stuttgarter Kongress "Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg - Entschlussbildung und Verwirklichung" (1) - die Frage gestellt, ob der Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten nicht letztlich gegenstandslos sei. In seinem neuen Buch bekräftigt er diese Position, indem er die produktiven Anstöße beider Strömungen würdigt, ihnen aber abspricht, ein hinreichendes Erklärungsmodell zu liefern.

Bauers Erklärung integriert beide Ansätze, geht aber in einem wesentlichen Punkt über eine bloße Addition hinaus. Entscheidender Träger der Shoah sei eine "enttäuschte, entwurzelte Intelligenzija" gewesen, eine Gruppe von "Lumpenintellektuellen", die nach der deutschen Niederlage 1918 ein "pseudo-messianisches Regime und einen Führer" suchten und fanden. Wie Hitler, der "als radikalisierender Faktor fungierte", sahen sie in den Juden "die Hauptbedrohung der germanischen, nordischen, ‚arischen` Menschheit"; diese galt es zu vernichten, um die Nazi-Utopie der reinrassigen Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Eine in ihrem Wahn doch schlüssige Weltanschauung, die Saul Friedländer treffend als "Erlösungsantisemitismus" bezeichnet (2) - aus Bauers Sicht ein "Schlüsselbegriff für das Verständnis nicht nur der Nazi-Ideologie selbst, sondern auch der enormen Anziehungskraft, die sie auf die deutschen Eliten und die Bevölkerung insgesamt ausübte."

Dass es die an der Spitze der NSDAP organisierten Intellektuellen waren, die zu den "wichtigsten Vermittlern mörderischer Anordnungen" wurden, zeigt Bauer an etlichen Beispielen. Er tut das nicht, um die Masse der Mörder, Mittäter und "Zuschauer" zu entlasten, sondern um die spezifische deutsche Arbeitsteilung zu

skizzieren: "...sobald der Führer seinen Willen äußerte und eine enthusiastische Klasse gebildeter Menschen ihn unterstützte, war es nicht schwer, die einfacheren Leute zu finden, die das Erschießen und Totprügeln übernahmen und Kinder ermordeten." Diese "einfacheren Leute" waren aber nicht nur autoritätsgläubig, sondern durch einen in der deutschen Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert verbreiteten Antisemitismus vorbereitet. Dieser weit verbreitete Antisemitismus, den Bauer "gemäßigt" nennt, und das "Unbehagen" der meisten übrigen Deutschen gegenüber den Juden hätten jede wirksame Opposition gegen den Judenmord verhindert. Dass Opposition möglich war, zeigt Bauer an zwei Beispielen: dem teilweise erfolgreichen Protest der Kirchen gegen die Ermordung Behinderter ("Euthanasie") und den Demonstrationen in der Berliner Rosenstraße Anfang 1943, durch die deutsche Frauen ihre jüdischen Ehemänner aus Gestapo-Haft frei kämpften.

Intellektuelle als Anstifter der Shoah

Die Shoah als ein präzedenzloses historisches Faktum zu verstehen, erfordert für Bauer den Vergleich mit anderen Völkermorden. Hier schrillen bei Linken die Alarmglocken - werden doch Vergleiche mit "dem Holocaust" allzu gern für niedrige Zwecke eingesetzt: etwa wenn das amtierende deutsche Kriegskabinett Soldaten auf den Balkan schicken will oder Nazis das deutsche Menschheitsverbrechen mit dem Verweis auf die Ermordung der nordamerikanischen Indianer zu relativieren versuchen. Und dennoch gilt, was Micha Brumlik in seiner Rezension von Bauers Buch schrieb: "Von Einzigartigkeit (der Shoah) kann nicht sprechen, wer den Vergleich scheut." (taz, 4.12.01) Die Singularität der Shoah, oder genauer: ihre Präzedenzlosigkeit, wird besonders bei einem Vergleich mit dem Völkermord an den Armeniern deutlich, den Bauer als die "nächstliegende Parallele zur Shoah" ansieht. Diesem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts "lagen politische und chauvinistische Motive zugrunde, das heißt, er hatte eine sachliche Basis." Ziel war die Vertreibung der Armenier aus Anatolien und die Expansion des "jungtürkischen" Regimes. Auch die Genozide der Spanier an den Indios hatten praktische Gründe; es ging um Gold und andere Reichtümer, während die zwangsweise Bekehrung zum Christentum lediglich den ideologischen "Überbau" abgab.

Bauer unternimmt noch weitere Vergleiche und zeigt, dass auch der Völkermord der Nazis an den Sinti und Roma für die Mörder nicht den gleichen Stellenwert hatte wie der Mord an den Juden. Dass daraus keine Hierarchisierung der Opfer abgeleitet werden darf, betont Bauer mehrfach.

Aus Bauers Sicht sind es fünf Merkmale, welche die Shoah von anderen Völkermorden unterscheiden und zum weltweit einzigartigen "Symbol des Bösen" machen. Erstens: "Kein bisher geschehener Völkermord basierte so vollständig auf Mythen und Halluzinationen, auf einer so abstrakten, nichtpragmatischen Ideologie, die dann mit äußerst rationalen, pragmatischen Mitteln in die Tat umgesetzt wurde." Zweitens ist die Shoah wegen ihres "globalen Charakters" präzedenzlos - d.h. wegen des Versuchs der Nazis, die Juden weltweit zu verfolgen und zu ermorden. Drittens war die Vernichtung da, wo die Nazis Juden in ihre Gewalt bekamen, total; hier räumt Bauer ein, dass auch die Vernichtung der Kariben durch die Spanier total war - mit dem bedeutsamen Unterschied, "dass die Vernichtung das faktische Ergebnis, niemals aber ausdrücklich Staatspolitik war". Das vierte "Element der Präzedenzlosigkeit": "Weil Juden in der Hölle der Konzentrationslager die unterste Stufe einnahmen, wurden sie Opfer eines beispiellosen Verbrechens der totalen Demütigung und erlitten Schlimmeres als andere Opfer desselben Verbrechens." Das fünfte Element sieht Bauer in der von den Nazis versuchten "Revolution", mit der weltweit das Prinzip der "Rasse" durchgesetzt werden sollte.

Diese Aussagen sind - insbesondere in der hier referierten extremen Kurzfassung - nicht ohne weiteres einleuchtend, sondern diskussionsbedürftig. Bauer verdeutlicht seine Position in den folgenden beiden Kapiteln noch einmal, indem er sie anderen Gesamtdeutungen der Shoah gegenüberstellt. U.a. kritisiert er den polnischen Soziologen Zygmunt Baumann, der die Shoah aus der "Moderne" ableitet, und den deutschen Historiker Götz Aly, der als extremer Funktionalist die nazistische Bevölkerungspolitik in Osteuropa für das grundlegende Faktum hält, das den Mord an den Juden zwangsläufig nach sich gezogen habe. (3) Aufschlussreich ist auch Bauers Auseinandersetzung mit Daniel Jonah Goldhagen. Wie Bauer betont auch Goldhagen die Bedeutung der Ideologie, seine Behauptung aber, in der deutschen Gesellschaft sei seit Ende des 19. Jahrhunderts ein radikaler, "eliminatorischer" Antisemitismus Konsens gewesen, hält Bauer für falsch. Zur Begründung verweist er u.a. auf die Wahlergebnisse vor 1933. Noch einmal kommt er auf seine These von der Schlüsselstellung der intellektuellen Elite zurück und hält Goldhagen vor: "Wenn Goldhagen von einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Mordlust gegenüber Juden ausgeht, so entlastet er letztlich die konkreten

Gruppen, die radikale antisemitische Ansichten vertraten - die Akademiker, die Kleriker und am Ende die Nazis selbst."

Yehuda Bauers sehr lesenswertes Buch bietet enorm viele Anregungen. So enthält es auch differenzierte Betrachtungen über die Opferseite und widerlegt die immer noch verbreitete Ansicht, die Juden hätten sich "wie die Lämmer zur Schlachtbank" führen lassen. Aber auch die hier referierten Erklärungsmodelle, die Bauer selbst als keineswegs endgültig begreift, sollten nicht nur in der historischen Fachpresse weiter diskutiert werden.

Ein Mangel seiner Argumentation soll hier schon angesprochen werden: Bauer erklärt nicht, was denn die Nazis für die "gemäßigten" Antisemiten aus den herrschenden Eliten so attraktiv machte, dass sie Hitler 1933 an die Regierung brachten und zur Alleinherrschaft ermächtigten. Der Erlösungsantisemitismus, die Utopie der Rassenherrschaft oder andere wahnhafte Ideologien waren es wohl kaum - sondern vielmehr die Aussicht, unter Hitler innen- wie außenpolitisch den großen Wurf zu machen. Daran zu erinnern ist nicht deshalb falsch, weil Dimitroff und andere minderbegabte "Faschismustheoretiker" diese "rationale" Seite der Nazi-Diktatur verabsolutierten. Insofern bleibt auch die Kritik bestehen, die Kt. in ak 395 an Yehuda Bauers Grundposition formulierte: "Das monokausale Erklärungsmuster, das den Nationalsozialismus fast nur noch als Instrument zur ‚Judenvernichtung` begreift, greift sichtlich ebenso zu kurz wie das ökonomistische Modell, das den Holocaust nur noch als Spezialfall imperialistischer Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Raumpolitik interpretiert." (4)

Js.

Anmerkungen:

1) Eberhard Jäckel/ Jürgen Rohwer: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung; Frankfurt am Main (Fischer) 1987

2) Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939; München (Beck) 1998; vgl. Rezension in ak 423

3) zu Alys Position vgl. "Ökonomie und Politik der ‚Endlösung`" in ak 375

4) ak 395, Rezension von Yehuda Bauers Buch "Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945"; Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1996

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen; Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2001; 384 Seiten, 64 DM

29. Ein Löffel Honig in einem Fass voll Teer. Die Aufhebung des Todesurteils gegen Mumia Abu-Jamal

Autor: Annette und Michael Schiffmann · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:25

Und wieder einmal ist alles anders als erwartet: Tag X ist vorbei. Der Tag, auf den die weltweite Bewegung zur Unterstützung Mumia Abu-Jamals so lange gewartet hat, der Tag, an dem Bundesrichter William Yohn in Philadelphia eine Anhörung darüber ansetzen sollte, ob Mumia ein neues Verfahren bekommt und neue Beweise für seine Unschuld an der Ermordung des Polizeibeamten Daniel Faulkner am 9. Dezember 1981 vorbringen kann, hat ohne uns stattgefunden.

Es hätte ein Tag der internationalen Solidarität mit Mumia, ein Tag der Kundgebungen gegen das über ihn verhängte Todesurteil und gegen die Todesstrafe überhaupt werden sollen. Aber ohne Vorankündigung, ohne Anhörung der Parteien und ohne Anhörung auch nur eines einzigen Zeugen oder Beweises hat Richter Yohn am 18. Dezember entschieden, Mumias Antrag auf Überprüfung der verfassungsmäßigen Rechtmäßigkeit seiner Inhaftierung, den Habeas Corpus Antrag, in allen Punkten abzulehnen - bis auf einen einzigen mit weit reichenden Folgen: Er hat das Todesurteil gegen Mumia aufgehoben.

Es klingt wie ein Wunder. Genau besehen schrumpft dieses Wunder jedoch auf Erbsengröße. Von mehreren hundert Seiten juristischer und faktischer Argumentation der Verteidigung wird einzig der magere Punkt 25 anerkannt: Die Instruktionen von Richter Sabo an die Geschworenen und das an sie ausgegebene Urteilsformular bei der Strafzumessungsphase im Prozess 1981 entsprach nicht den gesetzlichen Anforderungen. Diese Anweisungen und Formulare, die bis 1989 in einigen Bundesstaaten der USA und auch in Pennsylvania verwendet wurden, hätten eine falsche und "unvernünftige" Auslegung der Bundesgesetze nahe gelegt, indem sie den irrtümlichen Schluss aufdrängten, mildernde Umstände dürften bei der Strafzumessung nur dann eine Rolle spielen, wenn die Geschworenen darüber einstimmig einer Meinung seien. Dies habe zu einer inakzeptablen Gefahr der Verwirrung bei den Geschworenen über die angemessene Prozedur bei der Strafzumessung geführt und könne daher nicht aufrechterhalten werden. Die gute Nachricht hierbei: Auch alle anderen Todesurteile, die unter Verwendung dieses Formulars zu Stande kamen, sind nun ebenso anfechtbar wie das Todesurteil gegen Mumia.

Dies ist der einzige von insgesamt 39 Punkten in den beiden Habeas-Corpus-Anträgen Mumias, dem Yohn stattgegeben hat. Der Schuldspruch "Mord Ersten Grades" wird ausdrücklich aufrecht erhalten. Zur Debatte steht jetzt einzig, das Todesurteil in lebenslängliche Haft umzuwandeln. Angesichts aller vorgelegten Punkte, insbesondere der neuen Beweise für Mumias tatsächliche Unschuld, ist das ein einziger, zum Himmel schreiender Skandal.

Bundesrichter Yohn hat zwei Entscheidungen getroffen - einmal zum ursprünglichen Habeas-Corpus-Antrag Mumias vom Oktober 1999 und zum anderen zur erweiterten Version dieses Antrags, den Mumias neue Verteidigung im August 2001 eingereicht hat. Seinen Bescheid zum ersten Antrag breitet Yohn auf 272 Seiten aus, der Abschmetterung des ergänzten Antrags widmet er ganze 27 Seiten - und beide Entscheidungen kann man nur als Dokumente des Grauens bezeichnen. Bei seiner Ablehnung des ersten Antrags macht Yohn sich noch die Mühe, die eingereichten Punkte einzeln abzuhandeln, der zweite Antrag, der einen alternativen Tathergang präsentiert und unter anderem mit dem Geständnis des Berufskillers Arnold Beverlys erstmals handfeste Beweise für Mumias Unschuld vorlegt, wird pauschal und auf rein formaljuristischer Ebene abgeschmettert.

Wie auf ein Mantra beruft Yohn sich wieder und wieder auf das 1996 verabschiedete "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Effektivierung der Todesstrafe" (AEDPA). Zur Essenz dieses Gesetzes heißt es bei Yohn, die für die Bearbeitung von Habeas-Corpus-Anträgen zuständigen Bundesgerichte seien dadurch dazu aufgefordert, grundsätzlich "von einer Richtigkeit der faktischen Beurteilungen durch die Staatsgerichte auszugehen." Im Klartext: Einmal gefällte Urteile sind, von wenigen extremen Ausnahmen möglicherweise abgesehen, als richtig zu betrachten, und die Aufgabe der Bundesgerichte bestehe nun darin, die Vollstreckung dieser Urteile zu beschleunigen. Dies geschieht vor allem durch die Einführung rigider Zeitlimits für die Einreichung von Berufungsanträgen, eine Praxis, die Yohn enthusiastisch kommentiert: "Früher waren

viele zum Tode verurteilte Angeklagte der Meinung, ihren Interessen sei am besten damit gedient, dass sie die Einreichung von Habeas-Corpus-Anträgen hinauszögerten, bis sie durch einen Hinrichtungsbefehl dazu gezwungen wurden. Die Durchsetzung von Zeitlimits wird auch dieser Taktik einen Riegel vorschieben." Zweck dieses Gesetzes ist nichts anderes als eine vermehrte, öffentlich als "Kampf gegen Kriminalität" präsentierbare Zahl von Hinrichtungen.

Die Konsequenzen dieser Auffassung ziehen sich durch den gesamten Text der beiden Entscheidungen Yohns. So heißt es über den rassistisch voreingenommenen Richter Sabo, der 1981 das Todesurteil verhängt hatte: "Es ist eine Sache, ob ein Richter die Polizei favorisiert oder ein Individuum (Jamal) ablehnt; es ist jedoch eine ganz andere Sache, ihm rassistische Beweggründe zu unterstellen. Wenngleich keine von beiden Haltungen entschuldbar ist, sind dies jedoch entschiedene Behauptungen, zu deren Erhärtung ganz unterschiedliche Beweise nötig wären. Nichts in Jamals erstem Antrag hat die Gerichte darauf aufmerksam gemacht, dass sie die rassistische Haltung von Richter Sabo würden untersuchen müssen." Im Klartext: Ob ein Richter rassistisch ist, fällt nicht ins Gewicht, wenn der Angeklagte sich darüber nicht "rechtzeitig" beschwert. Auf der anderen Seite muss aber auch auf die Zeugenaussage der Gerichtsschreiberin Terry Maurer-Carter vom September 2001, Richter Sabo habe in einer Prozesspause gesagt: "Ich werde ihnen [der Anklage] helfen, den Nigger zu grillen", mit keinem Wort mehr eingegangen werden, denn diese Aussage kommt zu spät, weil sie hätte früher kommen müssen. Catch 22 nennt der amerikanische Sprachgebrauch diese Argumentationslogik: Mach es, und es ist falsch, weil es nicht stimmt; mach es nicht, und es ist falsch, weil du es nicht gemacht hast.

Zu Mumias Begründung für die verspätete Einreichung der neuen Beweise, dass nämlich seine ehemaligen Anwälte Weinglass und Williams dagegen gewesen seien, heißt es kurz und bündig: "Das Problem [...] ist, dass der Antragsteller in diesem Stadium des Verfahrens [den Anhörungen zur Wiederaufnahme] gar kein verfassungsmäßiges Recht auf anwaltliche Vertretung hat." Es möge gravierende Gegenurteile dazu gegeben haben, diese träfen hier aber nicht zu. Die haarsträubende Tatsache, dass ein Todeskandidat nach amerikanischem Recht nur im ersten und strafbestimmenden Teil des Prozesses ein Recht auf einen Anwalt hat, fegt alle Argumente gegen eine Hinrichtung oder ein lebenslanges Urteil vom Tisch - dein Anwalt hat dich nicht gut vertreten, das macht nichts, weil du ohnehin keinen Anspruch auf einen Anwalt gehabt hättest.

Zum entscheidenden Unschuldsbeweis des Zeugen Beverly heißt es lapidar: "Jamal kann seinen Antrag nicht um diesen neuen Beweis erweitern, weil dieser Beweis sich in keiner Weise auf den ursprünglichen Antrag bezieht. Diesen Bezug zu gestatten [...] würde bedeuten, dass Jamal eine Ausweitung der Zeitbegrenzungen innerhalb des Gesetzes zur Effektivierung der Todesstrafe gestattet würde, wovor das Dritte Bezirksgericht ausdrücklich gewarnt hat." Und weiter: "Selbst wenn die Erklärung Beverlys vom 8. Juni 1999 nicht früher verwertbar gewesen sein sollte, setzt das Gesetz zur Effektivierung der Todesstrafe in diesem Fall eine zeitliche Deadline am 8. Juni 2000." Auch die neu eingeführte Behauptung der tatsächlichen Unschuld könne diese Frist nicht verlängern, weil keine wie auch immer geartete Ausnahme in dieser zeitlichen Beschränkung vorgesehen sei. Die einzig denkbare Möglichkeit für eine solche Ausnahme sei, dass "der Antragsteller beweisen könne, dass die Präsentation des Zeugen Beverly im ursprünglichen Prozess es mehr als wahrscheinlich gemacht habe, dass kein vernünftiger Geschworener ihn verurteilt hätte". Das sei ihm nicht gelungen.

Im Klartext: Der Beweis wird nicht gehört werden, weil der Richter ihn nicht hören will. Die mögliche Wahrheit würde das angestrebte schnellere Vollstrecken aller Todesurteile nur unnötig verkomplizieren. Also wird alles abgelehnt. Das Urteil von Richter Sabo wird in allen Einzelheiten bestätigt und in Stein gemeißelt, alle 29 aufgelisteten Verfahrensfehler, die Amnesty international, behutsam und um äußerste Objektivität bemüht, zu der Aussage veranlassten, der Prozess sei eine Farce gewesen, werden abgetan. Hier ist nicht Recht gesprochen, sondern Unrecht zementiert worden

Wir erinnern uns an Yohns Zitat des Herrera-Urteils, mit dem er die Vernehmung des geständigen Mörders Beverly abgelehnt hat: "Die mutmaßliche Unschuld eines zum Tode Verurteilten ist kein Hinderungsgrund für seine Hinrichtung, sofern er einen rechtmäßigen Prozess gehabt hat." Yohn eigene Taktik ist wesentlich geschickter: Die mutmaßliche Unschuld eines zum Tode Verurteilten ist kein Grund für die Anhörung der Beweise für eben diese Unschuld. Richter Yohn hat angeordnet, dass eine neue Jury innerhalb von 180 Tagen darüber befinden muss, ob Mumia erneut zum Tod oder "nur" zu Lebenslänglich verurteilt wird. Kommt innerhalb dieser 180 Tage kein neuer Geschworenenspruch zu Stande, lautet die Strafe automatisch

lebenslänglich. Die Staatsanwaltschaft Philadelphias, der es ein Herzensanliegen ist, Mumia endlich sterben zu sehen, hat bereits Berufung bei 3. Bundesberufungsgericht angekündigt - der letzten Instanz vor dem Obersten Gerichtshof der USA, der sich äußerst selten mit solchen Fällen befasst.

In Berufung gehen wird selbstverständlich auch die Verteidigung, und VertreterInnen der amerikanischen Solidaritätsbewegung für Mumia haben ihren Standpunkt zu den Entscheidungen Yohns bereits unmissverständlich deutlich gemacht: "Dies ist kein Sieg! Lasst euch nicht betrügen! Lebenslänglich ist nicht das, was wir verlangen. Wir fordern Mumias bedingungslose Freilassung! Wir werden uns nicht mit weniger zufrieden geben." (youth-4-mumia) Mumias Verfahren wird mittlerweile von der halben Welt mit Argusaugen verfolgt, im Dezember wurde er zum Ehrenbürger von Paris ernannt. Auch der internationale Protest gegen die Inhaftierung Mumias wird weitergehen, jetzt mehr denn je.

Annette Schiffmann

Michael Schiffmann

Der Text ist den Seiten www.mumia.de entnommen

30. "Der Gefangene selbst ist immer ein politischer Gefangener." Ex-Black Panthers über das US-Gefängnissystem und den Widerstand dagegen

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:08

Im Dezember 2001 besuchten Robert "King" Wilkerson und Marion Brown die Bundesrepublik. Beide sind Ex-Mitglieder der Black Panther Party (BPP) und engagiert in der US-Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener. Robert Wilkerson saß 31 Jahre in amerikanischen Gefängnissen, darunter im berüchtigten Staatsgefängnis von Louisiana, auch "Angola" genannt. Zusammen mit Herman Wallace und Albert Woodfox bildete er die so genannten Angola 3. Während Wilkerson im Februar 2001 den Knast verlassen konnte, sitzen Wallace und Woodfox weiterhin lebenslange Freiheitsstrafen ab. Das folgende Interview führte Lars Stubbe in Hamburg. Wilkerson und Brown äußern sich darin zur Geschichte der "Angola 3", zum Gefängnissystem in den USA und zu den politischen Perspektiven der Bürgerrechtsbewegung nach dem 11. September 2001.

ak: Könnt ihr euch unseren LeserInnen kurz vorstellen?

Robert Wilkerson: Mein Name ist Robert K. Wilkerson. Ich bin einer der "Angola 3" und bin im Februar 2001 aus dem Staatsgefängnis "Angola" von Louisiana entlassen worden. Ich bin nach Hamburg aus dem selben Grunde gekommen, aus dem ich überhaupt zur Zeit innerhalb und außerhalb der USA unterwegs bin, nämlich um die Kampagne für meine beiden anderen Genossen der "Angola 3" bekannt zu machen und zu unterstützen. Sie sind genau wie ich Opfer des Justiz- und Knastsystems und eines durchsichtigen Komplotts im Knast.

Marion Brown: Mein Name ist Marion Brown. Ich war Mitglied der Black Panther Party in New Orleans. Die "Angola 3" waren Mitglieder unserer Gruppe. Sie wurden später Mitglieder der "Angola"-Zelle unserer Organisation, die einzige organisierte und anerkannte Knastgruppe der BPP. Bei der Kampagne zur Freilassung der "Angola 3" geht es gleichzeitig auch um die über 100 politischen Gefangenen aus den Kämpfen der 60er- und 70er-Jahre, die immer noch in den US-Gefängnissen sitzen, teilweise auf Grund des COINTELPRO-Programms (1), und deren Fälle nicht so bekannt sind wie etwa die von Mumia Abu Jamal oder Geronimo Pratt. Gleichzeitig legen wir im Zuge dieser Kampagne den Focus auf eine dringend notwendige Gefängnisreform, nicht nur in Louisiana, sondern in den gesamten USA. Unsere Kampagne richtet sich gegen den entstehenden "gefängnis-industriellen Komplex" in Amerika.

Robert, auf Grund welcher Anschuldigungen bist du überhaupt nach "Angola" gekommen?

RW: Das ging los 1970. Im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen eines Überfalls hatte die Polizei von New Orleans mich auf Grund dubioser Zeugenaussagen verfolgt, Hausdurchsuchungen bei mir vorgenommen und mich verhaftet. Stichhaltige Beweise gab es nicht. Dennoch wurde ich mit zehn zu zwei Stimmen von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu 35 Jahren verurteilt. Ich war sehr wütend, und ich denke, dass war der Beginn meiner Politisierung. Ich wusste zwar, dass etwas in dieser Gesellschaft falsch lief, ich sah auch die Spaltungen in dieser Gesellschaft, und ich wusste, dass ich ein Opfer des Rassismus war. Aber ich konnte diese Dinge nicht richtig definieren und beschreiben, meine Gefühle hatten keinen politischen Ausdruck. Dieses Urteil und die Zeit im Knast lösten bei mir einen tiefen Reflexionsprozess über mich, meine Lage, diese Gesellschaft und die politischen und sozialen Verhältnisse aus.

Wie bist du dann zu den Black Panthers gekommen?

RW: Irgendwann im September 1970 gab es eine Sondermeldung im Fernsehen. Eine Gruppe Militanter hatte sich in einem Wohnblock in New Orleans verbarrikadiert und sich mit der anrückenden Polizei eine Schießerei geliefert. Das war damals absolut ungewöhnlich. Ich fand das sehr aufregend und hatte den Wunsch, irgendwie bei den Leuten zu sein, die sich gegen die Polizei wehrten, irgendwie mitmachen zu können. Wie durch ein Wunder - und nicht zuletzt durch die Beteiligung der Community - sind die Besetzer nicht erschossen worden. Sie wurden verhaftet und kamen schließlich in den Knast von New Orleans, wo ich auch saß; neun Männer und drei Frauen. Es stellte sich heraus, dass sie der Kern der BPP in New Orleans waren.

Es gab damals eine Reihe von politischen Organisationen, aber die BPP hatte eine klare Strategie, eine klare ideologische und politische Plattform: Wir wollen Freiheit, politische Selbstbestimmung, Ende der Polizeibrutalität, Freiheit für alle politischen Gefangenen. Wir wollen menschenwürdige Wohnungen, Bildung für unsere Kinder; wir wollen ein Ende der politischen Entmündigung und der ökonomischen Ausbeutung. Das hat mich sehr beeindruckt. Ich habe dieses Programm nicht nur akzeptiert, ich habe es "geheiratet". Ich habe es wie eine zweite Haut getragen, und so wurde ich Mitglied der BPP. Und damit wurde ich gleichzeitig ein Ziel der staatlichen Repression. Ich habe vieles nicht verstanden und war bestimmt kein geschulter Kader, aber das hat den Staat nicht interessiert. Ich war Mitglied der BPP, und das zählte.

Wie sah die Situation bei Herman Wallace und Albert Woodfox aus?

RW: Im Grunde sind wir alle drei letztlich im Gefängnis politisiert worden. Herman und Albert waren auch eine Zeit lang im Knast in New Orleans. November 1971 sind sie dann nach "Angola" verlegt worden, nicht zuletzt auf Grund unseres politischen Engagements und unserer Kontakte zur BPP.

Als Herman und Albert nach "Angola" kamen, kamen sie in eine durch und durch alte und verrottete Institution. "Angola" war damals ziemlich hart und brutal. Die Gefangenen hatten keinerlei Rechte, sie waren praktisch Sklaven. Der Knastapparat und die Verwaltung waren rein weiß. Die Schließer, schwarze und weiße, waren bewaffnet und machten gnadenlos von der Schusswaffe Gebrauch. Gefangene wurden häufig zusammengeschlagen und vergewaltigt. Oft genug haben sich auch Gefangene an den Schikanen und Übergriffen beteiligt, "Angola" galt zu dieser Zeit als das blutigste Gefängnis der USA. Herman und Albert haben in dieser Umgebung mit politischer Schulung begonnen. Sie initiierten auch Kämpfe gegen die Zwangsarbeit im Knast. Der Arbeitstag in "Angola" war unglaublich lang und hart, 17, 18 Stunden am Tag für zwei Cent in der Stunde. Das alles war der Knastverwaltung natürlich ein Dorn im Auge.

Im April 1972 wurde ein Schließer tot aufgefunden, und die ersten, denen man diese Tat anhängen wollte, waren die politischen Aktivisten der BPP. Herman und Albert wurden sofort in Einzelhaft genommen. Obwohl keinerlei Beweise für ihre Tatbeteiligung vorlagen, wurden beide zu lebenslänglich verurteilt. Inzwischen liegen Beweise dafür vor, dass der Zeuge der Anklage vom Staat gekauft worden war. Herman und Albert sind Opfer einer staatlichen Verschwörung geworden, weil sie Black Panther waren.

Worum ging es in deinen späteren Auseinandersetzungen mit der Justiz in Louisiana?

RW: Ich bin kurz danach nach "Angola" verlegt worden. Im Sommer 1973 kam es im Isolationstrakt zu einer Messerstecherei. Wir hatten zu elft Ausgang, und zwischen zwei Gefangenen brach der Kampf aus, wobei einer ums Leben kam. Zunächst wurde gegen alle elf ermittelt, aber bereits nach wenigen Wochen ging es nur noch um mich und denjenigen, der den anderen in Notwehr erstochen hatte. Obwohl die Wunden eindeutig zu dem Messer gehörten, obwohl Schließer aussagten, dass ich nicht an dem Kampf beteiligt war, wollte mir der Staat diese Tat anhängen. Wir wurden beide zu lebenslanger Haft verurteilt. In den Berufungsverfahren hat der Mitangeklagte eindeutig für mich ausgesagt. Er hat bekundet, den Gefangenen in Notwehr erstochen zu haben. Die Aussage eines Belastungszeugen musste als offenkundig unglaubwürdig zurückgezogen werden. Dennoch wurde ich wieder verurteilt auf Grund der Aussage eines einzigen Zeugen. Andere Zeugen, die ursprünglich für mich ausgesagt haben, waren nicht mehr vorgeladen worden.

Ab 1987 ging es dann darum, ob in den bisherigen Prozessen meine verfassungsmäßigen Rechte verletzt worden waren. Schließlich wurde mir folgender Deal angeboten: Ich sollte die Klage in Bezug auf meine verfassungsmäßigen Rechte fallen lassen. Dafür wurde der ursprüngliche Fall von einem Mord in einen Totschlag umgewandelt, für den ich dann die Strafe abgesessen hätte. Ein Verfahren um meine verfassungsmäßigen Rechte hätte sich noch Jahre hinziehen können, ich hätte darüber im Knast sterben können. Mir war schon unbehaglich bei diesem Deal, aber Herman und Albert waren beide der Auffassung, dass es auch für sie besser wäre, wenn ich raus käme und von draußen ihren Kampf weiter unterstützen würde. Somit habe ich - obwohl unschuldig - diesen Deal akzeptiert und konnte im Februar 2001 "Angola" verlassen.

Welche Perspektive hat eigentlich der Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen in den USA?

MB: Ursprünglich lag unser Focus auf den "Angola 3" und damit der BPP in "Angola". Im Zuge unserer Kampagne haben wir Kontakt aufgenommen zu UnterstützerInnen für andere politische Gefangene. Es ist eine

naturwüchsige Koalition, weil einfach so viele Menschen im Knast sind. Man kann sich einfach nicht nur um einen kümmern, und das war's dann. Es ist ein langsamer Graswurzelprozess, denn in vielen Fällen kann man einfach nicht mehr voraussetzen, dass die Leute wissen, warum wer einsitzt, welche staatlichen Konstrukte gegriffen haben usw.

Was wir immer wieder betonen, ist, dass das, was den politischen Gefangenen passiert ist, schnell auch anderen passieren kann. Das gilt erst recht nach den neuen Sicherheitsmaßnahmen nach dem 11. September. Die staatliche Suspendierung von elementaren bürgerlichen Freiheitsrechten ist nach dem 11. September von zentraler Bedeutung. Zumal die USA behaupten, sich im Krieg zu befinden. Damit können tendenziell alle Bürgerrechte außer Kraft gesetzt und durch Kriegsrecht ersetzt werden. Und diese Maßnahmen sind nicht nur kurzfristiger Natur, sie gelten für lange Zeit. Eine solche Außerkraftsetzung bürgerlicher Freiheitsrechte ist immer gefährlich.

Geht es bei eurer Kampagne hauptsächlich um die Freilassung der politischen Gefangenen?

MB: Über die Kampagne für die "Angola 3" sind wir mit vielen Menschen in Kontakt gekommen, die nicht unbedingt im engen Sinne politische AktivistInnen sind oder sich als politisch verstehen. Aber der Gefangene selbst ist immer ein politischer Gefangener, denn wenn man Geld und Macht und Einfluss hat, dann landet man nicht in "Angola". Louisiana hat pro Kopf die meisten Gefangenen aller Staaten der USA. In Louisiana werden die meisten lebenslangen Freiheitsstrafen verhängt. Und in Louisiana werden die wenigsten Bewährungen ausgesprochen. In Louisiana ist ein gewaltiger "gefängnis-industrieller Komplex" entstanden, der auch nationale Bedeutung gewinnt. Die meisten Staaten geben inzwischen mehr Geld für Gefängnisse als für Bildung aus. Über die "Angola 3" werden also immer mehr Dinge zum Thema, nicht nur die politischen Gefangenen im engeren Sinne. Selbst Leute, die mal die "One-Strike"- oder "Three-Strike"-Gesetze (2) unterstützt haben, sind inzwischen nachdenklich geworden, allein wegen der reinen Zahlen. Über zwei Millionen Menschen in den USA sitzen im Gefängnis! Und das am schnellsten wachsende Segment der Knastbevölkerung sind Frauen. Also gibt es jetzt eine wachsende Zahl von Kindern, deren Mütter (und oft genug auch Väter) im Knast sitzen. Angesichts dieser Domino-Effekte werden selbst Hardcore-Law-and-Order-Typen nachdenklich. Dies alles sind Gründe, warum unsere Bewegung wächst, zu einer Bürgerrechts- und Anti-Knast-Bewegung wird, die nicht nur traditionell linke Gruppen umfasst.

Wie sieht die Situation, nach dem 11. September aus? Gibt es neue politische Bewegungen, die ernsthaft in der Lage wären, den Krieg zu stoppen und die Law-and-Order-Spirale zurückzudrehen? Welche Kontakte und Verankerungen gibt es zwischen den "alten" AktivistInnen und neuen linken Organisierungsversuchen?

MB: Ich denke, es fängt langsam an, dass die Maßnahmen, die der Staat nach dem 11. September ergriffen hat, in Frage gestellt werden. Auf Dauer wird die gezielte Desinformation nicht aufrecht erhalten werden können. Ich bin auch deswegen zuversichtlich, weil es in Amerika eine lange bürgerrechtliche Tradition gibt, eine Tradition, sich bestimmte Schreckensbilder von Polizeibrutalität u.ä. nicht ewig anzugucken. Die Zahl der BürgerrechtsaktivistInnen hat in den letzten Jahren beständig zugenommen, nachdem "Linkssein" lange als ein als schlechter Witz betrachtet wurde. Viele der früheren AktivistInnen besinnen sich auf ihre Geschichte, man sieht sie wieder. Und viele Jüngere, die lange einfach nur eine unbestimmte Wut mit sich rumgetragen haben, suchen nach politischer Orientierung und interessieren sich für die alten Organisationen. Das schlägt sich in einem großen Interesse an der Geschichte der BPP nieder, aber auch in wachsenden Mitgliederzahlen - gerade von Jüngeren - bei Organisationen, die sich aus den 60er- und 70er-Jahren bis heute hinübergerettet haben.

Dazu eine abschließende Frage: Wie ist euer Verhältnis als ehemalige Black Panther zu der neu gegründeten New Black Panther Party?

RW: Vor drei, vier Wochen habe ich einige Führungsmitglieder der NBPP getroffen. Demnächst soll dort entschieden werden, ob sie sich politisch-ideologisch an die alte BPP anlehnen oder nicht. Ich kann mir da noch kein Urteil erlauben. Nach dem Gespräch habe ich aber schon den Eindruck, dass sie zum Dialog bereit sind, dass sie von der alten BPP lernen und ihrer Politik folgen wollen. Von meiner Seite aus will ich den Kontakt aufrechterhalten und mit offenen Armen auf sie zugehen. Selbst wenn sie einen anderen Weg gehen sollten, maße ich mir nicht an zu entscheiden, welcher richtig ist und welcher falsch. Darüber urteilt die Geschichte.

MB: Nun, ich bin wohl eher eine der alten AktivistInnen, die mit der gegenwärtigen so genannten NBPP nicht so glücklich sind. Wenn man etwas imitieren möchte, sollte man sich sehr genau anschauen, was man da imitiert, und man sollte damit zumindest ernsthaft umgehen. Ich freue mich, dass junge Leute etwas tun wollen, aber ich bin nie eine Anhängerin von Kuleev Muhammed gewesen, dem Gründer der NBPP. Wenn schon jemand wie Louis Farrakhan (3) meint, er sei zu rassistisch, um mit ihm zusammenzuarbeiten, dann sagt das eine ganze Menge aus. Es hat also immer ideologische Probleme mit Muhammed gegeben. Und es ist ein Problem, diese jungen Männer und Frauen zu sehen, die wie Panther aussehen und wie Panther handeln, aber kein wirkliches politisches Programm haben. Der Community dienen ist mehr als schwarze Baretts und schwarze Klamotten zu tragen und mit Knarren rumzulaufen. Und wenn die Community dich nicht einschätzen kann, bist du kein Black Panther. Denn die Community hat uns immer unterstützt. Wir haben uns um sie gekümmert und die Community sich um uns.

Anmerkungen:

1) Counter Intelligence Programme, illegales Aufstandsbekämpfungsprogramm des damaligen FBI-Direktors Edgar J. Hoover, mit dem gezielt der damalige "Staatsfeind Nr. 1", die Black Panther Party, zerstört und ihre führenden Kader "eliminiert" werden sollten.

2) Im Zuge Law-and-Order- und "Zero-Tolerance"-Politiken haben etliche Bundesstaaten Gesetze erlassen, nach denen auch bei geringfügigen Delikten im Wiederholungsfalle langjährige bis lebenslange Haftstrafen verhängt werden können.

3) Führer der Nation of Islam bzw. der Black Muslim. Bekannt und umstritten wegen seiner oft militanten rassistischen und antisemitischen Äußerungen.

",Angola` war das blutigste Gefängnis des ganzen Landes"

"Wir wurden Opfer einer staatlichen Verschwörung, weil wir Panthers waren"

"Unsere Kampagne richtet sich gegen den gefängnis-industriellen Komplex in den USA"

"Der Community dienen ist mehr, als Knarren und schwarze Baretts tragen"

31. Vaterland und Muttererde? Niru Yuval-Davis analysiert das Verhältnis von Geschlecht und Nation

Nira Yuval-Davis analysiert das Verhältnis von Geschlecht und Nation

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:19

Während Deutsche und EngländerInnen ihr Land als Vaterland imaginieren, sehen FranzösInnen "la Patrie" in der Figur einer gebärenden Frau symbolisiert; RussInnen hingegen stellen sich ihr Land als Mütterchen Russland vor und in bäuerlichen Gemeinschaften wird die Fruchtbarkeit der "Mutter Erde" beschworen. All diese Mythen und Bilder um Land, Nation und Nationalstaaten zeigen, wie geschlechtlich konnotiert dieser Diskurs ist, dennoch finden diese offensichtlichen Implikationen in wissenschaftlichen Werken zu Nation nur selten Erwähnung. Eine Ausnahme bilden die Studien der Soziologin Nira Yuval-Davis, die in ihren Publikationen schon seit Jahren auf die Verbindung von Nationalstaat und Geschlecht hinweist.

Die in Israel geborene Yuval-Davis ist Professorin für Gender and Ethnic Studies an der Greenwich Universität in London, sie ist u.a. Mitglied der Gruppe "Woman Against Fundamentalism", die sich in London als Reaktion auf die Rushdie-Affaire gegründet hat. 1997 erschien ihr Grundlagenwerk Gender and Nation, das nun vom Verlag die brotsuppe in deutscher Fassung veröffentlicht wurde.

In Geschlecht und Nation liefert Yuval-Davis zunächst einen Überblick über herrschende Theorien rund um das Thema Nation. Dabei arbeitet sie sich an den drei Dimensionen nationalistischer Projekte ab: dem genealogischen Verständnis von Nation, der Vorstellung von Kultur als Wesenskern der Nation und dem Begriff der Staatsbürgerschaft. Sie zeigt anschaulich die geschlechtsblinden Flecken der jeweiligen Theorie auf. Dabei begeht sie aber nicht den Fehler, diese Theorien lediglich mit der Gender-Brille zu betrachten, mit der dann einseitig der Ausschluss von Frauen aus nationalen Projekten ins Auge fällt. Nach Yuval-Davis ist die Unterdrückung von Frauen zwar integraler Bestandteil gesellschaftlicher Beziehungen, dies gilt vor allem, wenn es um die Verteilung von Macht und Ressourcen geht. Patriarchale Unterdrückung darf aber keinesfalls gegen andere Unterdrückungsverhältnisse aufgerechnet werden. So sind - laut Yuval-Davis - "Geschlecht, Ethnizität und Klasse immer ineinander verwoben und drücken sich wechselseitig ineinander aus entsprechend konkreten gesellschaftlichen Konstellationen." (S. 20)

Den Anspruch, Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus als miteinander verwobene Herrschaftssysteme zu begreifen, verfolgt Yuval-Davis konsequent und schlüssig, sie hebt sich damit positiv von AutorInnen ab, die lediglich im Vorwort darauf hinweisen, dass es ja auch noch andere Unterdrückungsverhältnisse als das von ihnen untersuchte gibt. Demgegenüber ist Yuval-Davis wissenschaftlicher Arbeitsstil vergleichbar mit dem einer Dokumentarfilmerin: Das Thema Nation und Geschlechterbeziehungen ist zwar allzeit präsent: Es ist das, was erzählt werden soll, gleichzeitig lenkt Yuval-Davis immer wieder die Aufmerksamkeit auf Themen wie Rassismus und Antisemitismus, die detailliert erörtert werden. Durch diese Differenziertheit gelingt es ihr, eine Kategorisierung und Festschreibung von dem, was "Frauen" (bzw. "Männer") ausmacht, zu verhindern. Sie benennt einerseits die konkreten Ausschlussmechanismen, mit denen Frauen aus Staat und Gesellschaft rausgehalten werden, gleichzeitig zeigt sie, wie zum Beispiel ethnische und rassistische Zuschreibungen, Alter, Klassenlage die Spaltungslinie des Geschlechts durchkreuzen und überlagern können. Kurz: Frauen stellen keine homogene Gruppe dar.

Dieser Abschied von einer imaginierten "Wir-Gruppe" der Frauen bedeutet jedoch nicht per se das Ende feministischer Politik, allenfalls läutet er das Ende einer bestimmten Form von Identitätspolitik ein. Yuval-Davis kritisiert zum einen den Gleichheitsansatz des westlichen Feminismus der 70er/80er Jahre, der die individuellen Erfahrungen von weißen, gebildeten Mittelstandsfrauen als kollektive Identität aller Frauen festlegte. Zum anderen führt der direkte Umkehrschluss, den Vertreterinnen eines radikalen Differenzansatzes propagieren, aus ihrer Sicht ebenfalls in eine Sackgasse: Essentialistische Vorstellung von "der Frau" werden lediglich ausgetauscht durch nicht weniger essentialistische Vorstellungen, die nun bestimmte Gruppen von Frauen beschreiben sollen (weiße, schwarze Frauen, Arbeiterinnen, Jüdinnen etc.).

Um diesem Gleichheit- bzw. Differenzdilemma zu entgehen, schlägt Yuval-Davis einen dritten Weg vor, den sie als transversale Politik bezeichnet. Transversale Politik folgt der "Voraussetzung dekonstruktivistischer

Theorien, dass Differenz entscheidend das Menschsein bestimme". (S. 204) Dennoch kann zu Zwecken der Mobilisierung und für politische Prozesse die Vorstellung von Einheit hergestellt werden. Für eine emanzipatorische Praxis sei es unumgänglich, so Yuval-Davis, Koalitionen einzugehen, bei denen die Unterschiede zwischen Frauen respektiert werden, und Gemeinsamkeiten vor allem in Bezug auf gemeinsame Ziele bestehen. Bündnisse werden nicht dadurch begrenzt ",wer wir sind`, sondern dadurch, was wir erreichen wollen." (S. 205)

So weit die wohlklingende Theorie. Die Attraktivität dieser Herangehensweise liegt sicherlich darin, dass eine Einheit (im Sinne einer gemeinsamen politischen Praxis) in der Vielfalt (von verschiedenen Individuen) angestrebt wird. Im Gegensatz dazu formieren und legitimieren sich Nationen, aber auch Kleingruppen in der Regel dadurch, dass eine Vereinheitlichung nach innen und eine Abgrenzung nach außen stattfindet. Frauen nehmen - so Yuval-Davis - innerhalb dieser Gemeinschaften eine ambivalente Position ein: Zum einen symbolisieren sie häufig die Einheit und Ehre nationalistischer Projekte, die es zu verteidigen gilt, zum anderen werden Frauen durch eine spezifische Konstruktion des Staatsbürgerstatus und der Öffentlichkeit immer wieder aus der politischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Frauen sind demnach Ein- und Ausgeschlossene zugleich. Ziel feministischer Politik müsse es sein, den herrschenden Dualismus einer konstruierten "Wir-Gruppe" und ebenso konstruierten "Ihr-Gruppen" zu durchbrechen. Ob und wie alltagstauglich das Konzept der transversalen Politik ist, wird sich zeigen. Einen Versuch wär's auf jeden Fall wert.

Nicole Vrenegor

Nira Yuval-Davis: Geschlecht und Nation. Verlag die brotsuppe, Emmendingen 2001, 250 Seiten, DM 34/ 17 Euro.

32. Eurozeichen setzen! (ak-Spendenaufruf)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak458/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:33

Es gibt Zeiten im Jahr, da stürzen sich die KollegInnen, kaum hat der Postbote geklingelt, nicht auf die Tageszeitungen oder auf die anderen linken Journale. Ihr Interesse gilt etwas anderem: den Kontoauszügen der Postbank für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik. An dem einem Tag werden beispielsweise 101,13 Euro ausgewiesen, am nächsten weitere 1.270,40. Und jedes Mal ist die Freude groß! Bloß manchmal - aber ganz, ganz selten - kommt kein neuer Kontoauszug, und die frohe Erwartung wird bitter enttäuscht.

Natürlich wird von unserer Finanzverwaltung auch online-gebankt. Aber in der Frage der Kontoauszüge sind wir strukturkonservativ. Wir machen ja schließlich auch eine Print- und keine Internetzeitung. Es ist einfach sinnlicher, diese schönen Auszüge in der Hand zu halten.

Vielleicht sind in diesem Jahr manche auch noch ein bisschen nervöser als sonst, denn plötzlich muss neben der bangen Frage, ob es denn wohl reichen wird, auch noch mit einer Halbierung der Zahlen umgegangen werden. Umso schöner, dass sich bereits jetzt abzeichnet: Wenn der Spendenfluss so weiter geht wie bisher, können wir zuversichtlich sein, dass wir auch im ersten Euro-Jahr unser Spendenziel - 27.098.47 Euro - erreichen werden.

Die RechenkönigInnen unter uns freuen sich, wenn sie mal wieder hinter krummen Euro-Beträgen zielgenau einen glatten DM-Betrag enttarnen: 51,13 Euro sind nämlich 100 DM, oder 255,65 Euro sind 500 DM.

Wie auch immer - es gilt: Uns ist jeder Eingang auf unserem Spendenkonto willkommen. Egal ob gerade oder ungerade, ob niedrig oder hoch, ob in Euro oder Schweizer Franken. Jede Spende trägt dazu bei, dass wir die Herausgabe von ak für ein weiteres Jahr sichern können. Voraussetzung ist natürlich, dass wir die erforderliche Summe auch erreichen.

Allen, die bisher dazu beigetragen haben, ganz, ganz herzlichen Dank. Alle, die noch beitragen wollen, verwenden bitte die dieser Ausgabe beiliegenden Überweisungsträger. Oder überweisen online. Denn noch fehlen uns 11.412,03 Euro.

Es freut sich auf weitere Kontoauszüge

Eure ak-Redaktion

Überweisungen an:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto 13150204

BLZ: 20010020

Postbank Hamburg

33. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak458/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:15

11. September und neue Weltordnung

"Sollten sich die amerikanischen Intellektuellen mit ihrer Kritik an der US-Regierung zurückhalten?" wird der Linguistikprofessor und langjährige Kritiker der US-Außenpolitik Noam Chomsky in einem Interview kurz nach dem 11. September gefragt. Ganz im Gegenteil, erklärt Chomsky: "Sie sollten sich mit verdoppeltem Eifer auf die Faktoren konzentrieren, die diesen und anderen Verbrechen zu Grunde liegen, und noch mehr Energien in die gerechte Sache stecken, die sie bislang vertreten haben." Wolfgang Haug hat nun in dem Buch Angriff auf die Freiheit? Beiträge verschiedener Intellektueller aus den USA, Asien und Lateinamerika zusammengestellt, die sich kritisch mit dem 11. September und der Rolle der USA auseinander setzen. Neben zwei Chomsky-Interviews finden sich auch Artikel von Saskia Sassen, Tariq Ali, Arundhati Roy und Vandana Shiva. Ergänzt wird das Ganze durch fundierte Hintergrundberichte über die Nordallianz und die Taliban-Bewegung. Die meisten Artikel sind im September und Oktober im US-amerikanischen Z-Magazine (www.zmag.org) erschienen, verfasst als direkte Reaktion auf den 11. September. Alle AutorInnen weigern sich, der simplifizierenden Logik von Rache und Vergeltung, von Gut und Böse zu folgen. Dies gelingt mal mehr und mal weniger gut. So setzt beispielsweise Saskia Sassen die Terroranschläge unmittelbar in Bezug zur Globalisierung und zum Verhalten der Länder des Nordens: "Auch wenn wir noch glauben mögen, die heute in New York und Washington erlebte Gewalt habe nichts mit der zunehmenden Armut und Verschuldung im Süden zu tun - es ist so." Sassens Argumentation läuft Gefahr, den Anschlägen eine emanzipatorische Logik zu unterstellen, die sie definitiv nicht haben. Auch ist es problematisch, die Toten von New York gegen die Toten auf Grund von Armut, Krieg und Vertreibung in den südlichen Ländern aufzurechnen, so wie es Vandiva Shiva und Arundhati Roy tun. Wesentlich differenzierter argumentieren Chomsky und Wolfgang Haug, der betont, dass "kein Verbrechen (der USA) einen solchen Terror rechtfertigt".

Wolfgang Haug (Hrsg.): Angriff auf die Freiheit? Die Anschläge in den USA und die "Neue Weltordnung". Hintergründe - Analysen - Positionen. 128 Seiten, 12 Euro

Globalisierungskritik

Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe von Mittelweg 36, der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, ist die "Anti-Globalisierungsbewegung". Deren Grenzen behandelt der Zeithistoriker Wolfgang Kraushaar, der das relativ junge Phänomen in den nötigen historischen Rahmen einordnet. So zitiert er Marx und Engels, die schon 1848, im "Kommunistischen Manifest", die globale Expansion des Kapitals und den weltweiten Siegeszug der Bourgeoisie beschrieben. Durch diesen Prozess würden "auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation" mit hineingerissen, schrieben die Begründer des "wissenschaftlichen Sozialismus" und beschrieben damit auch die Ambivalenz dessen, was heute "Globalisierung" genannt wird. Kraushaar versucht aber auch eine historische Einordnung der gegen die "Globalisierung" gerichteten Bewegung, indem er an die "erste globale Rebellion" erinnert: die antiautoritäre Revolte von 1968, die zeitgleich in den USA, Westeuropa und Mexiko, aber auch in der realsozialistischen Tschechoslowakei die Herrschenden in Schrecken versetzte. Verglichen mit der Revolte von 1968 ist die "Anti-Globalisierungsbewegung" nur schwer definierbar. Dass sie vor allem "Appellcharakter" hat und ihr ein "Konzept zur Einflussnahme auf supranationale Einrichtungen wie die WTO" fehlt, hält der Autor für einen entscheidenden Mangel. Besonders unangenehm findet er die Wiederbelebung "antikapitalistischer Rhetorik" und die Versuche linksradikaler Gruppierungen, Einfluss auf die Bewegung zu gewinnen. Nicht sehr originell ist auch sein Lamento über die "Militanzfalle": "Die Überschreitung der Legalität macht zumeist das wieder umgehend zunichte, was sie an öffentlicher Aufmerksamkeit gerade zu konstituieren im Gange ist." Dass die "Überschreitung der Legalität" oft "öffentliche Aufmerksamkeit" überhaupt erst produziert, sollte Kraushaar, Veteran und Historiker der 68er Bewegung in einer Person, eigentlich noch in Erinnerung haben. Sein interessanter, wenn auch teilweise ärgerlicher Beitrag wird ergänzt durch eine nützliche "Chronik der Anti-Globalisierungsproteste" seit 1975.

Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Dezember 2001/Januar 2002; 92 Seiten, 18 DM

Nürnberger (Lern-)Prozess

"Im Herbst und Winter 1945/46 war Nürnberg ein Zentrum der Welt", schreibt Robert M.W. Kempner, einer der Ankläger beim Internationalen Militärgerichtshof, in seinen Lebenserinnerungen. "Berlin war nichts Besonderes, sondern eine zerstörte Stadt. Die Pariser, Londoner, Römer fingen allmählich wieder an zu leben. Die ganze Welt schaute aber auf Nürnberg, wo die einstigen Schrecken der Welt abgeurteilt wurden." Am Ende des Zweiten Weltkrieges war das etwas grundlegend Neues in der Geschichte des Völkerrechts: Auf der Anklagebank sollten 24 Männer der Elite des nationalsozialistischen Deutschlands sitzen; tatsächlich saßen dort nur 20 bzw. 21. (Robert Ley beging Selbstmord, Ernst Kaltenbrunner hatte zu Beginn des Prozesses einen Hirnschlag, Gustav Krupp von Bohlen konnte aus gesundheitlichen Gründen dem Prozess nicht folgen und gegen Martin Bormann wurde in Abwesenheit prozessiert.) Ankläger waren die Alliierten, die Sieger des Zweiten Weltkrieges. In seinem Buch geht es Steffen Radlmeier nicht um die Frage, ob so ein Tribunal angesichts der Dimension des Mordes Sinn macht, ob die "Richtigen" angeklagt werden, ob die Siegermächte einen Racheprozess führen. Vielmehr geht es ihm um die Atmosphäre, in der dieser Prozess stattfand, der das Ereignis schlechthin war: Viele namhafte JournalistInnen und SchriftstellerInnen (darunter Ilja Ehrenburg, Erika Mann, Victoria Ocampo, John Steinbeck, Rebecca West) reisten nach Nürnberg, um der Weltöffentlichkeit täglich zu berichten. Die chronologische Darstellung der einzelnen Berichte in dem Buch entspricht dem Prozessverlauf. Die BeobachterInnen halten auch ihre persönlichen Eindrücke fest: von den Anklägern, der Stadt Nürnberg und ihren BewohnerInnen - und von den Angeklagten: "Göring, mit Märtyrermiene, schüttelt den Kopf. Streicher kann ein nervöses Zucken der Mundwinkel nicht unter Kontrolle bringen ..." In den Berichten zeigen sich die unterschiedlichen Erwartungen an den Prozess, u.a. abhängig vom eigenen politischen Standpunkt, von der Betroffenheit durch die Mordtaten. Eine spannende Lektüre, die einen besonderen Blick auf die Nürnberger Prozesse ermöglicht.

Steffen Radlmaier: Der Nürnberger Lernprozess - von Kriegsverbrechern und Starreportern. Eichborn Verlag, 2001, 49,50 DM

Die Peripherie in der Metropole

In Diskussionen um die Widerstandsperspektiven linker Politik wird es fast gebetsmühlenhaft wiederholt: Die Proteste gegen die Globalisierung dürften sich nicht nur gegen die Großevents richten, sondern müssten vor Ort verankert werden. Allenthalben ein schwieriges Unterfangen. Denn wer analysiert schon gerne regionale und lokale Politik? Markus Wissen stellt sich in seiner Dissertation genau diesen Mühen der Ebene. Im Rahmen des Globalisierungsprozesses kommt es zu "horizont-räumlichen Spaltungen" (Nord-Süd, Ost-West), aber auch zu "sozialräumlichen Polarisierungen" unabhängig vom Entwicklungsstand der jeweiligen Gesellschaftsformationen. Diese Polarisierungen werden heute von bürgerlicher Seite gerne als nicht beeinflussbar, weil vom Weltmarkt diktiert, dargestellt. Unbestritten ist der Einfluss des Weltmarktes, bedingt durch die größere Mobilität und Flexibilität des Kapitals auf die jeweiligen "Funktionsräume", erheblich gestiegen. Markus Wissen erbringt in seinem Buch den Nachweis, dass lokale und regionale Politik nicht einfach nur passiver "Resonanzkörper" globaler Entwicklungen ist. Untersuchungsgegenstand ist die Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen zwischen Ende der 60er und Ende der 90er Jahre. Dabei geht es insbesondere um die Frage, in welcher Art und Weise die Sozialdemokratie an der Macht (in der Dissertation heißt das natürlich "die nordrhein-westfälische Landesregierung") mit dem Instrument der Strukturpolitik agiert, um sich verschärfende Widersprüche in stabilen Bahnen zu halten. Interessant für die Diskussion in der Linken ist die Arbeit auch deshalb, weil sie in der Tradition marxistischer Staatsanalyse steht und der Autor sich von der These vom Staat als der institutionellen Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse (Poulantzas) leiten lässt. Staat wird also nicht als Lösungsform, sondern als Bewegungsform von Widersprüchen gedacht. Der Hoffnung des Autors, dass seine Untersuchung nicht nur im Wissenschaftsbetrieb, sondern auch bei AkteurInnen von emanzipatorischer politischer Praxis auf Interesse stößt, schließt sich der Rezensent voll und ganz an.

Markus Wissen: Die Peripherie in der Metropole. Zur Regulation sozialräumlicher Polarisierung in Nordrhein-Westfalen; Westfälisches Dampfboot, 2000, 293 Seiten, 24,80 Euro

34. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak458/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:23

Neue Hausordnung

Unter dem Motto "Neue Hausordnung" veranstaltet das Reutlinger Café Nepomuk von Januar bis April eine Vortragsreihe zu Einwanderung, Einverleibung und Ausgrenzung. Am 22. Januar wird Raul Zelik aus seinem Buch Grenzgängerbeatz vorlesen, am 8.2. gibt es einen Vortrag vom Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner zum Thema "Auf den Weg in den autoritären Sicherheitsstaat". Am 22. 2. findet ein Streitgespräch zu "Einwanderung - Auswanderung" statt, auf dem Podium diskutieren VertreterInnen von SPD, PDS, Kanak Attak und The Voice.

Reutlingen, 22.1., 8.2., 22.2, jeweils um 20.30 Uhr, im Café Nepomuk, Unter den Linden 3 (beim Hauptbahnhof)

Spanischer Dokumentarfilm

In Berlin wird am 25. und 27.1. erstmals der spanische Dokumentarfilm "La espalda del mundo" zu sehen sein. In dem Film werden drei reale Geschichten vorgestellt: peruanische Kinder, die in einem Steinbruch arbeiten, der Ehemann der einzigen kurdischen Abgeordneten, die seit einigen Jahren inhaftiert ist und die Geschichte von Thomas Miller, der seit fast 20 Jahren in Texas auf seine Hinrichtung wartet. Der Regisseur Javier Corcuera ist bei beiden Vorstellungen anwesend. Dabei wird er die internationale Kampagne vorstellen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die drohende Hinrichtung von Thomas Miller zu verhindern. Der Film hat beim Filmfestival in San Sebastian den Preis der Internationalen Kritik bekommen.

Berlin, 25.1.02, 19 Uhr, Ibero-Amerikanisches Institut, Potsdamer Str. 37, 10785 Berlin und 27.1.02, 15.30 Uhr, Filmbühne am Steinplatz, Hardenbergstr. 12, 10623 Berlin, Informationen zum Film unter www.laespaldadelmundo.com

Menschen nach Maß

Spätestens seit Schily ankündigte, biometrische Daten in Pässen speichern zu wollen, ist der Begriff Biometrie in aller Munde. Erika Feyerabend spricht am 23.1. über das Thema "Vermessene Menschen - zur biometrischen Erfassung der Bevölkerung". Dabei geht es darum, wie der Diskurs rund um das Thema Sicherheit geführt wird und zu welchem Zweck dies geschieht. Durch die Panikmache und hitzige Debatten über die "Innere Sicherheit" nach dem 11. September werden zunächst Störgruppen konstruiert und stigmatisiert, um sie dann ausgrenzen zu können. Veranstalter ist der autonome Arbeitskreis gegen Biometrie.

Berlin, 23.1.02, 19. Uhr, Humboldt-Universität, Unter den Linden, Hauptgebäude

Von Genua nach München

Wie jedes Jahr findet im Februar die "Münchener Konferenz für Sicherheit" (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von RegierungsvertreterInnen der NATO-Staaten und hochkarätigen MilitärstrategInnen, Generälen und RüstungsexpertInnen. Während der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, es ginge hier um Frieden und Sicherheit, entwerfen die TeilnehmerInnen hinter den verschlossenen Türen im Nobelhotel "Bayrischer Hof" neue Feindbilder und schmieden Pläne für zukünftige Militärinterventionen. Unter dem Motto "Kein Frieden mit den Kriegsplanern" ruft ein großes Bündnis zu Protestaktionen auf, damit die NATO-Konferenz nicht störungsfrei über die Bühne geht.

München, 1.2.02, 17 Uhr, Kundgebung am Marieplatz, 2.2.02, 12 Uhr, Demonstration zum Tagungsort, Treffpunkt Marieplatz

Krieg und Medien

Im Krieg spielen die Medien eine zwiespältige Rolle: In der Berichterstattung sind sie meist auf die Informationen angewiesen, die von den Kriegsparteien freigegeben werden und unabhängige Recherche stößt schnell an ihre Grenzen. Die Tagung "Vom Fernsehbild zum Feindbild - Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur" beschäftigt sich damit, wie Medien diese Feindbilder durchbrechen und Propaganda entlarven können, damit eine unabhängige Berichterstattung möglich ist. ReferentInnen sind u.a.

Gabriele Gillen (WDR), Bernd Drücke (Graswurzelrevolution), Evi Claßen (Medienwissenschaftlerin), Roger Willemsen (Publizist) und Olaf Buhl (ZDF)

Münster, 2. Februar, 9.-19. Uhr, Bürgerzentrum Bennohaus, Bennostr. 5, 48155 Münster, Infos und Anmeldung beim Friedensladen Münster, Tel.: 0251-8997526 oder per E-Mail: k.vogler Qmuenster.de, Kosten: 16/8 Euro

"Rote Kapelle"

Eine Veranstaltungsreihe des Kölibris widmet sich dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus am Beispiel der "Roten Kapelle". Am 7.2. erinnern Tim Bontjes van Beek, Kurt Meißner und Jörg Wollenberg an Harry Hermann Spitz, Leiter der Musikkapelle Fürstengrube in Ausschwitz und an den ehemaligen preußischen Kulturminister Adolf Grimme, der als Sympathisant der "Roten Kapelle" verfolgt und verhaftet wurde. Am 13.2. referiert Hans Coppi, dessen Eltern als Mitglieder der "Roten Kapelle" ermordet wurden, über die "Rote Kapelle - am Beispiel der Gruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack". Am 21.2. wird u.a. der letzte Überlebende der "Roten Kapelle" Rainer Küchenmeister an die Miglieder der "Roten Kapelle" erinnern.

Hamburg, 7.2.02, 19.30 Uhr, Curio-Haus, Sitzungsräume A, B, C, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, 13.2. und 21.2.02, 19.30 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

Rechte Profs

Früher waren Universitäten Hochburgen von Linken, heute tummeln sich dort Rechte. Nicht nur unter StudentInnen sind rechtsextreme Ideologien salonfähig, sondern auch viele ProfessorInnen kommen aus dem brauen Sumpf. So ist beispielsweise der Politikwissenschaftler Boris Böhme von der FU Berlin nicht nur Experte für die Loveparade, er "hat auch eine miese rechtsradikale Vergangenheit", wie die Unabhängige Antifa Berlin recherchiert hat. Am 11.2. gibt es eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechte an den Hochschulen, Organisator ist der Bund kritischer StudentInnen der FU Berlin.

Berlin, 11.2.02, 20 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg

35. EDITIORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak458/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:34

Ein Leser bat uns, in Zukunft nicht mehr so detailliert über verstopfte Klos zu berichten. Das finden einige RedakteurInnen jetzt schade, anderen kommt es entgegen. Davon abgesehen hat es sich eh erledigt, denn der Klempner hat, entgegen dem Ruf, der seinem Berufsstand vorauseilt, zügig und gründlich gearbeitet, und alles ist längst wieder paletti. Und über dunkle und feuchte Kellerräume klagen wollen wir diesmal auch nicht schon wieder - dem journalistischen Gebot Folge leistend, dass Redundanzen unerfreulich sind.

Worüber man hingegen echt klagen könnte, wäre, wie langweilig Politik im Grunde ist. Bisweilen hängt einem doch das ewige Lamento über die immer gleichen Kriegstreiber, Rassisten, Kapitalisten und sonstige Schweine samt den dazugehörigen Schweinereien zum Hals heraus. Wann erlebt man denn schon mal echte Überraschungen? Und dann auch noch gute?? Ja, aber, darf man das denn so sagen? Das zieht eineN ja völlig runter! Think positive für Linke - bitte schön! Werfen wir diesbezüglich doch mal einen Blick in die vorliegende ak-Ausgabe:

Wow! Da geht es um Glücksversprechen der Moderne, die noch einzulösen sind, um chilenische Militärs an einem Ort, wo sie hingehören, nämlich in der Defensive, um einen Schriftsteller mit Witz und Humor, um mutige Frauen, die sich auch durch brutale Repression nicht einschüchtern lassen, um drei äußerst interessante Bücher, eine internationale Vernetzung gegen Neoliberalismus, Riots gegen Repression, ein aufgehobenes Todesurteil und...

... schon klar, "ja, aber! ja aber!" schallt uns sogleich, und ohrenbetäubend geradezu, die innere Stimme entgegen. Nämlich: Tatsächlich werden die Glücksversprechen in absehbarer Zeit wohl nicht eingelöst werden, die Militärs haben tausende von Menschen auf dem Gewissen, der humorvolle Schriftsteller ist tot, die mutigen Frauen werden politisch nicht ernst genommen, die interessanten Bücher haben die Shoah, die Nation und einen niedergeschlagenen Streik zum Thema, die internationale Vernetzung gegen Neoliberalismus wird seine gewaltsame Durchsetzung wohl vorerst kaum stoppen, die Riots sind vor allem das Resultat von Verzweiflung, das aufgehobene Todesurteil ist schlicht ein Witz; außerdem geht der Krieg weiter, die Nazis sind auf dem Vormarsch, die internationale Strafjustiz spricht Macht statt Recht, die Ausländerbehörden selektieren nach rassekundlichen Kriterien, und dann tritt auch noch die CSU bundesweit bei den nächsten Wahlen an.

Und wir? Wir untersuchen Positives und Negatives, Langweiliges und Aufregendes und sind nett zueinander (jedenfalls meistens). Wir analysieren und kritisieren, debattieren und schwadronieren - und öfters haben wir Spaß. Und essen Torte.

Und ihr? Ihr solltet ak lesen. Und Torte essen.

Eure ak-Redaktion

36. Quelldatei blick.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak458/blick.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:blick

Hito Steyerl über Zivilisation und Barbarei Seite 3

Union setzt auf Strauß-Effekt Seite 4

SPD und PDS proben New Labour Seite 5

LeserInnen-Briefe zum Tod eines Dealers Seite 7

Nazi-Strategien im Nordosten Seite 11

Zum Tod von Stefan Heym Seite 14

Frankreichs Linke vor den Wahlen Seite 20

USA: Generalverdacht gegen Arab Americans Seite 22

Argentinien: riots und Depression Seite 24

Yehuda Bauers Studien zur Shoah Seite 26

Black Panthers im Interview Seite 28

Wie Behörden das Alter von Flüchtlingen schätzen Seite 10

37. Gerechtigkeit und Weltgericht

CD-Datei: daten/aksuche/ak458/denhaag.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:458:denhaag

Kein Machthaber, kein Staat, keine Junta und keine Armee" sollten in Zukunft "irgendwo die Menschenrechte straflos verletzen" können, versprach UN-Generalsekretär Kofi Annan, als 1998 das Statut eines künftigen Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) beschlossen wurde. Dieser soll Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen aburteilen, wenn die Justiz der eigentlich zuständigen Nationalstaaten dazu nicht willens ist. Noch dieses Jahr könnten - trotz vehementen Widerstandes der USA - die notwendigen 60 Staaten das Statut ratifiziert haben, um das Gericht tatsächlich zu konstituieren. In Den Haag steht bereits ein Gebäude zum Einzug bereit.

Die uralte Idee eines Weltgerichtes steht also vor der Verwirklichung. Nach dem Ende des Kalten Krieges kommt so nicht nur die ökonomische Globalisierung voran, sondern auch die Globalisierung der Gerichtsbarkeit.

Ob damit aber auch Gerechtigkeit globalisiert wird, darf bezweifelt werden. Dies zeigt zumindest der Prozess gegen den Ex-Präsidenten Jugoslawiens, Slobodan Milosevic, der am 12. Februar in Den Haag beginnt. (Seite 15) Weil es noch keinen IStGH gibt, findet der Prozess vor einem Ad-hoc-Tribunal statt. Dennoch gilt er als Meilenstein auf dem Weg zum Weltgericht. Während Den Haag die gut dokumentierten Kriegsverbrechen der Nato noch nicht einmal ermittelt, wird dem "Diktator aus Belgrad" die alleinige Schuld am Krieg zugeschrieben. "Das Tribunal in Den Haag ist in seiner Konstruktion und in seiner Führung zu einem politischen Instrument mutiert", kommentiert unser Interviewpartner, der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech auf Seite 16.

Den Haag geht allerdings nicht nur gegen jugoslawisch-serbische Politiker und Militärs vor. Wenn auch zögerlich, so sind doch auch Verfahren gegen kroatische Kriegsverbrecher eingeleitet worden. Das wiederum bringt die sozial-liberale Koalition in Zagreb in Bedrängnis. Die Kriegsverbrecher werden in Kroatien nämlich als Helden verehrt. Seite 17

Trotz der ernüchternden Erfahrungen mit dem Jugoslawientribunal richten Menschenrechtsgruppen große Hoffnungen auf eine internationale Strafgerichtsbarkeit. In Lateinamerika unternehmen Basisgruppen unermüdlich Anstrengungen, die Folterer und Mörder der Diktaturzeit vor Gericht zu bringen. Oft scheitern sie an Amnestiegesetzen, die beim Übergang zur Demokratie erlassen wurden. Zwar würde ein IStGH zurückliegende Verbrechen nicht bestrafen können, seine Errichtung würde den Menschenrechtsgruppen aber Auftrieb für eine Strafverfolgung in den eigenen Ländern liefern, hoffen sie. Über die Aufarbeitung von Diktaturverbrechen in Chile berichten wir auf Seite 18.